

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Hand".

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

"Tagblatt-Hand" Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Pf. monatlich. Nr. 2.— wertetäglich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Druckerlaubnis. Nr. 3.— wertetäglich durch alle deutschen Buchhändler, ausdrücklich bestätigt. — Bezugsschriften nehmen zuerst entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wiesbaden 20, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die bestehenden Ausgabestellen und in den benachbarten Landesstädten und im Rheinland die bezeichnenden Tagblatt-Zeiger.

Zugangs-Ausgabe: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinckstr. 66. Fernruf: Amt Uhlau 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen zu preiswerten Tagen und Tischen wird keine Genehmigung vorausgesetzt.

Dienstag, 3. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 103. - 62. Jahrgang.

Das neue Luftverkehrs-Gesetz.

Von Major a. D. v. Tschudi,
Direktor des Flugplatzes Johannisthal.

Was man lange Jahre in Luftschifferkreisen befürchtet hatte, ist nun, nachdem es der Verwirksamkeit nahe ist, mit Freuden zu begrüßen. Zahlreich waren früher die Vorkommissionen, bei denen sich der Mangel gelegischer Bestimmungen, welche die Luftfahrt befreien, empfindlich fühlbar machte. Man muß aber zugeben, daß der Mangel einer gesetzlichen Regelung auch sein Gutes hatte. Würde eine solche Regelung frühzeitig vorhanden gewesen sein, dann würde sicherlich die Entwicklung der Luftfahrt schwer darunter gelitten haben, denn dann wären aus Mangel an Erfahrungen sicherlich teilweise Bestimmungen aufgestellt worden, die den Bedürfnissen der Praxis nicht entsprochen hätten. Es ist sicherlich ein vernunftsgemäßer Zustand, daß Reglement und Vorschriften immer erst entstehen, wenn ein lebhaftes Bedürfnis dazu sich längere Zeit bemerkbar gemacht hat. Von jeher hat man zuerst Soldaten ausgebildet und dann erst Reglements und Vorschriften verfaßt, nicht umgekehrt.

Drollig waren manchmal die Folgerungen der mangelnden Gesetzgebung. Ist es doch vorgekommen, daß man den Führer eines Luftballons haftbar machen wollte für den Diebstahl von Wäsche, der sich gelegentlich einer Ballonlandung dadurch ereignete, daß Wäscherinnen ihre Wäsche einfach stehen ließen, um sich den gelandeten Ballon aus der Nähe anzusehen. Nach einer Landung bei einer kleinen Stadt an der Elbe erlebte ich es, daß ein überreiflicher Amtsrichter zwei Leute bestrafen wollte, deren Mitwirkung ich mit Erfolg in Anspruch genommen hatte, um grossem Flurschaden bei der Landung vorzubeugen, im besonderen, um den Ballon auf eine Stelle zu bringen, auf der die zu vielen Hunderten heraneilenden Zuschauer keinen Schaden machen könnten. Um dieses zu erreichen, mußten die zwei Leute bestelltes Feld betreten. Dafür sollten sie nun strafrechtlich verfolgt werden. Jener Amtsrichter würde wohl gern auch den Ballonführer belangen haben, aber leider war es eine militärische Fahrt, um die es sich handelte und das Militär ist ja nun einmal berechtigt, Flurschaden anzurechnen. Zivilpersonen indessen braucht ein Eigentümer das Betreten seines Grundstücks nicht zu gestatten. Wo sollte nun der arme Zivil-Luftfahrer landen? Tatsächlich hatte er nur ein Recht, auf öffentlichen Straßen und Plätzen niedergezogen. Bei einer internationalen Konferenz wandte sich denn auch der deutsche juristische Vertreter des Luftfahrer-Verbandes dagegen, als man beschließen wollte, daß der Luftverkehr frei sei. Er war formell sicherlich im Recht, wenn er sagte: „Wie können wir Ausländern das Recht der Landung zubilligen, wenn wir selbst kein Recht auf Landung haben.“

Es zeugt für die Voricht unserer Luftschiffer, wenn in der Praxis sich aus dem Mangel einer Gesetzgebung keine großen Unzuträglichkeiten ergaben. Durch die Entwicklung des Flugzeuges wurde aber der Mangel wesentlich fühlbarer. Die Zahl der Luftfahrten vermehrte sich gewaltig und es ereigneten sich nach und nach eine Reihe von Fällen, die eine gesetzliche Regelung dringlich machten. In einer westdeutschen Stadt veranlaßte ein bei einer Flugveranstaltung innerhalb der Absperrung des Flugfeldes etwas plötzlich landendes

Flugzeug eine Reihe von nahestehenden Zuhörern zu schleuniger Flucht. Dabei erlitten einige Verhödungen, auf Grund deren sie den Veranstalter jener Flüge haftbar machen wollten. Glücklicherweise hatten sie mit ihrer Klage keinen Erfolg. Wohin hätte es geführt, wenn man zugeben wollte, daß der Veranstalter von Flügen in einem noch außen nicht begrenzten und nicht zu begrenzenden Gebiet, ohne daß ihm ein Verschulden nachgewiesen wird, haftbar sein würde. Ähnliches ereignete sich erst unlängst gelegentlich der Pogoudflüge in Johannisthal. Im weiten Umkreise um den Flugplatz hatten die (der Flugleitung sehr unerwünschten) Zuhörer Flurschaden angerichtet. Nun wollten nicht nur Private, sondern sogar Behörden die Flugplakatgesellschaft verantwortlich machen für den Schaden, den Zuhörer, d. h. überhaupt solche Personen, die durch das Luftschauspiel angelockt wurden, verursacht. Man sagte: „Wenn die Flüge nicht stattgefunden hätten, dann würden auch die Menschenmassen nicht zugekromt sein, also verhüdet der Veranstalter den von jenen Massen gemachten Schaden.“ Es bedarf wohl keiner Erörterung, wie verfehlt diese Beweisführung ist. Gerade in dieser Beziehung muß dem neuen Luftverkehrsgegesetz zugestimmt werden. Die Zahl derjenigen war nicht gering, welche ohne Rücksicht auf die Frage des Verhüdens verlangten, daß der Luftfahrer für von ihm angerichteten Schaden unter allen Umständen haftbar zu machen sei. Auch die Meinung der Juristen war in dieser Frage sehr verschieden. Außerte sich doch erst unlängst auf einem juristischen internationalen Kongreß ein sachverständiger Jurist darin, daß man den Luftschiffführer dafür verantwortlich machen müsse, wenn einer seiner Passagiere durch eine herabgeworfene Bombe einen Schaden anrichten würde. Dagegen sträubt sich natürlich der gesunde Menschenverstand.

Im Herbst 1912 erließ Bayern wohl als einziger deutscher Staat Verfüllungen, deren Befolgung für die Luftfahrt eine Erdrosselung bedeutet haben würde. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß jene Verfüllungen etwa aufgehoben wurden, nachdem ihre Un durchführbarkeit erwiesen war, sie werden aber einfach nicht angewendet. Die schlimmste Bestimmung jener Verfüllung war, daß die Erlaubnis zu einer Luftfahrt-Veranstaltung von dem Nachweis abhängig gemacht werden sollte, daß der Unternehmer oder die Flieger die zivile Haftpflichtversicherung für die durch die Veranstaltung herverursachten Verletzungen von Personen und Verhödungen von Sachen übernehmen, d. h. natürlich jede Haftpflichtversicherung unmöglich machen. Welche Versicherungsgesellschaft würde sich wohl auf die Bedingung einlassen, ganz ohne Rücksicht auf ein Verschulden eine Entschädigungspflicht anzuerkennen.

Während ich im allgemeinen allen Paragraphen des Luftverkehrsgegesetzes nur zustimmen kann, erregt der § 13 in mir einige Bedenken. Dieser Paragraph handelt von dem Erlass besonderer Anordnungen zur Ausführung der Vorschriften über Prüfungen, Zulassung, Kennzeichnung, Verlehr auf Flugplätzen usw. und sieht vor, daß der Bundesrat den Erlass besonderer Anordnungen anderen Behörden übertragen kann und daß mangels besonderer Anordnungen solche von den Bundeszentral-Behörden ausgegeben werden können. Das hat seine schweren Bedenken, denn es kann sich ereignen, daß z. B. in Leipzig für den Verkehr auf dem

des P. L. M. (Paris-Lyon-Mediterranée) gesichert hat, tritt man eine Fahrt an, die man so leicht nicht vergibt. Ich habe zwischen Athen und Kavala manche Eisenbahn und manchen Zug lennen gelernt, aber mit Ausnahme des Zappland-Express ist mir keine Fahrt so angenommen. Erinnert bleibt wie die mit den wunderbaren Bügen der P. L. M. Freilich ist der Mittelmeer-Express in der Saison stets auf Tage hinaus ausverkauft, aber auch die Fahrt in einem der gewöhnlichen Schnellzüge dieser Strecke ist von einer herrlichen Bequemlichkeit. Die Schnelligkeit, mit der die Züge gegen Süden eilen, zeigt dem deutlichen Reisenden zuerst geistes Grauen ein, aber er gewöhnt sich sehr bald daran, Frankreichs gesegnete Flüsse wie in einem Wandelpanorama mit Ulysseschnele an seinem Auge vorübergleiten zu sehen. Über Dijon, wo der Reisende beim flüchtigen Aufenthalt leicht auf entzündliche kleine Bäume hereinfällt, die mit Marmelade gefüllt erscheinen, sich aber nachher als Säuselchen entpuppen, über Mâcon, wo man sich die etliche Flasche Bordeaux lauft, gelangt man nach Lyon. Von Lyon aus ist der Strom der deutschen Reisenden besonders bemerkbar. Denn hier gefallen sich uns die Waggons mit den Besuchern der Riviera, die der Lloyd-Express aus allen Teilen des Nordens gesammelt hat, soweit sie nicht die Fahrt mit dem Express durch bis Genua vorziehen. Noch schwierige Fahrtverbindung freilich bieten die Dampfer des Lloyd, die Reichspostdampfer, die alle 14 Tage von Bremen oder Hamburg um Spanien herum fahren und, da die große Menge der Ostasien und Australiensfahrer meist erst in Genua an Bord geht, bis dorthin in die schönen Kabinen laden; oder die besonderen Vergrößerungsdampfer, die unterwegs zwischen Norden und Süden

Flugplatz andere Polizeibestimmungen erlassen werden wie in Johannisthal. Der Nachteil hiervon liegt auf der Hand. Es ist auch wohl kaum denkbar, daß in Mecklenburg andere Bestimmungen für Signierung der Flugzeuge gegeben werden wie in Preußen. Gerade diese Signierung aber bedeutet einen wichtigen Hafot in der Regelung des Luftverkehrs. Bis jetzt bestanden eine Reihe von Verbots, die eine Signierung der Flugzeuge hätten zur Voraussetzung haben müssen — z. B. das Verbot des Übersiegens von Zeitungen — damit der Schulde auch zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Die Signierung muß sogar nicht nur national, d. h. in ganz Deutschland gleichmäßig geregelt werden, sondern müßte am besten in internationalem Einvernehmen erfolgen. Denn wenn auch jetzt noch der Luftverkehr über die Grenze spärlich ist, so ist damit zu rechnen, daß er in Wälde ein sehr viel lebhafte werden wird.

Es ist nicht erwünscht, daß auf einem Flugplatz etwa generell erlaubt ist, was auf dem anderen verboten ist. In Bayern hatte jene obenerwähnte und für bedeckende Verordnung des Jahres 1912 bereits die Vorschrift enthalten:

„Strenge ist darauf zu achten, daß sich innerhalb der Absperzungslinie unter feinen Umständen andere Personen aufzuhalten als diejenigen, die nach dem Gutachten der obenerwähnten Kommission von der Polizeibehörde die Erlaubnis hierzu erhalten haben.“

In anderen Bundesstaaten gab es solche dantenswerten Verordnungen bis jetzt wohl nicht. Allerdings ließ man den Veranstaltern polizeiliche Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zuteil werden. Aber erst vor wenigen Tagen erklärten Gendarmen auf einem großen Flugplatz, daß sie nicht berechtigt seien, die Zuschauer, die über Bäume fletterten, um ihre Neugier zu befriedigen und sich an abgestürzte Flugzeuge zu begeben, daran zu hindern. Es bestände keine bezügliche Polizeivorschrift.

Ich hoffe, daß der Bundesrat keinen Gebrauch davon macht, den Erfolg der Anordnungen zum § 13 anderen Behörden zu übertragen, sondern daß er seinerseits alle Anordnungen erlässt, damit sie in Deutschland einheitlich werden.

Wie sich die Kontrolle des Luftverkehrs vollziehen wird, und wie die Organe zu seiner Überwachung befreien sein werden, läßt sich schwer voraussehen. Bissher nahm sich der Kontrolle des Luftverkehrs der Deutsche Luftfahrer-Verband an, ohne daß ihm ein Mandat hierzu erteilt gewesen wäre. Durch Bestimmungen aus dem Jahre 1910 waren ihm lediglich bestimmte Funktionen, im besonderen die Ausstellung von Abfertigungspauschalen, übertragen worden. Wenn nun gesetzliche Bestimmungen, z. B. über Abnahme der Flugzeuge, Luftfahrts u. w. erlassen werden, dann muß auch bestimmt werden, wessen Obliegenheit die Abnahmekontrolle ist. Zurzeit hat sicherlich der Deutsche Luftfahrer-Verband keine Organe, die dazu geeignet wären. Ob es zweckmäßig ist, solche Organe dem Deutschen Luftfahrer-Verband anzusiedeln oder besondere selbständige Stellen für die Beaufsichtigung der Luftfahrt zu schaffen, soll hier nicht erörtert werden. Es ist anzunehmen, daß der Deutsche Luftfahrer-Verband selbst zu dieser Frage von den Behörden gehört werden wird.edenfalls muß gerade diese Frage beim Inkrafttreten des neuen Luftverkehrsgegesetzes gelöst sein.

alles Schöne und Verlockende ihren Gästen zeigen. Sie landen in Marseille oder Genua und ermöglichen dem Besucher, von hier aus sich zu den Göttern zu gesellen, die von Rhône entlang im D-Aug der P. L. M. in das Herz der Côte d'Azur fahren.

Jeder einzelne Name, der vor uns auftaucht, deckt eine Fülle von Schönheit. Das Meer ändert hier immer wieder das Bild. Bei Hyères schäumt es noch trocken und wild um die zauberhaften Klippen, die sich vom Ufer in die Auten vorwölgen. Aber schon bei Cannes, dem berühmten Badehaus der russischen Großfürsten, traut es sanft unter dem lichten Himmel. Cannes ist, so möchte man sagen, der Villenvorort des eigentlichen Rivieraeben. Hier gibt es nicht das lärmende Gesellschaftsleben Nizza und Monte Carlo, hier lebt man ruhiger in stiller Zurückgezogenheit. Sobald man sich Nizza nähert, spürt man den Trubel der Großstadt. In weitläufigen Holzfreien umschließen die Ausläufer der Seesalpen die heitere Stadt, in deren Häfen sich die schwulen Yachten amerikanischer Dollaktörnig schützen. Hinter Nizza überflutet selbst die Bahnfahrt uns mit dem Zauber der blauen Küste. Wissenden gewaltigen Palmen und grünen Olivenbäumen, schimmernden Kalksteinen und gelben Terrassenlinden, gebt die Bahntrace immer in Windungen, durch zahlreiche Tunnel, den Ufer folgend. Märchenhaft sind die Aussichten, die sich plötzlich eröffnen, wenn der Zug einen Tunnel verläßt. Eben war man noch im Dunkel und sieht jetzt Villenfranche, den französischen Stierkampf, mit weizähnlichen Häusern sich um eine enge Bucht schmiegen, deren sieße Höhen die Sickerblätter der Oliven fränzen.

Noch schöner sind die Aussichten, wenn man auf der Band-

Die Fahrt zur blauen Küste.

Von Erich Röhrer.

Der Geschmack der Menschen ist wandelbar. Neue Vergrößerungen, neue Sensationen, neue Ziele, neue Moden verdrängen immer wieder die alten, und das unersättliche Streben nach Abwechslung drängt stets nach neuen Entdeckungen. Lange Zeit hindurch galt es als höchster Genuss, die Wintermonate unter der warmen Sonne des Südens zugubringen, soweit sie über den nördlichen Ufern des Mittelmeeres leuchtete. Dann kamen einige führende Persönlichkeiten der großen Welt dahinter, daß Italien viel zu populär und von Reisenden überfüllt geworden sei. Die einen zog der Kontrast an, und sie suchten die Schneefelder von St. Moritz auf, die anderen zog es in den Schatten der Pyramiden und der südländlichen Blüte von Madeira. Aber alle diese modernen Reisenden haben doch nicht vermocht, dem alten Juwel Abbruch zu tun, der von dem Worte Côte d'Azur — so nennt der Franzose die azurblauen Gestade des Mittelmeers — ausgeht, und der noch immer im Frühjahr Tausende an die Gestade des Mittelmeeres lädt. In den drei ersten Monaten des Jahres ist die Riviera nahezu eine deutsche Kolonie zu nennen, und besonders von Nizza bis Genua wird man entzückt, wenn man hört, seine Sprachkenntnisse erweitern zu können.

Man meint daß ja schon ein wenig auf der Fahrt, selbst wenn man den Weg über Paris nimmt. Diese Strecke bedeute wohl einen Umweg, aber wenn man sich erst dem Bauher von Paris entrissen und den Platz im Côte d'Azur-Rapide

Deutsches Reich.

* Die Ministerbegegnung in München. Der bayerische Ministerpräsident Graf Herlitz hat Montagvormittag im Ministerium den österreichisch-ungarischen Minister des Kultus, Grafen Berchtold, empfangen. Mittags wurde der Graf vom Kronprinzen und später in der Residenz durch das Königspaar begrüßt. Abends fand zu seinen Ehren Festsaal statt.

* Die preußische Staatschuld 1912/13. Nach dem dem Landtag zugegangenen 60. Bericht der Staatschuldenkommission über die Verwaltung des Staatschuldenwesens betrug die preußische Staatschuld am 31. März 1912 9 860 881 593 M. (gegen 9 879 552 596 M. am 31. März 1911). An laufenden und rückständigen Zinsen waren im Staatsjahr 1912 350 966 403 M. zu zahlen. Zu der Staatschuld, die am 31. März 1912 vorhanden war, traten im Staatsjahr 1912 hinzu: durch Barzahlung gemäß § 2 des preußischen Staatschuldbuchgesetzes begründete Staatschuldbuchforderungen in Höhe von 71 545 550 M. (darunter 71 536 000 M. bei der Prog. Konföderierten Anleihe), Prog. Schahaneisungen über 600 000 000 M. und unverzinsliche, auf Grund von Anleihegesetzen ausgegebene Schahaneisungen über 173 600 000 M., zusammen mit 845 145 550 M. (im Staatsjahr 1911 802 165 000 M.); das sind 275 885 854 M. (im Vorjahr 488 829 008 M.) mehr als durch Tilgung usw. in Abgang gekommen sind. Um diese 275 885 854 M. hat also die preußische Staatschuld im Staatsjahr 1912 zugenommen, so daß sie am 31. März 1913 10 142 067 449 M. betrug.

* Für das Salvarsan. Hinsichtlich der Angriffe, die in der letzten Zeit auf das Syphilismittel Salvarsan unternommen wurden, hat der bekannte Breslauer Syphilitologe Geheimrat Reicher uns längst, wie wir mitteilten, im "Breslauer Generalanzeiger" bemerkenswerte Ausführungen gemacht, in denen er seiner Überzeugung dahin Ausdruck gab, daß es ein gewaltiger Rückschritt in der Bekämpfung der Syphilis als Volksseuche sein würde, wenn das Salvarsan aus der Behandlung der Syphilis wieder ausgeschaltet würde. Das Salvarsan sei ein eminenter Fortschritt für die Behandlung der Syphilis und damit auch für die Bekämpfung der Syphilis als Volksseuche. Wenn man mit Recht die Syphilis als Keibel der Menschheit bezeichnet, so dürfen wir auch Reicher einen Wohltäter der Menschheit nennen. Diesem Protest gegen die Angriffe auf das Salvarsan hat sich eine große Anzahl von Direktoren von Universitätskliniken sowie Leitern von südlichen Krankenhäusern und Ärzten angeschlossen. Es sind dies u. a. die Herren: Altmann (Frankfurt a. M.), Beckmann (Heidelberg), Czerny (Heidelberg), Gutmann (Wiesbaden), Herzheimer (Frankfurt a. M.), Höchne (Frankfurt a. M.), Hübler (Marburg), E. Hoffmann (Düsseldorf), Jelonek (Biebrich), Stünking (Jena), Unser (Köln), Bender (Wiesbaden), Doctor (Frankfurt a. M.), Epstein (Dresden), Fendt (Wiesbaden), Juliusberg (Frankfurt a. M.), Jul. Kohn (Frankfurt a. M.), Fritz Lesser (Berlin), Professor Nobl (Wien), Pinner (Frankfurt a. d. O.), Sok (Heidelberg), Salomon (Hibbing), Schüll (Frankfurt am Main), Professor Toussaint (Wiesbaden), Eder (Frankfurt a. M.), Kaufmann (Frankfurt a. M.).

* Die "moralische" Qualifikation zum Einjährigen. Herr Walter Stöder in Köln, dem die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst wegen seiner sozialdemokratischen Agitation abgesprochen worden ist, versichert der "Kölner Tag", daß er niemals weder wegen seiner agitatorischen Tätigkeit noch in seinem Privatleben auch nur mit der geringsten polizeilichen oder gerichtlichen Strafe belegt worden sei. Die "Dresdener Volkszeitung" teilt übrigens mit, daß Stöder bei der Aushebung dem Landsturm ohne Waffe zugesetzt wurde, so daß er überhaupt nicht zu dienen braucht. Auch der Sohn des bekannten Sozialdemokraten Düwell, dem gleichfalls die Berechtigung zum Einjährigendienst entzogen worden war, hat nicht zu dienen brauchen.

* Der Geburtenübergang. Die Gesellschaft für Geburthilfe und Gynäkologie zu Berlin hat auf Antrag des Sanitätsrats Schaeffer eine Kommission gewählt, die zu dem im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf „über den Verlust mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“ Stellung nehmen und formuliert Vorschläge ausarbeiten soll.

* Steuererlass für Gerhart Hauptmann. Die Gemeindevertretung von Agnetendorf beschloß nach dem "Niederschles. Ans." in ihrer letzten Sitzung, dem Dichter Gerhart Hauptmann auch im neuen Staatsjahr die Hälfte der Gemeindeinkommenssteuer zu erlassen, da er zeitweise im Ausland Wohnung nimmt. Das genannte Blatt bemerkt hierzu: "Von dem Gesichtspunkt aus gesehen, daß die Gemeinde Agnetendorf Gerhart Hauptmann weiter festhalten will, möglicher Veschluß ersichtlich erscheinen, eine Huldigung bedeuten

könnte in halber Höhe der Verge dahintwändert. Immer neue Panoramen reihen sich aneinander, neue Bilder rollen sich in unendlicher Farbenpracht auf. Durch die Rote einer Olive wählt mit einemmal das trockne Felsenfest in den lichten Fällen empor, das der Fürst von Monaco bewohnt. Daneben steht sich der stattliche Bau des Oceanmuseums, das der Fürstlich Fürstlicher errichtet hat. Oder man sieht an einer Wegbiegung die herrlichen Parks von Cap Martin, zwischen denen die Villa Ephrussi der Kaiserin Eugenie liegt, sich weit ins Meer vorstrecken, bessere weißblaue Brandung eines reizvollen Rahmen für die Küstenpracht des Landes gibt, und hat dann den verbindenden Mittelpunkt der beiden eisigen Halbkreise vor sich, deren westliche bis zu dem hellblauimmernden Casino von Monte Carlo sich öffnet, während der östliche über das idyllische Menzione bis zur italienischen Grenze und darüber hinaus sich zieht. Und müde vom Wandern steigt man darin hinab zu den Bänken auf den Seepromenaden oder in den "Jardins publics", deren vornehme Palmenhaie besonders den Blumenbeeten in Monte Carlo zur Ruhe einladen. Zwischen den Blumenbeeten in Monte Carlo herrscht rasches Leben. Denn sie umsäumen den Aufgang zum Mittelpunkt des ganzen Kreises an diesem wunderschönen Flecken Erde, zum Casino, dem Heim des Spiels.

Wer von der Aibiera zurückkommt, wird von den guten Freunden bestimmt nach zwei Dingen gefragt, nach dem Karneval und nach dem Balle. Der Karneval hat seine eigenen Reize. Ihm fehlt völlig der gemütliche Familienumor des Rheinlandes. Er ist freier in jeder Hinsicht. Man erlebt auf der Straße und auf den Bällen Szenen von einer zu unverhüllten Erotik, doch jedes polizeilich gut dezierte Brezenherz sich entschert. Im Ballaal ist diese Erotik meist in die gespièltesten und anmutigsten Formen gekleidet, auf

das Geschenk für den Dichter bestimmt nicht, und es ist auch kaum anzunehmen, daß diejenigen Einwohner von Agnetendorf, denen das Steuernzahlen schwer fällt, damit voll und ganz einverstanden sein werden. Man darf gespannt sein, ob Gerhart Hauptmann das Geschenk annehmen wird."

Parlamentarisches.

Eine kurze Anfrage wegen des Stellenvermittlergesetzes. Der nationalliberale Abg. Neinath hat folgende Anfrage Nr. 184 im Reichstag eingebrochen: "Infolge auseinandergehender Entscheidungen höchstergerichtlicher Instanzen wird der § 3 Abs. 1 des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 in den verschiedenen Bundesstaaten ungleichmäßig gehandhabt. Der § 9 des genannten Gesetzes bedroht die Übertretung des § 3 Abs. 1 mit der Entziehung der Konzession. Was gedient der Herr Reichskanzler zu tun, um diese das Stellenvermittlungsgewerbe naturgemäß schwer beunruhigende Rechtsunsicherheit zu begegnen? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort."

Ein freikonservativer Antrag, betreffend den Ausgleich der Schullasten. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung des Haushaltshaushalt an die Regierung den Antrag gestellt, bei den zwischen den beteiligten Kreisen schwelenden Streitigkeiten über den Ausgleich der Schul- und anderen gemeindlichen Lasten auf die Übertragung der persönlichen Volkschullasten oder doch ihres größten Teils auf breitere Schultern Bedacht zu nehmen.

Ein nationalliberaler Antrag, betreffend das Königliche Opernhaus in Berlin. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragt die vorläufige Nichtbewilligung des Königlichen Opernhauses in Berlin. Sie stellt zu dem Bauplan des Antrags, den ersten Teilbetrag von 500 000 M. für den Opernhausneubau abzufügen und die Staatsregierung zu ersuchen, in beschleunigter Weise den vorgelegten Vorentwurf der Königlichen Akademie des Baudes zur Abgabe eines Urteils zu unterbreiten und im Falle der Gutheilung durch die Akademie auf dem Wege des Nachkredits einen ersten Teilbetrag für den Neubau von neuem anzufordern.

Heer und Flotte.

Ein bayerischer Erlass gegen Soldatenmisshandlungen. Der bayerische Kriegsminister hat einen Erlass an die militärischen Behörden gerichtet, worin das strengste Einschreiten gegen alle Fälle von Soldatenmisshandlungen oder unchristlichmäßige Behandlung gefordert wird. Der Kriegsminister erklärt, daß er mit unangefochtener Strenge gegen jeden Offizier einschreiten werde, welchen durch nachlässige Behandlung der Dienstvorschriften eine Mitschuld an einer unvürdigen Behandlung von Mannschaften trifft.

Post und Eisenbahn.

Reisegepäck und Eisenbahn. In der Behandlung des Reisegepäck und Eisenbahn. In der Behandlung des Reisegepäck steht auf den deutschen Eisenbahnen eine Änderung bevor. Die Ausführungsbestimmung 1 zu § 82 der Verkehrsordnung soll die folgende erweiterte Fassung erhalten: "Reisegepäck wird zu den Säcken des Gepäckzugs nach jenen Stationen angenommen, nach denen die vorgelegten Fahrkarten gelten. Beziehen nach einer Station Fahrkarte über mehrere Wege, so ist das Gepäck auf Antrag auch über einen Weg abzufertigen, über den die Fahrkarte nicht gilt." Des Weiteren wird bestimmt, daß Reisegepäck nach einer über die Bestimmungsstation der vorgelegten Fahrkarte hinaus gelegenen Station auch dann angenommen werden darf, wenn zwar durchgehende Fahrkarten hinaus nach dieser Station, aber nicht über den von dem Kursenden benutzten Wege erhältlich sind.

Ausland.

Frankreich.

Vom Schiffsmaschinistenstreik. Paris, 1. März. Wie aus Marseille gemeldet wird, färbten die Maschinistenobermaate aller Schiffsgesellschaften einen Beschlußantrag, in welchem sie erklärten, falls die streitenden Maschinistenobermaate auf irgendwelchen Schiffen durch Offiziere oder technische Beamte der Kriegsmarine erlegt werden sollten, die Maschinistenobermaate aller anderen Gesellschaften sofort den Dienst einzustellen würden.

Rußland.

Grausige Gefangenenthüllungen. Petersburg, 28. Febr. In Saratow fand ein Gerichtsprozeß gegen 47 zur Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge statt, weil sie im Gefängnis einen Fluchtversuch unternommen hatten. Die Sträflinge sagten aus, daß sie den Fluchtversuch unternommen wollten, um entweder zu entkommen oder unterwegs erschossen zu werden, damit

der Strafe arbeit sie oft in widerlichste Gemeinschaft aus. Nicht weniger auffallend ist die Freiheit der Satire, wie sie in den öffentlichen Umgängen zutage tritt. Der glänzende Wit des Südsfranzosen fällt da mit einer grausamen Unverbüttlichkeit über die heiligsten Güter der Nation her und versicht es, ihre Schwächen hinzüglich Romisch zu verstellen. Am sympathischsten tritt der Karneval in den kleineren Orten in Erscheinung. Alle Schwere der Lebensauffassung, alle trüben Gedanken gleiten ab, wenn eine prächtige Frauenhand uns mit Blumen überzählt, wenn die Konfettiplättchen die Stroh mit einem weichen Teppich bedecken, wenn ein zierliches, obgleich stark geschminktes Mindchen Verständigung suchend fragt: "Bist du deutsch?" oder wenn gar ein paar übermüdete Kolombinen den verdunkten Fremdling mit einem fröhlichen Schwung in den Wagen hinein und mitten in den Konfettitürmchen heben, um ihn davon zu führen, indem die verdutzt Bärtin unter dem Blumen- und Konfettihagel der fröhlichen Zuschauer einsam zurückbleibt. Weniger harmlos ist das Spiel. Allerdings so abiatisch, wie die Romanciers den Eindruck der Spielsäle zu schildern lieben, ist es nicht. Men sieht höchstens in ein paar kleineren Spielsälen die Leute, die mit wahrer oder ehrlicher Gleichmäßigkeit Schein auf Schein sehen. In den Haupträumen wird aber wieder durchgängig mit beiderlei Händen gespielt, gespielt und gespielt, und ich glaube, daß bei gewissen Pokerspartien nach einem gemütlichen Herrendinner im Berliner Westen mehr gewonnen oder verloren wird, als an manchem Tisch in Monte Carlo. Was diesen Sälen ihren Reiz gibt, ist die schwule Atmosphäre, die sie durchsetzt. Und man erlebt auch hier und da Sensationen nicht alltäglicher Natur.

Derselbe Monumentalbau, der über der milden Blaue der Bucht von Monte Carlo dieses sogenannte Reich des

sie den entsetzlichen Zuständen im Gefängnis entgingen. Man hat die Zellen mit Gefangenen überfüllt, so daß sie eine erstickende Luft haben atmen müssen. Von der spärlichen Nahrung ist niemand satt geworden. Neunzig Prozent der Gefangenen sind an der Schwindsucht gestorben. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei.

Rumänische Deferteure. Bucharest, 28. Febr. Täglich flüchten rumänische Soldaten in großen Massen nach Bessarabien und erklären, daß sie es vor Hunger und Misshandlungen im rumänischen Heer nicht mehr aushalten können. Die Deferteure machen sich in Gruppen auf die Reise nach dem Gouvernement Astrachan auf, wo sie sich niederlassen wollen. (Dies ist wohl eine russische Tendenzmeldung. Schriftl.)

Balkanstaaten.

Bevorstehende Abberufung des russischen Gesandten in Bukarest. Bukarest, 1. März. Die bisherige Feststellung der hiesigen Polizei in Angelegenheit der Deutschen Dynamitexplosion hat den hiesigen russischen Gesandten derart kompromittiert, daß man dessen baldige Abberufung erwartet.

Griechische Freiheiten im albanischen Epirus. Rom, 2. März. Der "Corriere di Bari" erzählt aus Valona, daß die griechischen Freiheiten die Zahl von 18 000 erreicht haben und in drei Kolonnen gelebt rapid vormarschierten, um den ganzen albanischen Epirus einzufreien und zu plündern. Die mit der Abwehr des Überfalls betrauten albanischen Streitkräfte sind numerisch viel geringer. Zwei Divisionen der Epirusmannschaft sind bereits bis zur Mündung des Schumi-Flusses angeblich vorgebrungen.

Vereinigte Staaten.

Sturm von Arbeitslosen auf eine Kirche. New York, 2. März. Etwa 1000 Arbeitslose versuchten gestern die Tabernakelfkirche zu stürmen, in der sie die Nacht über schaufen sollten. Als bereits eine größere Anzahl eingedrungen war, versuchten die Besucher des im Augenblick stattfindenden Gottesdienstes entfest auf die Kanzel zum Priester, da sie an einen Apachenüberfall glaubten. Vergeblich versuchte der Priester, die Eindringlinge zu überzeugen, daß eine Kirche kein Nachtauf sei. Nachdem es gelungen war, das Tor zu verschließen, wollten die draußen harrenden Arbeitslosen dasselbe eindringen. Rechtzeitig erschien die Polizei, welche die Menge zerstreute. — Noch der letzten Statistik wurden in New York 3000 Arbeitslose gezählt. Die Not unter der armen Bevölkerung der Riesenstadt ist außergewöhnlich groß. Die Regierung beabsichtigt im Parlament eine Vorlage einzubringen, die der Not abhelfen soll.

Südamerika.

Ein Besuch der atlantischen Division in Argentinien. Im Seebad Mar del Plata (Argentinien) sieht man mit lebhafter Erwartung der Ankunft des deutschen Geschwaders entgegen, die heute, am 3. März, erfolgen soll. Der deutsche Gesandt Freiherr v. dem Busch-Haddenhausen und der Militärenter Hauptmann von Scheven begaben sich gestern nach Mar del Plata, um das Geschwader zu empfangen. Auch ein argentinisches Geschwader traf am 2. März zum Empfang dort ein. Nach der Ankunft des deutschen Geschwaders wird ein Empfang im Ocean-Klub und später ein Frühstück sein, das von der Stadtverwaltung gegeben wird. Am Abend gibt der deutsche Gesandte ein Mahl, dem ein Ball im Klub von Mar del Plata folgen wird.

Luftfahrt.

Ein Flug über den Atlantischen Ozean. Paris, 2. März. Wie der "Excelsior" meldet, beabsichtigt der französische Aviatiker Garros im Sommer nächsten Jahres einen Flug über den Atlantischen Ozean zu unternehmen. Der Flieger ist augenblicklich damit beschäftigt, sehr starke Motoren auszuprobieren, mit denen er einen erfolgreichen Flug unternehmen kann. Der Flieger will nur dann von der Ausführung seines kühnen Plans absiehen, wenn bis dahin ein anderer Flieger das Wagnis unternommen hat.

Eine neue Fliegerhöchstleistung. Chartres, 2. März. Der Flieger Garin hat mit drei Passagieren 3200 Meter Höhe erreicht und damit eine neue Höchstleistung aufgestellt.

Tödlicher Unfall zweier argentinischer Flieger. Buenos Aires, 2. März. Der argentinische Flieger Newbery, der bereits mehrere Rekordflüge ausgeführt hatte, ist gestern in den Cordilleren tödlich verunglückt. Sein Fluggast wurde schwer verletzt.

Teufels blickt, und von dessen Terrassen man einen beeindruckenden Blick über die Küste der Riviera bis nach Venedig genieht, enthält eine Heimstätte der Kunst, in der erhebliche Teile der Spielereignisse höchstens Aufgaben geöffnet werden. Nur ein Unternehmen, dem sein Theater nicht Geldquelle sein sollte, konnte sich den Luxus gestatten, ein Theater so auszustatten, wie es im Casino in Monte Carlo geschehen ist. Die Säle spannen sich amphitheatrale in sehr starke Steigung durch den Raum, an der Rückwand nur von einigen Bogen gestört. In der Breite der Säle wie der Gänge herrscht eine bewundernswerte Raumverschwendungen. Auf dieser Bühne, vor der man vor vornherein in eine behagliche lustempfängliche Stimmung versetzt wird, finden während dreier Monate jeden Donnerstag flottische Konzerte und drei bis viermal wöchentlich Opernvorstellungen statt, die Weltfuß erlangt haben. Im Grunde erscheint es märchenhaft, daß die Vorstellungen dieses Theaters oft für Wochen ausverkauft sind. Wenn jedoch nicht draußen die herrliche Natur zum ständigen Aufenthalt? Welche Fälle von schönen Aussichten eröffnen die beiden Straßen, die die Küste begleiten, die untere und die obere Corniche, von denen die eine zwischen den Palmen im Tal am Meer entlang gebaut ist, die obere auf halber Höhe zwischen den Bäumen und der Blütenpracht der Zitronenwälder dahinläuft? Von Montecarlo aus, dem ersten französischen Ort an der italienischen Grenze, sieht man durch ein Meer von Blüten bergan zu dem beschiedenen Casino am Weg, das den Namen des Freiheitskämpfers Garibaldi trägt. Auf der Terrasse, die von Maulbeerzweigen umspannt ist, ruht man bei einem Glase schaumenden Weins aus. So ergänzt vor uns das herrliche Bild, Sonne und Nebel, Freude und Schönheit, kurz in einem Wort die Côte d'Azur.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Soll die Süddeutsche in Wiesbaden bleiben?

Mit dem 15. November 1916 ist es der Stadtgemeinde Wiesbaden möglich, nach vorheriger einjähriger Auskündigung die meisten Straßenbahnenlinien in Wiesbaden zu erwerben und dann den Betrieb selbst zu übernehmen. Also in reichlich 1½ Jahren müssen die städtischen Körperschaften sich über den Erwerb oder Nichterwerb der Wiesbadener Straßenbahnen schließlich gemacht haben. Aus dem Vertrag der Stadtgemeinde Wiesbaden mit der Süddeutschen Eisenbahngeellschaft sei folgendes wörtlich mitgeteilt:

"Die Stadtgemeinde Wiesbaden hat das Recht, die Linien der Wiesbadener Straßenbahnen, mit Ausnahme der Linien von Wiesbaden nach Mainz und Erbenheim sowie von Mainz nach Schierstein, nach vorheriger einjähriger Aufsichtszeit, indessen nicht vor dem 15. November 1916, zu übernehmen. Als Anfangspreis ist das 25fache, bei einer Linie das 12fache des Durchschnittsbreinetrags der letzten drei Jahre, mindestens aber das Anlagekapital der betreffenden Linie, abzüglich einer vom 1. April 1899 ab zu rechnenden jährlichen Amortisationsquote von ½ Prozent des Anlagekapitals, zu zahlen. Das gleiche Recht steht der Stadt Viebriach hinsichtlich der Linie Wiesbaden-Viebriach innerhalb ihrer Gemeinführung zu."

Es war, so viel wir uns erinnern, im Jahre 1898, als schon einmal Magistrat und Stadtverordnete sich mit der Erwerbung und dem Ausbau der Wiesbadener Straßenbahnen beschäftigt; damals wurde hauptsächlich auf Antraten des verstorbenen Justizrats Berges von dem Anlauf der Straßenbahnen durch die Stadt abgesehen. Heute, oder besser, am 15. November 1916, kosten die dann läufigen Straßenbahnen Geld, und zwar viel Geld, wie viel, kann man nach den zitierten Aufsichtsbedingungen ungefähr ausrechnen, wenn man weiß, daß von allen Wiesbadener, Viebriacher und Schiersteiner Straßen, einschließlich der Linie Nr. 8 nach Mainz, der "Süddeutschen" für 1910/11 noch Abzug der Rücklagen zu dem Erneuerungs-, Reservefonds, der Eisenbahnsteuer und der Konzessions- und vertragsmäßigen Abgaben an die hessische Regierung und an Gemeinden ein Neinertrag von 530 001 M. 48 Pf. übrig geblieben ist.

So wie der Betrieb heute auf den Wiesbadener Straßenbahnen von der Süddeutschen Eisenbahngeellschaft geführt wird, kann er unter keinen Umständen bleiben; das ist jedem Wiesbadener klar. Der 7½-Minutenverkehr in den Hauptverkehrszeiten ist ein Unding für Wiesbaden. Er ist bei Anbrang nicht im geringsten aufrecht zu erhalten, und dann ist der ganze Betrieb aus dem Geiste. So lange nicht der 5-Minutenverkehr ohne Anschluß an den Umsteigestellen eingeführt wird, werden die vielen berechtigten Klagen niemals aufhören. Was in Mainz und Darmstadt möglich ist, das kann man doch wohl auch in Wiesbaden einführen.

Noch eine leichte Frage: Werden der Magistrat und die Stadtverordneten dafür sein, sobald als möglich Herr in ihren Straßen zu werden und einen sich für Wiesbaden gebührenden Straßenbahnbetrieb und Tarif einführen, oder soll die "Süddeutsche" noch weiter Jahr für Jahr eine halbe Million aus Wiesbaden fortziehen und die Stadt die Bahnen später noch teurer erwerben müssen?

Chemisches Laboratorium Fresenius zu Wiesbaden. An den im Herbst 1913 abgehaltenen Heriensuren beteiligten sich 22 Studierende, darunter eine Dame. Während des in Kürze zu Ende gehenden Wintersemesters 1913/14 ist das Laboratorium von 28 Studierenden (einschließlich zweier Doktoren) besucht, darunter 6 Damen. Der Heimat nach verteilten sich dieselben wie folgt: 21 sind aus dem Deutschen Reich, 3 aus Luxemburg und je einer aus England, Russland, der Schweiz und aus Brasilien. Außer den Direktoren, Geh. Regierungsrat Professor Dr. H. Fresenius, Professor Dr. W. Fresenius und dem stellvertretenden Direktor Dr. A. Fresenius, sind am Laboratorium 2 Dozenten und Abteilungsleiter, ferner im Unterrichtslaboratorium 2 Assistenten und in den Untersuchungslaboren (Versuchsstationen) 20 Assistenten und Laboranten tätig, darunter 7 Damen. Auch im Wintersemester 1913/14 ging eine Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Laboratorium Fresenius hervor. Die betreffenden Abhandlungen wurden in chemischen Fachblättern, insbesondere in der von den Direktoren des Laboratoriums herausgegebenen "Zeitschrift für analytische Chemie", veröffentlicht. Außer den wissenschaftlichen Arbeiten wurden im Wintersemester 1913/14 in den verschiedenen Abteilungen des Untersuchungslabors (Versuchsstationen) zahlreiche Untersuchungen im Interesse des Handels, des Bergbaus, der Industrie, der Landwirtschaft, der Gesundheitspflege, sowie der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden ausgeführt.

Reichshallentheater. Mit dem 1. März hat Gohmanns Röder Bühne im Reichshallentheater ihren Eingang gehalten, und zwar bei vollem Haus. Eli Neumann als Soubrette und das Bidardi-Duo bilden zunächst gute Eintrittsgänzummetri. In der Rolle "Adam und Eva" bewährt Herr Gohmann sich in der Rolle des Erbontels als famoser Thünnes, der das Publikum kaum aus dem Lachen kommen läßt. Als Humorist stellt Herr Robert Sacotti seinen Mann und Fräulein Anna Corelli erfreut besonders durch Liebervorträge. Vorzügliche Komik entfaltet Herr Erich Paul, der besonders mit dem bekannten Couplet "Der Fenzierladen-Max" stürmischen Applaus hervorruft. In der zweiten Vorlesung "Der rote Hahn" ist es wiederum Herr Gohmann als Thünnes, der die Lachmuskeln reizt. Die Rolle ist reich an komischen Situationen, und der Besuch des Auditoriums wird ihr natürlich ebenfalls zuteil. Zum Schluß fehlen zwei quite akrobatische Akte nicht. Angebracht wäre es übrigens, das Programm etwas zu kürzen; trost der flotten Abwicklung dehnt es sich doch wohl zu lange aus.

Entweder intellektuelle Erziehung oder Volksunterhaltung lautete das Thema, das auf Veranlassung der Wiesbadener Gesellschaft für elytische Kultur" der Schriftsteller S. Moreau aus München am Freitagabend behandelt. Wir sind von einer sinnlosen Massenkultur umgeben, von ererbten Suggestionen abhängig und eingeschlossen in ein System von Paraphrasen, so daß wir im Leben vorwärts geschoben werden statt unseres Weg nach individuellem Ermeisen zu suchen. Dem sollte der Redner als erfreuliches Ziel entgegen, der einzelne müsse durchaus seiner individuellen Anlage nach leben, geführt vom Intellekt. Dieser muß daher schon von früher Jugend an geweckt und geübt werden, damit sein Träger später imstande ist, die ihm zu-

sagende Bahn einzuschlagen, auch wenn sie im Gegensatz zur herrschenden Gesellschaftsmoral und Anschauung stehen sollte. Da die allgemeine Wohlfahrt schließlich von der Wohlfahrt des einzelnen abhängig ist, so soll diese durchaus gefördert werden, eben durch volle Betätigung des durch den Intellekt gelötzten Individualismus. Freilich muß schon in der Schule Rücksicht auf die Eigenart des Kindes genommen werden, damit dieses von vornherein den ihm gemachten Weg verfolgen kann, während heute der Schüler, durch das Schema der Schule gezwungen, häufig zu einem Beruf bestimmt wird, ehe seine Fähigkeiten klar zutage liegen. An der Hand zahlreicher Zeichnungen und Aquarelle, die ein 30-jähriger Mann in wenigen Wochen ohne Anleitung angefertigt hatte, nachdem ihm früher jede Möglichkeit zu dieser Tätigkeit verfagt war, versuchte der Vortragende nachzuweisen, wie ein Talent ohne Nachhilfe sich zu entwickeln vermag, wenn ihm freie Bahn gelassen wird. — Die dem Vortrag folgende angeregte Besprechung zeigte, daß auch in Lehrkreisen lebhaftes Interesse besteht für andersartige Abschaffung und Teilung der Schulklassen, so daß jedes Kind schon früher dem seiner Eigenart entsprechenden Unterricht zugeführt wird und seine Persönlichkeit zweitmäßig und befriedigend entwickeln kann.

Internationale Schriftenmission. Die Polizeidirektion in Frankfurt a. M. läßt vor einem Unternehmen warnen, daß, wie wir beobachten könnten, auch in Wiesbaden sich bemerkbar gemacht hat. Es trägt die Bezeichnung "Internationale Schriftenmission" und ist von einem Kaufmann ins Leben gerufen worden, der sein Institut angeblich der unentgeltlichen Krankenpflege zur Verfügung stellt. Nach seinen Angaben hat er sieben Krankenpflegerinnen in Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt a. M. angestellt, deren Hauptaufgabe bisher aber nur darin bestand, das religiöse Blättchen "Es werde Licht" zu verteilen. Der Erbauer, der auf die Angaben, daß der bezahlte Betrag für Werke der Liebesträgkeit für Missionszwecke und für Krankenpflege verwendet würde, gewöhnlich reichlicher ausfiel, als das Blatt und der darin enthaltene Stoff wert war, soll recht annehmlich gewesen sein. Insgesamt wurden bisher 15 000 Exemplare abgesetzt. Krankenpflege haben die Schwestern bisher noch nicht geleistet. Ein ähnliches Unternehmen besteht übrigens auch in Breslau. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Inhaber, der schon vorbestraft ist, und auch das von ihm angestellte Personal betrügerische Absichten bei dem Betrieb des Blättchens verfolgt. Gegen die Unternehmer und die Schwestern ist daher ein Verfahren in die Wege geleitet worden. In Wiesbaden wurde übrigens das genannte Blättchen auch durch Kinder vertrieben, die in recht aufdringlicher Weise ihre Exemplare an den Mann zu bringen versuchten und jedenfalls Beauftragte der fraglichen Schwestern waren.

Eisenbahnverkehr. Ab 1. März werden zwischen hier und Berlin über Homburg-Raunheim folgende D-Züge mit Speisewagen und 1. bis 3. Wagenklasse gefahren: ab Wiesbaden 9 Uhr 9 Min. dorm., in Berlin (Potsdamer Bahnhof) 7 Uhr 31 Min. nachm., ab Berlin (Potsdamer Bahnhof) 8 Uhr 17 Min. dorm., in Wiesbaden 6 Uhr 52 Min. nachm.

Konkursverfahren. Über den Nachlaß des Weinhandlers Heinrich H. in Firma W. Büdingen Nachfolger, Rheinstraße 67, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Dr. Bödel ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis 1. April 1914 beim Amtsgericht Wiesbaden anzumelden. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 28. März, vormittags 10½ Uhr, und der Prüfungstermin auf den 18. April, vormittags 10½ Uhr, bestimmt.

Personal-Nachrichten. Gebreter Christian Wagner an der Mittelschule in der Rheinstraße tritt am 1. April d. J. in den Ruhestand.

Güterrechtsregulierer. Die Cheleute Kaufmann Karl Emil, genannt August Diel und Anna, geborene Obens, haben die Verwaltung und Aushöhung des Gemannes ausgeschlossen, die Cheleute Kaufmann Karl Altmann und Else, geb. Petry, haben Gütertrennung vereinbart.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der "Ring- und Bucherkirchenchor" hält seinen Familienabend am Mittwochabend 8 Uhr im großen Saal der "Barthurn" ab.

* Am Donnerstagabend 4 Uhr findet im "Frauenclub" ein Tee-Konzert statt.

* Am Freitag vergangener Woche fand die diesjährige Mitgliederversammlung des "Litteratur-Vereins" in dem kleinen Saal der Stadtbücherei statt. Prof. Dr. Schaefer, der den Vorsitz führte, erzielte zunächst den Wahlgang, aus dem wir folgende wählten. Am 31. Dezember 1913 zählte der Verein 1223 Mitglieder, 90 Fälle von Tierquälereien sind dem Vorstand des Vereins im Laufe des Geschäftsjahrs 1913 mitgeteilt worden. In 23 Fällen hat das Gericht, dem von dem Vorstand Anzeige gemacht wurde, auf Geldstrafen bzw. auf Haft erkannt. 2 Fälle wurden mit 5 Tagen bzw. 4 Wochen Haftstrafe bestraft, die übrigen wurden, da sie leichterer Natur waren, durch Verwarnungen erledigt. Im Interesse des Tierdukes vertritt der Verein die Wiesbadener Tierarztkalender, von denen er 22 000 bezo gen hat. Der Vagabund von Wiesbaden hat davon 10 000 Exemplare zur Verteilung in den Salons übernommen. Ein weiteres Verdienst des Vereins ist es, wenn die Hundefutterwerke immer mehr verschwinden und statt der alten Sieben ganz untauglichen Hunde Esel benutzt werden. Im abgelaufenen Jahre hat er zu diesem Zweck 75 Esel in Italien durch seinen Importeur einkaufen lassen. Die Benutzung des Tierheims ist gestiegen, es waren zuerst andere Tiere 226 Hunde und 36 Jungen in Pension und diese gegeben worden, 104 Hundekinder und 109 Welpenlager, um die sich niemand kümmerte hat der Verein im seinem Heim aufgenommen und verpflegt, was ihm eine Ausgabe von über 1000 M. verursachte. Da sich nun die Verwaltungskosten des Tierheims auf rund 10 000 M. belaufen, die Zahl der Bindungs- und damit die Ausgaben für sie immer größer werden, liegt es auf der Hand, daß der Verein seinen Idealen zuwenden muß, wenn er weiterhin durch besondere Zuwendungen unterstützt, wenn ihm insbesondere von der Stadt ein realistischer Aufschwung zur Unterhaltung des Tierheims zur Verfügung gestellt wird. Bürgermeister Kleemann bestätigt in seinem Jahresbericht die Tatfrage, daß der Verein nur infolge besonderer Zuwendungen davor bewahrt blieb, sein Kapital auszugeben, um die bedeutenden Ausgaben zu decken, die ihm in Erfüllung seiner Aufgabe erwachsen. Zum 1. Vorstand wurde er Stelle des verstorbenen Archivars a. D. Dr. H. Hagemann Generalleutnant a. D. Weißer b. Amtsleiter gewählt.

* Der "Aktivist-Sport-Verein" hält täglich seine Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht wird. Nach dem erstatuierten Geschäfts- und Vereinsbericht liegt ein ausführliches Protokoll vor. Es wurde dabei eine Verabredung nach der neuen Ausführung für 150 M. getroffen, welche allen Sportfreunden Dienstags und Freitags, abends 9 Uhr, im Hotel Holzhausenstraße 7 zur Verfügung steht. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorstand Franz Ebeng, 2. Vorstand Willi Holland, Kassier Otto Engel, Schriftführer Dr. H. Hagemann, Aburwarte Adolf Neul und Heinrich Schneider, Sekretär August Schomann und Karl Groß. Inventarwart a. D. Schoop.

Morgen-Ausgabe, 1. Blatt.

Wiesbadener Tagblatt.

Morgen-Ausgabe, 1. Blatt.

Seite 3.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Der Viebriacher Haushaltswirtschaftsbericht.

o. Viebriach, 2. März. Der Haushaltswirtschaftsbericht der Stadt für das Jahr 1914 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 2 811 474,42 M. Von diesem Betrag entfallen auf die einzelnen Titel: 1. Allgemeine Verwaltung: Einnahmen 52 480,14 M., Ausgaben 182 449,14 M., Aufschuß 129 399 M., legen 122 106,64 M. i. B.), 2. Steuern, unter Körnern: Einnahmen 549 661,63 M., Ausgaben 504 109,33 M., Aufschuß 4417,70 M. (4351,15 M.), 3. Veranlagung der direkten und indirekten Steuern: Einnahmen 1 380 197,25 M. (1 330 474,89 M.), 4. Polizeiverwaltung: Einnahmen 19 881,55 M., Ausgaben 112 881,55 M., Aufschuß 92 900,07 M. (89 277,57 M.), 5. Grundstücksverwaltung: Einnahmen 30 088,20 M., Ausgaben 25 942,08 M., Aufschuß 4966,49 M. (4861,49 M.), 6. Bauverwaltung: Einnahmen 128 243,74 M., Ausgaben 280 776,26 M., Aufschuß 152 581,45 M. (145 723,73 M.), 7. Friedhofswirtschaft: Einnahmen 13 922,51 M., Ausgaben 22 072,72 M., Aufschuß 9050,21 M. (10 086,96 M.), 8. Armenverwaltung: Einnahmen 44 959,54 M., Ausgaben 99 972,56 M., Aufschuß 54 973,22 M. (58 880,22 M.), 9. Schulverwaltung: Einnahmen 117 831,78 M., Ausgaben 588 551,67 M., Aufschuß 421 183,89 M. (401 601,09 M.), 10. Deichverwaltung: Einnahmen 50 550 M., Ausgaben 23 066 M., Aufschuß 28 885 M. (17 995 M.), 11. Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke: Einnahmen 4682,81 M., Ausgaben 21 470,80 M., Aufschuß 16 828,04 M. (16 228,22 M.), 12. Verwaltung für allgemeine körnliche Zwecke: Einnahmen 3065 M., Ausgaben 14 448 M., Aufschuß 11 883 M. (10 845 M.), 13. Verwaltung des Wasserwerks: Einnahmen 88 433,00 M., Ausgaben 47 546,18 M., Aufschuß 9002,23 M., 14. Elektricitätswerk: Einnahmen und Ausgaben gleichen sich unter Verstärkung einer Gewinnabfuhr von 5000 Mark an die Stadtkasse mit 150 428,53 M. aus. 15. Dienstlager: Einnahmen und Ausgaben gleichen sich mit 6017 M. aus.

Aus der Gemeindevertretung Sonnenberg.

7. Sonnenberg, 1. März. Die geistige Sitzung der Gemeindevertretung hatte über einen Antrag auf Verlauf einer Geländeabfläche an der Hochstraße zu beraten. Mit Rücksicht darauf, daß das Verfüllungsrecht der Gemeinde noch der Klärung bedarf (die Gemeinde ist grundsätzlich Eigentümerin der Fläche), soll ein Bodenmarken eingetragen werden, damit den Interessen aller Anteiliger Recht geschenkt wird. Von einem Schreiben des Kanzleibuchhalters über die Belebensfolge in den Jahren 1914, 1915 und 1916 beabsichtigten Ronaueinbauten in den Sonnenberger Straßen wird Kenntnis genommen. Zur Gleicherichtung des Geschäftsbüros der Gemeindevertretung wird vom 1. April 1914 ab die Errichtung eines Postgeschäfts beschlossen. Zu Mitgliedern der Schuldeputation wurden aus der Gemeindevertretung die Herren Schreinmeister Ludwig Wintermeier, Landwirt Phil. Krause, Amtel. Oberförster Dr. H. Quester und als des Erziehungs- und Volksbildungsfonds fünfzig Personen die Herren Landwirt Ludwig Heinrich Wagner, Kaufmann Karl Prinz und Rektor Wilhelm Winter gewählt. Weiter gehören noch zur Schuldeputation mehrere Mitglieder des Gemeindeparkes und außerdem die beiden Ortsvorsteher. Die Feststellung der Höhen für die Platzierung der in den Fabrikgebäude befindlichen Strafzellen hat ergeben, daß zur Vermeidung aller höheren Strafzellen und im Interesse eines schönen Strafzellen eine Abänderung der Höhenverhältnisse zweitmäßig ist. Auf Grund des vorliegenden Sachverständigen-Gutachtens erhält die Gemeindevertretung gegen die Abänderung keine Einwendungen, zur besseren Reinigung der Ortsstraßen wird mit einer Wiesbadener Firma beschieden ein Abkommen getroffen worden. Die Reinigung, insbesondere die Entfernung von Schnee- und Eisresten, hat im allgemeinen nicht befreit, so daß beschlossen worden ist, das Abkommen zum 31. März 1914 zu lösen. Es soll die Reinigung des Bürgersteigs und wo ein Bürgersteig nicht vorhanden ist, 150 Meter Bahnabstand breit von der Hausschwelle an gerechnet auf die Länge der Pfeilfront den Anliegern zu reinigen aufgelegt werden. Dagegen soll die Reinigung des Fabrikdamms, welche nach dem befreiteten Ortsstadium selber auch in Anliegen aufgenommen, auf die Gemeinde übernommen werden. Gleichermaßen wird die Gemeinde auch die Reinigung des Bürgersteiges übernehmen gegen Zahlung einer entsprechenden Gebühr und zwar für solche Anteile, die dies würden. Auch die Haftpflicht wird in letzterem Falle auf die Gemeinde übernommen. Die endgültige Verabschiedung steht noch aus. Ein Antrag auf Rücknahme von dem Kanzleibuchhaltungssachverständigen, welche von dem Erbauer zweier Häuser hinterlegt und von der Anteilstellerin geändert worden sind, wurde zurückgewiesen und beschlossen, die Angelegenheit neigenfalls im Prozeßvergleich zum Austrage zu bringen.

— Viebriach, 2. März. Am Samstag entschickte der seit Jahren hier lebende Major a. D. Adolf v. Quast im Alter von 70 Jahren. Er war 1835 in Stuttgart geboren, hatte den Feldzug 1870/71 mitgemacht und war Ritter des Eisernen Kreuzes.

— Schierstein, 2. März. Da in Geisheim vor einigen Tagen gelandete Tote wurde die die 18-jährige Buffettiere nach von hier ermittelt, die am 21. Dezember am Schaumaindtal in Frankreich in den Main gesunken war.

— Dornheim, 2. März. Das dreijährige Kind des Telegrafenbeamters E. Leidenfels erstickte bei der Einführung der Elektrizität der Dornheimer Bierfabrik in die Wiesbadener Straße angefahren und erlitt einen Brünnungsblut.

v. Sonnenberg, 2. März. Die Wiederwahl der im Gemeindevorstand Sonnenberg wählbaren Gemeindeschäftelei findet am Montag, den 9. März 1914, im Rathaus Zum deutschen Hof in Wiesbaden, Goldstraße 2a, statt. Die Gemeindeschäftelei wählten sich um 6.30 Uhr morgens am Rathaus zum gemeinsamen Abmarsch einzufinden.

— Gründelbach, 28. Februar. Gestern abend hielt der "Gesundheitsverein" im Gothaerhaus "Zum Schwarzen Bären" eine mit besuchte Versammlung. Bündschaff stand die Versprechnisse über die besuchenden Gemeindeschäftelei wählbaren auf der Tagesordnung. Man einigte sich dahin, folgende Herren als Kandidaten den Bürgern zu empfehlen: für die 1. Stelle Sozialermeister Karl Stoll und für die 2. Stelle Türkenmeister Aris Günz und die Landwirt August Stein und Heinrich August Born. Für den verstorbenen Landwirt Heinrich Häuser wird sein Sohn, der Architekt Wilhelm Häuser, in Vorlesung gebracht. Da der im kommenden Monat stattfindenden Generalsversammlung soll ein Redner gewonnen werden, der über "Das edlige Güterrecht" nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch einen Vortrag halten wird. Zum Schluß forderte der Vorlesende die Anwesenden auf, am 2. März d. J. recht zahlreich bei der Wahl

zu sein scheint, konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. — Da in den Weinbergen fest die Anlage von Neufeldern beginnt, ist die Nebenbeschaffungsschlacht wieder in Betrieb genommen. Die Desinfektion des Holzes erfolgt Mittwochmittags. Aus der Anmeldung, die am Tage zuvor auf dem Rathaus zu erfolgen hat, muss ersichtlich sein die Menge und Sorte des Holzes, wodurch und von wem es kommt und die Nebenlieger des zu bepflanzenden Grundstücks. Nach der Desinfektion wird eine Bescheinigung und dann die polizeiliche Erlaubnis zum Bepflanzen der Neuen ausgeteilt.

Nassauische Nachrichten.

Berband Hessen-Nassau vom Bund deutscher Militäranwärter.

PC. Höchst a. M., 1. März. Bei zahlreicher Beteiligung und unter Vorstand von Postsekretär Kreuder (Frankfurt a. M.) hatten sich heute hier die im Verband Hessen-Nassau vom Bund deutscher Militäranwärter vereinigten Militäranwärter zu ihrem Verbandsstag versammelt, der eine umfangreiche Tagesordnung aufwies. Als Vertreter der Stadt Höchst a. M. waren Bürgermeister Dr. Janke und Beigeordneter Dr. Hoch erschienen. Der Vorsthende ließ sich, nachdem er die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet, zunächst über die befaßten Ziele und Zwecke des Verbands und Bundes aus, die in idealer und materieller Beziehung eine Hebung des Militäranwärterstandes erstreben, vor allen aber Gleichstellung der Militäranwärter mit den Zivilanwärtern herbeiführen wollen. Zum Verbandsleiter wurde darauf der Vorsthende des Höchster Militäranwärtervereins Schmidt gewählt. Aus dem vom Vorsthenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben. Zu den bedauerlichsten Erscheinungen des vergangenen Geschäftsjahrs gehört die Festsetzung des Bundes deutscher Militäranwärter und Invaliden (Unterbeamten) an zwei Orten des Verbands, in Frankfurt a. M. und Wiesbaden. Da an genannten Orten beständliche Vereine war es nicht möglich, die Vereinsgründungen des neuen Bundes an ihrem Sitz zu verhindern. Die Zahl der Vereine hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht vermehrt. Es bot sich zu Gründungen keine Gelegenheit. Zum erstenmal seit Bestehen des Verbands ist seine Mitgliederzahl zurückgegangen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt über 9000. Im Berichtsjahr wurde der Vorstand ganz besonders durch Beschwerden über die Nichtbeachtung der Anstellungsgrundzüge in Anspruch genommen. In einigen Fällen war das Eingreifen des Verbandsvorstands von Erfolg gekrönt. Bei diesen Vorgängen hat sich erneut gezeigt, daß die Kommunalverwaltungen zum Teil bestrebt sind, mit allen erdenklichen Mitteln die Militäranwärter fernzuhalten. Zurzeit schwelen noch Bemühungen des Vorstands, die die Verbesserung der Lage der Beamten beim Bezirksverband Wiesbaden bezwecken. Zum Bundesstag 1914 wurden folgende Anträge angenommen: „Der Bundesvorstand hat alsbald die Reichsregierung zu ersuchen, das Mannschafts-Versorgungsgebot von 1906 dahin zu erweitern, daß die Anerkennung von Militärdienstzeit und anderer — außerhalb der etablierten Anstellung liegenden — Zivildienstzeit den nach § 18 des genannten Gesetzes zur Anstellung von Militäranwärtern verpflichteten Behörden gesetzlich auferlegt wird.“ Die Anträge des Vereins Hanau auf Abhebung der Titel „Diener“ bei allen Behörden für die aus dem Militäranwärterstand hervorgegangenen Beamten, auf Schaffung von etablierten Stellen bei den militäritischen Instituten für die dort beschäftigten Verwaltungsdirektoren, auf weiteres intensiveres Wirken für Aufbesserung der Gehälter und Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der unteren Beamten, auf Wirkung des Bundesvorstands in der Frage der Verkürzung bezügl. Abschaffung des Diätariats und der Anstellung auf Lebenszeit der aus dem Militäranwärterstand hervorgegangenen Beamten bei allen Behörden fanden Annahme, ebenso der vom gleichen Verein gestellte Antrag, daß zu wirken, daß bei den Anerkennungsvorrichtungen an Stelle von „An die Zeit der Beschriftung eines Beamten bei einer Kommunalverwaltung bei seinem Übertritt zum Staatsdienst als Zivil- bzw. Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden“, treten soll „in die Zeit“ usw. Endlich fand ein Antrag Frankfurt a. M. Annahme, beim Bundesstag zu beantragen, „§ 14 Biffer 5 Absatz 2 der neuen Bundeszeitung erhält folgende Fassung: Abhandlungen von Bundesmitgliedern für die Bundeszeitung sind durch den Verein unmittelbar dem Bundesvorstand einzureichen“, sowie ein Antrag Weßlar, auf eine Änderung der §§ 3, 4 und 16 sowie 14 der Grundsätze 2. Weichung der Stellen bei Kommunalbehörden) hinzuwirken. — Die Einnahmen des Verbands stellten sich im abgelaufenen Jahre auf 2401 M. 28 Pf. die Ausgaben auf 1875 M. 18 Pf. Die Rechnung wurde gutgeheissen und der Voranschlag mit 1755 M. genehmigt. Hierbei wurde der Reichstag gefragt, fünfzig die Reisegelder der Delegierten nach den zurückgelegten Kilometern zu berechnen. Der sechste Vorstand wurde daraus einstimmig wiedergewählt, als Vertreter des Verbands zum Bundesstag 1914 Kreuder (Frankfurt a. M.), Schmidt (Höchst a. M.), sowie des weiteren Lösch (Frankfurt a. M.) designiert. Als nächstjähriger Verbandsstagsort wurde Limburg bestimmt.

ht. Nied., 27. Febr. Auf einem hiesigen Ackerstück fand man einen gut erhaltenen großen Holzzirkel mit der Jahreszahl 1643.

ht. Gronberg, 1. März. Die Stadtverordneten-Versammlung sprach sich in einer Resolution für die Umwandlung der bisherigen konfessionellen Schule in eine Simultan-Schule aus.

ht. Westerwald, 27. Febr. Der Verkehr auf der Strecke Westerburg-Erbach im Westerwald hat sich derart gehoben, daß die Eisenbahnverwaltung sich entschlossen hat, sie zweigleisig auszubauen. Die Kosten dafür werden im nächsten Eisenbahnanleihe-Gesetzentwurf enthalten sein.

S. Wirs (Westerwald), 27. Febr. Der hiesige Bürgermeister Kroh legte nach 20jähriger Amtsdürigkeit sein Amt nieder, weil er in seinem Alter von nahezu 80 Jahren die Lasten des Amtes nicht mehr tragen zu können glaubt. Die Gemeinde wählte einstimmig seinen Sohn, August Kroh. Es ist auf dem Westerwald seine seltene Ersehntung, daß das Bürgermeisteramt sich in der Familie weitertrage und vom Vater auf den Sohn oder den Schwiegersohn übergeht.

ht. Hanau, 2. März. Dem seitherigen kommissarischen Domänenrentenamtsherrn Oberleutnant a. D. Janke ist unter Ernennung zum Domänenrentenmeister die Verwaltung des Domänenrentamts Hanau und der damit verbundenen Vorstossen der Oberförsterei Hanau vom 1. März 1914 ab endgültig übertragen worden.

ht. Ransbach, 2. März. Oberpostdirektor a. D. Bieser hierzulst. erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

ht. Dillenburg, 27. Febr. Der Oberlehrer am hiesigen Königl. Gymnasium Professor Dr. Höfmann ist vom 1. April ab in gleicher Eigenschaft an das Königl. Gymnasium in Wiesbaden versetzt. — Als Nachfolger des Direktors

der Staatsbergwerke im Bezirk Wiesbaden Oberbergamt Baumüller ist als Director der Königl. Berginspektion Dillenburg, der Bergot P. Kier, seitlicher Bergwerksdirektor der Berginspektion Kronberg zu Ensdorf bei Saarbrücken, vom 1. April ab ernannt.

Aus der Umgebung.

Förderung des Kleinwohnungswesens.

ht. Bad Homburg v. d. H., 2. März. Zur wirksame Förderung des Kleinwohnungswesens im Oberhauptskreis bewilligte der Kreisausschuß heute die Aufnahme eines zweiten Darlehens von 100 000 M.

Raubmord.

ht. Bad Homburg v. d. H., 2. März. Am Samstagabend wurde der Jubelnecht eines Bilbeler Mineralwassergerichts auf der Landstraße nach Seulberg überfallen und beraubt. Er ist derart schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus nach Bilbel gebracht werden mußte. Der Überfallene wurde erst Sonntagmorgen aufgefunden. Er hat schwere Kopfverletzungen und wird kaum mit dem Leben davongekommen.

ht. Frankfurt a. M., 2. März. Im Güterbahnhof des Hauptbahnhofs blieb gestern abend nach 8 Uhr beim Überqueren des Stiftels der 40jährige Rangierer Georg Beyer, der Dorfelder Straße 14 wohnte, mit dem Stiefelabsatz in einem Weichenversatz hängen, wurde von einer abgespannten Rangierabteilung erfaßt und auf der Stelle getötet.

ht. Hanau, 1. März. Wie amtlich bekannt gegeben wird, wurden im Land- und Stadtkreis Hanau infolge des Generalpavans mehrere Millionen Kapitalvermögen angegeben, die bisher der Besteuerung entzogen worden sind.

ht. Büdingen, 1. März. Durch einen ganz eigenartigen Umstand kam in einem Kocherort ein Landvogt ums Leben. Dieser hatte sich einen starken Schnitt ausgezogen und während dieser Zeit seinen Adler mit für ihn die im Dünker bestreut. Dabei flog ihm etwas Dünkerstaub an die entzündete Wunde; er sog sich eine Blutergüsse an, der er schon am nächsten Tage erlag. Der Mann hinterließ eine Witwe mit sechs Kindern.

ht. Darmstadt, 1. März. Verkohlt aufgefunden wurde heute früh in ihrer Wohnung in der Friedrichstraße die bei ihren Verwandten daseitig wohnende 88 Jahre alte Frau Eva Kuhmell. Die Verwandten waren außerhalb zu Besuch und die alte Frau hat sich anscheinend mit dem Stock vor dem Arbeitsgericht dem Kleiderkram zu sehr genähert, die Kleider haben Feuer gefangen und die Frau durchdruck verbrannt, so daß die Angehörigen beim Kochhaufen nur die verbrachte Leiche fanden. Da die Flammen sonst nicht viel Reckten fanden, wurde ein größerer Brand verhindert.

ht. Altenkirchen (Westerwald), 27. Febr. Die Arbeiten zu dem Westerwälder Bismarckturm, der auf dem „Dorn“ in der Nähe unserer Stadt errichtet wird, wurden für 10 000 M. vergeben und werden demnächst begonnen. Auch der Platz ist schon angekauft. — Zwischen hier und Altenkirchen wurde der Bremer Peter Bender aus Marienthal vom Zug erfaßt und ihm ein Stein abgeschlagen. Der Verunglückte wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

ht. Kassel, 2. März. Gegen den viel genannten Freiberry Gisbert Wolff v. Metternich ist eine Anzahl Anzeigen wegen Betrug und Dokumentfälschung bei der bisherigen Königl. Staatsanwaltschaft eingegangen. Der Freiberry wird befürwortet, durch Schwindelmauer verdeckte Personen um größere Geldbeträge geschädigt zu haben. Er soll auch durch falsche Vorwiegungen verucht haben, verschiedene Personen zu verleiten, sich mit namhaften Geldbeträgen an verlorenen geschäftlichen Unternehmen zu beteiligen. Unter den Betroffenen soll der Geschäftsführer eines Automobilgeschäfts, welches der Freiberry gegründet hatte, figurieren.

Neues aus aller Welt.

Der Goldregen der Berliner Ballaison, Berlin, 1. März. Wo in der Berliner Ballaison für Vergnügungen ausgeladen wird, erhellte die Tafel, daß der Basso-Ball im Admiralspalast am vorigen Samstag bei etwa 2000 Besuchern eine Eintrittseinnahme von 20 000 M. und einen Umsatz an Speisen und Getränken von ca. 28 000 M. erzielte. Diese Zahlen werden noch übertroffen von dem Tango-Tanzturnier mit einer Besucherzahl von etwa 4000 Personen, mit annähernd 20 000 M. Eintrittseinnahmen und etwa 35 000 M. Erlös für Speisen und Getränke. — Die großen Berliner Bälle bringen meist einen sehr ansehnlichen Umsatz. So konnte der Berliner Balle vom Presseball gegen 45 000 M. seiner Unterstützungsstufe aufführen, das Deutsche Opernhaus von seinem Ball seiner Pensionskasse 13 500 M.

Ein neuer Riesenstollen, Rom, 1. März. Die italienische Staatsbahnverwaltung plant den Bau eines neuen Riesenstollens von 19 Kilometer Länge, der den Appennin nördlich von Genua durchbrechen und eine künstliche Eisenbahnverbindung zwischen dieser Stadt und der Po-Ebene schaffen soll, so daß sich die Fahrtzeit der Sonnellaufe Genua-Mailand von drei auf zwei Stunden verkürzt. Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, mit denen man beim Bau der Tunnels auf den älteren von Genua nach Norden führenden Straßen infolge des brüchigen Gebirges zu kämpfen hatte, wird der neue Tunnel einen gekrümmten Verlauf erhalten, so daß er der ganzen Länge nach durchantes Gestein führt. Die Fertigkeit wird auf acht bis zehn Jahre geschätzt. So wird man in derselben Richtung drei verschiedene Tunnelstrecken haben.

Ein Dampfer auf Grünk geraten und von einem Torpedoboat besetzt, Ceylon, 2. März. Der Dampfer „Ceylon“ verlor hier auf Grund. Das Torpedoboat S. 92 schleppte ihn ab, wogegen er die Weiterfahrt nach Hamburg antrat.

Ein Hamburger Dampfer gestrandet, Tanger, 2. März. Leute aus dem Nachbarstamm Andjera brachten der deutschen Gesandtschaft einen Brief des Kapitäns vom Dampfer „Sanford“ der Soudan-Somalipolitik in Hamburg, wonach der Dampfer gestern morgen zwischen Tanger und Adulis gestrandet ist. Eine Gefahr für Mannschaft und Ladung sei nicht vorhanden. Entweder der Bitte des Kapitäns ergriff die Gesandtschaft sofort Schritte, um Hilfe zu schaffen.

Deutscher Reichstag.

Der Postetat.

ht. Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht) In weniger als 5 Minuten schaffte sich das Plenum des Reichstags, fürs erste wenigstens, die Besoldungsgesetze und die Nachtragsakts vom Halse. Sie wurden samt und sonders ohne jede Debatte an die Budgetkommission vermißt. Dann stürzte man sich kopfüber in den Postetat. Die Begeisterung über die Art, wie unsere Reichspostverwaltung zurzeit gelenkt wird, ist trotz der schönen Überschüsse, die sie liefert, nicht sonderlich groß im Reichstag. Es ist nicht zu leugnen, daß die Postverwaltung auf verschiedenen Gebieten einen Stillstand bedeutet. Von einem Vorwärtsstreiten ist nur wenig zu bemerken. Im besten Falle kann von einem Vorwärtsstrebew-

werden gesprochen werden. Mehr oder minder deutlich klangen solche Vorwürfe heute aus allen Reden. Und der Staatssekretär, mehr redselig als redetätig, bat sich kräftig seiner Haut zu wehren. Der Sozialdemokrat Ebelt, der neue Parteivorsitzende, sprach über Landbriefbestellung und Brieftelegramme und nahm die Postbeamten von Bobern gegen den Chef ihrer eigenen Verwaltung in Schutz. Der Zentrumsbundestag-Norden schwieg auf die die Sittlichkeit gefährdende Einrichtung der postlagernden Briefe und der Nationalliberale Wedel-Heidelberg beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Fernsprechgehilfinnen, deren unfindbare Anstellung er endlich an der Zeit hält. Daneben trat er für eine Vereinheitlichung des Weltportos und Ermäßigung des Ortspostos ein. Eigentlich fand die Postverwaltung nur einen einzigen Anwalt, es war Herr Dr. Oertel, der momentan im Vergleich mit dem Ausland unsere Zustände teils musterhaft, teils wenigstens extragäßig fand.

Der Staatssekretär griff dreimal in die Debatte ein. Es war wenig genug, was er versprechen konnte. Brieftelegramme sollen fünfzig schon von 5 Uhr nachmittags aufgeliefert werden dürfen und die Fernverbindungen zwischen Berlin und dem Reich werden, so Gott will, besser werden, wenn die unterirdischen Stöbel vermehrt sein werden. Die starke Vermehrung des weiblichen Personals sieht auch Herr Kraette, der alte Poststolz, nicht gern, aber er findet, daß die Telephondamen doch weit netter, freundlicher und geduldiger seien als ihre männlichen Kollegen. Seinem Gönner Oertel aber versprach der Staatssekretär vermehrte Briefbestellung und längere Dienststunden bei den kleinen ländlichen Postanstalten.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

Berlin, 2. März.

Am Bundesstaatsamt: Staatssekretär Kraette und Staatssekretär Kühn.

Präsident Dr. Kampf eröffnet die Sitzung um 2.17 Uhr. Zunächst werden Petitionen, welche die Kommissionen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet haben, entsprechend erledigt. Hierauf wird die Novelle zum Besoldungsgesetz in erster Lesung auf Geschäftsvorlesungsantrag des Abg. Dr. Spahn (Bz.) ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen, ebenso die auf der Tagesordnung stehenden Nachtragssetze. Sodann beginnt die zweite Beratung zum

Postetat.

Abg. Kort (Soz.): Die Überschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung im letzten Jahre schließen mit einer Mindereinnahme von mehreren Millionen Mark. Die starke wirtschaftliche Depression, deren schlimme Folgen die Regierung bei der Arbeitslosenfrage bestreit, mußte sie bei der Staatsaufstellung also mit in Acht bringen. Immerhin aber betrugen die Überschüsse dieser Verwaltung 100 Millionen Mark.

Die gewaltigen Überschüsse sollten aber dem Verkehr zugänglich gemacht werden, anstatt zur Balanzierung des ganzen Reichsbestands benutzt zu werden.

Das Postsparsystem müssen weiter ausgedehnt werden. Der Schnellzugverkehr müßte auch der Postbeförderung in weitgehendstem Maße eröffnet werden. In bezug auf die Brieftelegramme steht Deutschland dem ganzen übrigen Ausland gegenüber zurück. Der Staatssekretär verkennt das hohe politische Interesse, welches dieser Art von Telegrammen zuliegt. Im allgemeinen gut benutzt haben sich die Brieftelegramme; nur sollte die Annahmegrenze auf den ganzen Tag ausgedehnt werden, wie es im Ausland ebenfalls gehandhabt wird. Die Einführung eines niedrigen einheitlichen Weltportos ist notwendig. Zu der Haberliner Poststrecke hat der Staatssekretär in der Kommission eine eigentlich ungemeinliche Haltung eingenommen. Oberst v. Reuter hat vor dem Rechtsgericht die Beamten, die der Staatsanwalt sonst sehr schlägt, des Amtsvertrügens beschuldigt. Die Untersuchung hat ergeben, daß von einer Vorentscheidung der Postsendungen keine Rede sein kann. Der Staatssekretär begrüßt sich aber damit, daß Oberst Reuter erklärte, er habe nicht beachtet, jemanden zu beleidigen. Gegen die Beamten wird die Untersuchung und Bestrafung eingeleitet. Die Postverwaltung gibt also ihre Beamten einfach preis. (Vizepräsident Dr. Doe holt den Redner, sich zu mäßigen.) Wenn die Verwaltung den berechtigten Wünschen der Beamten mehr Verständnis entgegenbringen würde, würden die meisten hier eingehenden Petitionen verworfen. Wir verlangen deshalb

Beamtausschüsse.

deren Bosgnisse gesetzlich festgelegt werden müssen. Die Anstellungserhöhungen der mittleren Beamten sind in den letzten Jahren viel schlechter geworden. Das kommt zum größten Teil von der übertriebenen Sparhaushaltspolitik der Verwaltung. Den aus dem Arbeiterdienst Jahre angedrehten Unterbeamten sollen ihre Arbeitsleistung entsprechend höheren Gehaltsniveaus entsprechen. Kleinliche und gehäufte Anweisungen müssen aus der Dienstdordnung verschwinden. Wir verlangen, daß auch die Post- und Telegraphengehilfinnen fest angestellt werden. Schnüffeleien bezüglich des Privatlebens der Gehilfinnen müssen unterbleiben. Eine höhere Bezahlung dieser Gehilfinnen wäre auch am Platze. Bewunderlich ist, daß die Verwaltung die Ottomarktlage wieder in den Staat eingestellt hat, nachdem doch diese Zulage, deren politischer Charakter nicht geleugnet werden kann, vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Möge die Postverwaltung ihren Beamten gegenüber an die Sache falscher Sparhaushalt eine großzügige Sozialpolitik treten lassen.

Staatssekretär Kraette: Der Vorwurf, die Postverwaltung habe ihre Beamten preisgegeben, ist nicht richtig. Oberst v. Reuter hat niemand des Amtsvertrügens und der Unterschlagung beschuldigt, sondern nur Tatsachen festgestellt, die sich als richtig ergeben haben. Die Ahdung der Vorwürfe ist dadurch notwendig geworden. Eine Preisgabe der Beamten ist mir nicht vorzumerken. Besonders hat die Sozialdemokratie keine Ursache, mit Preisgabe der Beamten vorzuwerfen, da gerade sie die Beamten leicht beschuldigt und nichts zu tun hat. (Sehr gut! rechts, Unruhe bei den Soz.)

Abg. Raden (Bir.): Der Poststet ist recht vorsichtig aufgestellt. Wir begrüßen, daß die Postverwaltung eine sehr zweckmäßige Neuerung eingerichtet hat.

die Postkreditbriefe.

Die Verkaufautomaten für Briefmarken, Postkarten usw. sowie die automatischen Postabstempelungsmaschinen für Einschreibebriefe und andere Postfachen sollten in schnellerer Folge und in größerer Zahl aufgestellt werden. Die Telefonverbindungen zwischen Berlin und einigen größeren Orten läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Die unter Chiffre postlagernd geschickten Briefe bedeuten eine große Gefahr für die Jugend. Zum wenigen muß der Abholer seinen Namen angeben, schon damit kein Unserwerber postlagernde Briefe abholen kann. Der Aufstellung, den die Konferenzen bei der Postverwaltung genommen haben, ist erfreulich. Eine weitere Förderung wird von uns gern unterstützt.

Erfreulich ist das Anwachsen des Postscheckverkehrs mit dem Ausland.

und der Ausbau der funktelegraphischen Verbindungen mit den Kolonien, namentlich auch mit denjenigen der Südsee. Hierin liegt ein großer Verdienst des Staatssekretärs. Die Förderung von Geschäftspapieren nach dem fernen Osten muß beschleunigt werden. Die Beamten ausschüsse, denen gegenüber der Staatssekretär sich noch immer ablehnend verhält, fordern wir noch wie vor. Es ist anzuerkennen, daß unsere Postverwaltung sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Auch künftig müssen diese Einrichtungen in fortwährendem Sinne ausgebaut werden. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kratze: Ich kann dem Hause mitteilen, daß sich nunmehr auch China dem Weltpostverein angeschlossen hat. Dadurch dürfte sich der Verkehr mit China wesentlich beleben, für welche Verbindung die sibirische Bahn nutzbar gemacht wird. Die Briefesegmente sollen künftig schon von 5 Uhr an angenommen werden. 28 weitere Telegraphenämter sind für diesen Verkehr ausgeschaut worden. (Beifall im Zentrum.) Mit Österreich-Ungarn sind Verhandlungen auf Einführung dieses Verkehrs im Gange. Der automatische Betrieb wird ausgebaut, wenn auch nicht sehr schnell, da die Apparate zunächst noch sehr teuer sind, vermutlich aber bald im Preise zurückgehen dürften. Auch können wir die Apparate nicht ohne Aufsicht stehen lassen.

Die Apparate für Einschreibebriefe finden beim großen Publikum wenig Anhang.

weil die Ausgabestelle natürlich nicht den Namen des Adressaten aufweisen. Hinsichtlich der Postkreditbriefe sind Konferenzen einberufen. Der Ausbau der unterirdischen Telegrafenleitungen Berlin-Königswinter wird beschleunigt werden. Die Frage der postlagernden Briefe ist eine sehr ernste Angelegenheit. Zweifellos wird diese Einrichtung vielfach zu einem Briefwechsel gebraucht, der von den Angehörigen der Befehlenden nicht gewünscht wird. Das Alter ist jedoch nicht so leicht zu bestimmen. Die Ausweisbriefe sind ein mangelhafter Schuh gegen Missbrauch durch illegitime Postverkehr. Die Postkonsulnassen nehmen einen erfreulichen Aufschwung. Die weiblichen Angestellten haben sich im Telephonverkehr besser geeignet als ihre männlichen Kollegen, da sie höflicher und nicht so empfindlich sind gegen nervöse Beleidigungen als die Männer. Bei den Zuwendungen an bedürftige Beamte können wir auf eingehendere Ermittlungen darauf nicht verzichten, ob der Befehlende noch anderweitig Zuwendungen erhält. Uns stehen nur beschränkte Mittel zur Verfügung. Wir wollen den wirtschaftlichen Verhältnissen herausfinden. (Beifall rechts.)

Abg. Beck-Heidelberg (nall.): Auch von der Post kann nicht erwartet werden, daß sie unter dem Selbstkostenpreis wirtschaftet. Die Postverwaltung hat allen Grund, auf die Anerkennung des Postes zu rechnen, denn ihre Überschüsse haben sich gegen früher wesentlich vermehrt. Wir dürfen nicht wegen des diesjährigen Rückgangs der Einnahmen bestmöglich in die Zukunft blenden. Für die Industrie hat sich die Leistungsfähigkeit unserer postalischen Einrichtungen ganz vorsätzlich bewährt. Das Petitionsrecht der Beamten wollen wir nicht eingeschränkt wissen.

Die Beamten müssen als Staatsbürger die gleichen Rechte haben wie jeder andere,

wenn sie auch Rücksicht gegen ihre Behörden zu nehmen haben. Den Beamten sollte auch das Recht nicht genommen werden, in den kommunalen Körperschaften mitzuwirken. Den Gehilfinnen im Post- und Telegraphendienst muß die Möglichkeit der unabhängigen Ausstellung gegeben werden. (Beifall!) Die Drucksachen sollten dienstlich in eilige und nichteilige Sendungen verteilt werden. Für leichte wäre ein mäßiger Kostenrahmen angebracht. Das ganze Geschäftsbüro der Postverwaltung bedarf der Vereinfachung. Nach Möglichkeit müssen Maschinen eingesetzt werden. Die Institution der Postbeamte wäre sehr ungünstig und würde die Anerkennung unserer Postverwaltung allgemein machen.

Abg. Dertel (sonz.): Wir schließen uns der Anerkennung für den Staatssekretär durchaus an. Wir haben keinerlei Anlaß, an dem Staat Kratze zu üben, nur beantragen wir die Wiederherstellung der Ostmarkenzusage. Ein gewisser sozialistischer Gesichtspunkt ist nötig, denn wir brauchen die Überschüsse der Post. Die Forderung auf eine neue Fernsprechordnung muß immer wieder von neuem erhoben werden. Gegen die Beschäftigung weiblicher Beamten habe ich Bedenken, wenn ich auch nicht engherzig bin. Daß die Damen zu Fernsprechgehilfinnen, ihrem Organismus entsprechend, sich besonders eignen, weiß ich nicht, jedenfalls sind die Arzte anderer Meinung. Vielleicht läßt es sich so machen, daß die Damen, die nicht pensionsfähig sind, beim Ausscheiden eine Rente erhalten. Damit bekommen sie einen Mann und können edler und natürlicher Beschäftigung zugeführt werden. (Beiterkeit.) Gegen die Gehilfinnen in den Postämtern dritter Klasse haben wir schwere Bedenken. Im Fall Baben konnte der Staatssekretär nicht anders handeln. Daß Verfehlungen der Postbeamten vorgekommen sind, die natürlich untersucht und eventuell bestraft werden müssen, ist bekannt. Der Staatssekretär wird das in ihn gesetzte Vertrauen auch weiterhin in vollstem Maße zum Nutzen für unsere Postverwaltung redigieren.

Staatssekretär Kratze: Zweifellos kann sich das platteland nicht der postalischen Vorzüglichkeit der Großstadt entziehen. Wir sind aber auf eine Verbesserung der Verhältnisse stets bedacht, was namentlich auf der Verbesserung im Telefonverkehr hervorgeht. Auch ich bedaure lebhaft, daß die Fernsprechgebührenordnung nicht angenommen worden ist. Wenn wir aber mit einer neuen Vorlage kommen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Die Beschäftigung weiblicher Be-

amten hat sich erwährt. In Österreich-Ungarn ist die Zahl der Beamtinnen noch viel größer und die Einrichtung ist gut. (Widerspruch rechts.) Auch für die Postagenten tun wir alles, was wir können. Eine bestimmte einheitliche Gehaltsstufe ist für sie aber nicht möglich. Den Postagenten kann nicht jederzeit Urlaub gewährt werden; sie müssen sich verstreichen lassen. Die Postbeförderung ist nicht durchweg von schnellfahrenden Jügen ausgeschlossen. Sie muß aber beschränkt werden, da die Räume für den enorm wachsenden Briefverkehr gebraucht werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr pünktlich vertagt. Vorher Anfragen, außerdem Kolonialamtstatat. — Schluß 1½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.

8 Berlin, 2. März.

Am Ministerstisch: Dr. v. Dallwitz, Dr. Venhe. Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzes zur

Abänderung des Kommunalabgabengesetzes

in Verbindung mit der Interpellation der Abg. Dr. Arendt und Genossen (freikons.). beziehend die Unterschiede in der finanziellen Belastung der Gemeinden.

Minister des Innern Dr. Dallwitz behält sich vor, den Zeitpunkt für die Beantwortung der Interpellation zu bestimmen und ergreift zur Begründung des Gesetzentwurfs das Wort: Das Kommunalabgabengesetz von 1893 hat sich im allgemeinen gut bewährt, es kann daher nur ein Weiterbau auf dieser Grundlage in Frage kommen. Die finanzielle Belastung der Gemeinden, die in den letzten Jahren eine bedeutende Steigerung erfahren hat, bildet für die Regierung einen Gegenstand steter Sorge. Der Zweck des Gesetzes ist in der Haupthecke, den Gemeinden neue Finanzquellen zu eröffnen. Dieser Wunsch nach Eröffnung neuer Steuerquellen findet aber eine Beschränkung in der Rücksicht auf die vielfach schon jetzt hohe Belastung der Steuerzahler. Es kommt viel mehr darauf an, die vorhandenen Lücken in dem System der Heranziehung zu neuen Steuern auszufüllen. Ferner ist in dem Entwurf eine Besserstellung der schwachen Gemeinden bei Teilung gemeinsamer Steuerobjekte, eine Erhöhung des Schutzes der Steuerzahler, eine Vereinfachung des Verfahrens und eine Einschränkung der Staatsaufsicht vorgesehen. Ich spreche allen denjenigen, die durch ihre kritische und Rücksichtnahme ihrer Erfahrungen der Staatsregierung bei Aufstellung des Entwurfs wertvolle Mitarbeit geleistet haben, meinen Dank aus. Möge der Entwurf, der aus den Erfahrungen der Praxis hervorgegangen ist, zur geistlichen Entwicklung unserer Kommunen und zum Segen des Vaterlandes beitragen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Jacobi (konf.): Das jetzige Kommunalabgabengesetz hat sich im wesentlichen bewährt. Deshalb wird ja durch die Vorlage an den Grundlagen des Gesetzes nichts geändert. Die hohe Belastung vieler, namentlich ländlicher Gemeinden, die in manchen Gegenden über 400 Prozent hinausgeht, macht eine Änderung des jetzigen Gesetzes notwendig. Ich bitte den Minister, uns

eine Statistik über die Belastung der Gemeinden vorzulegen. Jedenfalls ist ein Ausgleich in der Belastung der Gemeinden dringend geboten. Wichtig ist § 25, der einen Schutz landwirtschaftlicher Grundstücke enthält, namentlich solcher, die in der Nähe großer Städte liegen; sie sollten nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert veranlagt werden. Nach der Vorlage sollen nur die Grundstücke, die von ihrem Besitzer verwaltet werden, diese steuerliche Vorzugung genießen. Wir fordern aber die Abänderung, daß auch die verpachteten Grundstücke an dieser Vergünstigung teilnehmen sollen. Jedenfalls dürfen die Grundstücke nicht über ihren Ertrag hinaus zur Steuer herangezogen werden. Als letztes Ziel muß bezeichnet werden die Einheitlichkeit der Kommunalbesteuerung in allen Gemeinden. Ich beantrage, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Kiel (nall.): Mit der Kommissionsverweisung sind wir einverstanden. Bei den hohen Büchslagen, die viele Gemeinden und mittlere sowie kleinere Städte in dem Industriegebiet des Westens wie auch im Osten erheben müssen, kann man geradezu von einer

Finanznot der Städte

sprechen. Namentlich sind die Schulosten ganz außerordentlich gewachsen. Wenn wir es auch begrüßen, daß der § 53 des Gesetzes, wonach verschiedene Gemeinden die Schulosten allein aufzubringen haben, fortgefallen ist, so wünschen wir doch, daß die Regierung die Regelung der Schulosten möglichst bald und energisch in die Hand nimmt. Daß die Kapitalrentensteuer als Einnahmequelle den Kommunen entzogen worden ist, findet unsere Billigung. Weiter sind wir auch einverstanden mit der

Einführung der Verwaltungsgebühren und mit der Heranziehung von Grundstücken des Staates und von Bergwerksgesellschaften. Gegen die Heranziehung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben wir Bedenken. Die Bestimmungen über den Schutz der Steuerzahler bringt Erleichterungen, die im ganzen unsere Befriedigung finden. Wir nehmen aber Anstoß daran, daß die Grundstücke, die nach dem Ertragswert veranlagt werden sollen, von dem Eigentümer selbst verwaltet werden müssen. Die Bestimmungen des § 25 können unter Umständen zu einer enormen Belastung der Industrie führen. Im allgemeinen aber bringt die Vorlage Gutes, so daß wir uns über Bedenken im einzelnen wohl verständigen. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Würmeling (Zentr.): Ich möchte zunächst anerkennen, daß mit dieser Vorlage große und gute Arbeit geleistet worden ist. Nachdem das jetzige Gesetz 20 Jahre lang bestanden hat, ist eine umfassende Revision notwendig geworden. Leider ist die Belastung vieler Gemeinden sehr groß. Im allgemeinen aber freuen wir uns über die schöne Entwicklung unserer Städte und sind stolz darauf. Freilich sind manche kleinen Gemeinden und Landstädte in der Entwicklung zurückgeblieben, daher gilt es, diese möglichst leistungsfähig zu machen. Angeblich der kostspieligen Bauten, die viele Gemeinden aufgeführt haben, ist

die Mahnung zur Sparsamkeit

gerechtfertigt. Für einen Ausgleich der Schulosten muß Sorge getragen werden. Kleinere Gewerbetreibende und kleine Geschäfte sollen möglichst schonend bei der Heranziehung zur Kommunalsteuer behandelt werden. Auch wir wollen nicht, daß nur die vom Eigentümer selbst verwalteten Grundstücke nach dem Ertragswert veranlagt werden. Dieselbe Vergünstigung verlangen wir auch für die verpachteten Grundstücke. Wir hoffen, daß der Gesetzentwurf so aus der Kommission herauskommt, daß er den berechtigten Interessen sowohl der Gemeinden wie der Steuerzahler gerecht wird. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenze:

Von den Vorrednern ist allgemein auf den Steuerdruck hingewiesen worden, der auf den Gemeinden lastet. Es ist auch betont worden, daß die Gemeinden mit ihren Einrichtungen und Bauten vielfach Luxus treiben. Von der Überweisung der Realsteuern, der Grund- und Gebäudesteuern und der Gewerbesteuer ist in den Finanzen der Gemeinden fast gar nichts mehr zu merken. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß das Anwachsen der Kommunalosten insbesondere durch die Erfüllung von Kulturaufgaben durch die Gemeinden verursacht worden sind, und wir können den Städten nur Dank wissen dafür, daß sie so tapfere Kulturträger sind.

Die Städte sind weit davon entfernt, aus reinem Übermut so hohe Steuern zu erheben. Durch die Vorlage sollen nun den Städten neue Steuerquellen eröffnet werden. Der Staat unterstellt sein Eigentum der Besteuerung; auch die staatlichen Bergwerke werden herangezogen. Die Staatsaufsicht kann im allgemeinen in finanzieller Hinsicht nicht entbehrt werden. Sie wird aber in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt, namentlich werden vereitete Bestimmungen über die doppelte Gestaltung der staatlichen Kontrolle beseitigt. Wir hoffen, daß wie in der Kommission zu einem erspielbaren Resultat kommen werden.

Abg. Dr. Bredt (freikons.): Wir sind gerne bereit, auf der Grundlage der Vorlage an einer geistlichen Gestaltung der Kommunalabgaben mitzuwirken. Bezüglich des Ausgleichs der Schulosten haben wir einen Antrag gestellt, der bei einer anderen anderen Gelegenheit behandelt werden wird. Durch die Reichsgesetzgebung ist die Ausnutzung des Verzweigungs bei Grundstücken den Gemeinden beschränkt. Man hat zu viel herumexperimentiert. Man wollte damit die Bodenspekulation treffen, was man aber leineswegs erreicht hat. Den Minister möchte ich bitten, die Bodenreform nicht in der Weise zu propagieren, wie es z. B. von Seiten des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. geschehen ist, der Herrn Damaskus zu einem Vertrag verloren hat. (Hört! Hört! rechts.) Nach den Lehren der Bodenreform bleibt für die Privatwirtschaft überhaupt nichts mehr übrig. Wir wollen keine Einschränkung der Selbstverwaltung, wir wünschen aber auch kein Eindringen in die Privatwirtschaft, wo es nicht unbedingt nötig ist.

Abg. Gassel (opt.): Wir erkennen den Standpunkt des Finanzministers an, daß die Ausgaben der Gemeinden durch die Förderung von kulturellen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben hervergerufen werden. Einverstanden sind wir damit, daß der Fiskus mit seinem Grundbesitz herangezogen wird, und ebenso, daß der Grundbesitz fremder Gemeinden der Besteuerung der Ortsgemeinde unter Umständen unterliegt. Mittlere und kleinere Gemeinden sollen möglichst geschont werden. Bei Grundstücken sind wir im allgemeinen für eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert. Für landwirtschaftliche Grundstücke in der Nähe von großen Städten würde die Besteuerung nach dem gemeinen Wert eine große Härte bedeuten, und wir halten hier den Maßstab noch dem Ertragswert für gerechtfertigt.

Diejenigen, die einen Ausgleich hinsichtlich der Volksschulosten wünschen, sollten erst die Statistik abwarten, die uns über die Verschiedenheit der Schulosten in Ansicht gestellt ist. Wenn die Luxusbauten der großen Städte, namentlich Berlins, kritisiert worden sind, so sollte man sich hüten, die Bedeutung Berlins zu schmälen. Wir stimmen der Vorlage zu, weil durch sie die Kommunen entlastet werden, den Steuerzahler der nötige Schutz gewährt wird und weil sie eine Einschränkung der Staatsaufsicht bringt. Wir erwarten, daß durch das Gesetz die Selbstverwaltung der Gemeinden gefördert werden wird. (Beifall links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Das Anschwellen der Kommunalosten ist insbesondere zurückzuführen auf die Polizeikosten, worauf die Städte mit königlicher Polizei keinen Einfluß haben.

Ich freue mich, daß der Finanzminister auf die Erfüllung von Kulturaufgaben durch die Gemeinden hingewiesen hat. Bedauerlich ist, daß der Entwurf den Gemeinden keine wesentlichen neuen Einnahmen bringt. Leider ist die Kapitalrentensteuer vom Preußischen Städtestag abgelehnt worden. Auch die Ergänzungsteuer sollte für die Gemeinden herangezogen werden. Das Steuerprivileg der Geistlichen sollte beseitigt werden. Wir werden daran mitarbeiten, daß die Interessen der Gemeinden und der Steuerzahler gewahrt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Spee (Zentr.): Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ist im Grunde eine Vermögenssteuer. Die Sozialdemokraten und die Bodenreformer wollen eine stärkere Heranziehung der Vermögen. Das weist auf die Gefahr hin, die mit einer Besteuerung des Vermögens verbunden ist. Von der Bestimmung des Gesetzes, wonach Pächter von landwirtschaftlichen Grundstücken nach deren gemeinem Wert herangezogen werden, würde der Westen hart betroffen werden. Wir sind erstaunt darüber, daß diese Bestimmung, die der Landwirtschaft sehr zum Nachteil gereichen würde, in das Gesetz hineingebracht worden ist.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt; außerdem zweite Lesung des Ausgrabungsgesetzes; kleinere Vorlagen. — Schluß 1½ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Anträge zur Abänderung des Militärstrafgesetzbuches.

5 Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht) für die morgige erste Sitzung der Kommission zur Vorberatung der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch hat der Abgeordnete Müller-Meiningen folgende Anträge gestellt: Die Kommission wolle beschließen, dem § 6 des Militärstrafgesetzbuches folgenden zweiten Absatz anzufügen: Die

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus"

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2 - vierzehntäglich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringer zu 10 Pf. - vierzehntäglich durch alle deutschen Postanstalten, ausdrücklich bezahlt. Bezahlung - Bezugsstellen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Kreiszeitung Wiesbaden 29, sowie die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; im Kreisgebiet die dortigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Landkreisen und im Ackerland die betreffenden Tagblatt-Teile.

Anzeigen-Ausgabe: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Reaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlau 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgezeichneten Anzeigen-Plätzen wird keine Bewährung übernommen.

Dienstag, 3. März 1914.

Der Konflikt im Schoß der italienischen Regierung.

Von unserem römischen Korrespondenten.

S. Rom, 1. März.

Es war in den Märztagen des Jahres 1911, als Herr Giolitti in die Deputiertenkammer kam und Herrn Luzzatti, dem damaligen Kabinettchef, ein Bein stellte. Herr Luzzatti, der knapp dreiviertel Jahre gewirtschaftet hatte, kam zu Fall und ging. Herr Giolitti wurde sein Nachfolger. Weshalb er damals den alten dogmatischen Herrn aus dem Sattel war, ist eigentlich auch heute noch nicht recht klar geworden. Herr Luzzatti hatte eine Wahlrechtsreform eingeführt, die ehedem von Giolitti als zu weitgehend bekämpft worden war. Nun dieser aber in der Regierung saß, erweiterte er die Luzzattische Reform noch viel mehr. . . . Unbegreiflich! Man sagte, Herr Giolitti hätte mit seinem allgemeinen Wahlrecht die breiten Volksmassen für sein libysches Unternehmen gewinnen wollen. Auch das mag nicht ganz stimmen. Denn Herr Giolitti wollte sich für den Krieg wegen Libyen zu allerleit begeistern, als er seine Wahlrechtsreform schon längst zur Genehmigung vorgelegt hatte.

Der Giolittischen Unbegreiflichkeiten werden immer mehr. Er hat während des Krieges als Politiker mit unerträglichem Geschick operiert. Jetzt aber scheint er von allen guten Geistern verlassen zu sein. Und das ist schade, nicht zum wenigsten auch darum, weil Herr Giolitti das Bündnis mit Deutschland und Österreich in einer Weise geprägt hat, wie vor ihm in Italien nur noch Crispi. Es ist zu befürchten, daß Giolittis Nachfolger im Amt sich die Dreibundsflege nicht mit der gleichen Liebe angedeihen läßt. Herr Luzzatti würde das bestimmt nicht tun. Denn er ist zwar kein Dreibundgegner, aber ein erprobter Freund der Franzosen, der dem Komitee für die Wiederannäherung zwischen Frankreich und Italien nahestehst. Wenn auch Herr Luzzatti noch wenig Aussichten hat, das Erbe Giolittis anzutreten, so kann doch leicht ein Freund und Gefüngungsgegenstand Luzzattis die Regierung übernehmen. . . .

Die Regierungstage des Herrn Giolitti sind geähnelt. Seine Lage ist nach dem heftigen persönlichen Zusammenstoß mit seinem Amtsvorgänger am vergangenen Freitag noch prekärer geworden. Denn dies Rennen hat uns, von allem anderen abgesehen, gezeigt, daß Herr Giolitti seiner radikalen Gesinnung absolut nicht sicher ist. Zu der letzteren gehört auch der Arbeitsminister Sacchi, der indirekt schuld an dem Zusammenstoß zwischen Giolitti und Luzzatti ist. Die radikale Partei hatte vor kurzem einen Kongress abgehalten, auf dem erzählt wurde, das Ministerium bereite die Ausgabe von 40 bis 50 Millionen Lire für innere Kolonisation vor. Das ließen sich die radikalen Parteiführer um so lieber gefallen, als

es ohnehin schwer wird, dem Volke die ungeheuren Ausgaben für Libyen schmackhaft zu machen. Der genannte Arbeitsminister Sacchi und der Schatzminister Tedesco hatten damals erklärt, die Regierung würde diese Millionen aus der "Depositen- und Darlehnskasse" für Bontifikationen alljährlich bereitstellen. Als aber am Freitag ein sozialistischer Deputierter meinte, man solle lieber die für Libyen gesetzten Summen für innere Kolonisationen verwenden und als darauf Herr Luzzatti auf die Erklärungen der beiden Minister Sacchi und Tedesco hinwies, da sprang Giolitti von seinem Sessel auf und schrie in den Saal hinein: "Das ist nicht wahr!" Er warf alsdann Herrn Luzzatti Verlogenheit vor. Es gab einen überaus peinlichen Auftritt, der dadurch in seiner Wirkung zu ungünstigen Folgen des Kabinettchefs nicht gemildert wurde, daß der Minister Tedesco für den leidenden einzuspringen suchte, während der radikale Sacchi um den heißen Brei herumredete.

Es ist daher unvermeidlich, daß eine Spaltung in der Regierung in kurzer Zeit eintrete. Die Sozialisten haben schon am Freitag in der Kammer ein formelles Triumphgefeiern angestimmt. Sie glauben es jetzt Schwarz auf Weiß zu haben, daß die Regierung in ihrer wachsenden Finanznot Libyens wegen jetzt nicht einmal mehr ihre Verprechungen für Bauten und Anlagen im Dienst der inneren Kolonisation (obwohl Giolitti diese Verprechungen im Namen seines Ministeriums nie gemacht haben will!) halten kann. Die sozialistischen Argumente werden unterstützt durch ein höchst ungeschicktes Finanzversprechen des Schatzministers Tedesco, aus dem hervorgeht, daß die Regierung durch eine übel angebrachte Vorstellung zugunsten der Ausgaben für Libyen eine Bilanzverschiebung vorgenommen hat, die im Augenblick auftritt wo Giolitti Nachhaltigkeit über das libysche Unternehmen geben soll und wo er das Abgeordnetenhaus um neue schwere Steuern bitten muß. Es kann unmöglich gut stehen, wenn er Millionen über Millionen für innere Kolonisationen, zu Eisenbahnbauten und anderen dringlichen Arbeiten aufzurollen muss, um Geld für Libyen aufzutreiben. Wir sehen erst am Beginn einer bösen Entwicklung.

Der Rücktritt Giolittis sicher.

wb. Rom, 3. März. Wie das Neapeler Blatt "Roma" zu melden weiß, gilt der Rücktritt des Ministers des Auklern Giolitti als sicher bevorstehend.

Politische Übersicht. Machenschaften gegen den Reichskanzler.

In der Reichstagsauflösung scheinen die Konserватiven ein Haar gefunden zu haben. Sie verlangen sie nicht mehr, wahrscheinlich, weil sie sich davon überzeugt haben, daß die entscheidende Stelle solchen Ein-

wirkungen nicht zugänglich ist. So meint denn die "Kreuzzeitung", nichts deute darauf hin, daß die Regierung gegenwärtig an eine Reichstagsauflösung denke, und wenn man auf den Spätherbst verweile, „so haben so langfristige Wechsel in der Politik wenig Geltung“. Das führende konservative Blatt hütet sich aber weislich, zu sagen, daß es mit Herrn v. Bethmann-Hollweg zufriedener als bisher geworden sei. Die Parole ist also für die Rechte: keine Auflösung, jedoch weiteres Misstrauen gegen den Kanzler und entsprechende Fortsetzung der eifrig betriebenen Unterwühlungs-politik. Seltsamerweise findet diese konervative Wühlserei die Unterstützung des Herrn Erzberger. Er kündigt in mehreren Zentrumsläppern den baldigen Rücktritt des Herrn v. Bethmann-Hollweg an, der die vielen schlaflösen Nächte nicht aushalte. Herr Erzberger will sich also, daß der Reichskanzler gehen möge, denn bloß um eine altbaden gewordene Feststellung nochmals und ganz überflüssigerweise zu machen, dazu wird er sich doch nicht bemüht haben. Das Zentrum hat während der letzten Monate kein Kesselschreien gegen den verantwortlichen Staatsmann unternommen, und die "König in Wolf'sitz" erklärte sogar im Dezember, daß sie Bethmann-Hollweg bestimmt beklagen würde. Als Mann von gerechter Objektivität habe er Vorurteile abschwächen und zurückstellen gelernt. Weshalb mag nun Herr Erzberger dem Reichskanzler das Sterbeglöcklein läuten? Es liegt nahe, zu vermuten, daß Herr v. Bethmann-Hollweg mit Unannehmlichkeiten droht werden soll, wenn er nicht endlich wieder die Jesuiten ins Land läßt. Aber was der jetzige Reichskanzler nicht könnte, das könnte sein Nachfolger auch nicht. Dunkel sind die Wege des Zentrums.

Gefahren von Russland?

O Berlin, 2. März.

Die russischen Rüstungen an unserer Grenze finden wir selbstverständlich, die starke Beachtung in möglichen politischen Kreisen, aber man ist hier nicht geneigt, die Verhältnisse anders als mit der bisherigen Gelassenheit zu betrachten. Schon während des ersten Weltkrieges verstärkte Russland in außerordentlicher Weise seine Westgrenze; darüber ist mehr als ein Jahr vergangen, und die damals gehexten Bedrohungen haben sich eben nicht bewahrheitet. Die Rübe, mit der die neuen Truppenbewegungen in Zarenreich beobachtet werden, ist psychologisch hingänglich zu erklären. Einmal haben wir überhaupt keine Veranlassung, uns in furchtbare Nervosität hineinzutreiben zu lassen, und sodann sind wir ja wahrlich nicht schwach ausgerüstet, im Osten so wenig wie im Westen. Etwas anderes als eine betonte Stolzblütigkeit gegenüber den Vorgängen im Weichselgouvernement ist, auf das Lebte hin anzusehen, auch gar nicht möglich. Man kann doch in Petersburg nicht anfragen, was diese Rüstungen bedeuten; vielleicht fragt man einmal an, aber das wird dann ein kritischer Zeitpunkt

zu sehen; der empfindlichen Seele des Bübbers aber gar nichts zu tun geben". Die "empfindliche Seele des Bübbers" wurde gestern im Gegenteil aufs lebhafteste bewegt. Ein warmer, romantischer Schimmer lag über dem Vortrag der Schubertschen "Wanderer-phantasie" ausgebreitet; wie ein Ringen nach Licht und Schönheit sang es aus dem Spiel dieser Töne. Auch Chopin fühlte sich die junge Künstlerin wohl nahe verwandt; das "Eis-Ross-Nocturne" — ganz in poetischen Duft der Traumwelten gehüllt, aus denen es nur zuweilen wie verträumte Blüte aufzuckt; der "Boiero", den sie übrigens prächtig "instrumentierte", — funkelnd von großzügigem Empfinden. Und daß auch "das Gesicht des Bübbers in Verwunderung gesetzt werde", ließ Fr. Voelzke noch u. a. die selten gebürtige "Jagd-Studie" von Liszt-Paganini und die famose "Nachtalter-Caprice" von Strauss-Tausig folgen: auch auf diesem Gebiet blendender Virtuosität bewegte sie sich mit überraschender Sicherheit. Ihre Hand — eine wie die andere — ist musterhaft durchgebildet; die Finger fliegen und wirbeln in federnder Leichtigkeit; der Anschlag ist ebenso saft- und kraftvoll wie milde und gesangreich; eine Pravore — voll jugendlicher Schwungsauffälligkeit und Eleganz! So hatte Elisa-beth Voelzke in Wiesbaden glänzenden Erfolg.

Eine Brodtstimme besingt Herzl Dehmlow (aus Berlin): ein Alt-Orgel von kräftiger Schönheit und schwellender Fülle. Von der sonoren Tiefe bis zu der strahlenden Höhe bleibt die Behandlung dieser Stimme überall gleich fruchtbar; und der Vortrag bezeugt eine durchaus reife, gefühlstarke Ausdrucks-kraft. Mit hingebender Innigkeit sang Fr. Dehmlow die Lieder von Schumann und Schubert; da wurden namentlich bei Schuberts "Der Tod und das Mädchen" manche Erinnerungen wach an die edle Vortragskunst einer Anna Joachim oder Hermine Spich! Nicht minder zündeten die Gesänge von A. Strauß und Hugo Wolf; besonders bei den leichten muhte man erstaunen über diese souveräne Beherrschung des Stoffes, die Fr. Dehmlow in musikalischer, technischer und geistiger Hinsicht durchbliesen ließ. Diese Sängerin bedarf keiner Hilfe und Süße weiter, um ihn den Weg zum künstlerischen Ziel zu ebnen; sie ist schon am Ziel —! O. D.

Feuilleton.

König-Theater.

Montag, den 2. März: Erstes Gastspiel Agnes Sorma: "Marxs grobes Herz". Lustspiel in drei Akten von Horst Holm.

Auch Agnes Sorma ist, wie alljährlich, in das König-Theater gekommen, um mit ihrer großen Kunst die Wiesbadener zu erfreuen, und da sie in einem neuen Stück auftrat und sowohl der Künstlerin in dieser Rolle wie auch dem Stück selbst ein gutes Aufzugehen, so war das Theater ausverkauft.

Eine erfreuliche Tatsache für die Künstlerin und — für die Zuschauer. Denn wer gestern abend fehlte, hat etwas verfehlt. Agnes Sorma fand in der Figur der Marx wieder einmal eine Rolle, die ihrem Temperament, ihrer Besessenart besonders gut liegen. Denn die Künstlerin ist nicht nur in tragischen Momenten groß, das Spielerische, Kleidete Kleidet sie wunderbarlich. Sie weist eine Fülle Abstufungen zu bringen, ihre Schelmerei, ihre Lacherei entzünden und wirken in der Rolle der Marx durchaus nicht abgeschmackt.

Es handelt sich hier um eine Frau von vierzig oder auch mehr Jahren, die ihre Jugend mit aller Macht zurückhalten will, die sich freut, daß sie so viele Verehrer und Ahnenreuer hat, daß ihre Freunde neidisch auf sie sind und sich nicht so jung erhalten wie sie. Mit Zähneknirschen wird sie Großmutter, empfindet keine Freude an dem Entfachen, empfindet nur, daß sie alt wird und ihre Kinder erwachsen sind. Schließlich gibt sie aber doch nach und willigt ein, "sich aufs Alteil zu sehen", damit ihre jüngste Tochter unbehelligt heiraten kann. Dieses plötzliche Neujungen hätte wohl sonst gestört und dem Stück, das so satirisch ist, etwas Bäuerliches gegeben, ja etwas, als wolle der Verfasser die Zuschauer versöhnen mit manchen Impressionen, mit der Tatsis ironie und der Realität, die er dem Stück beimischt und die es recht lebenswahr machen. Agnes Sorma aber wußte diese Wendung geschickt auszunutzen und Frau Marx verschaffte sich einen glänzenden Ab-

gang. Sie läßt alle im unkloren und niemand glaubt ihr so recht, daß sie fortan eine zweite Rolle im Leben spielen wird. Sie spricht bis zuletzt vor Lebenslust und Schelmerei und führt sie alle an der Nase herum.

Der ausgezeichneten Leistung der großen Künstlerin schlossen sich die Leistungen der einheimischen Kräfte mit bestem Erfolg an. Das Ensemble war vorzüglich eingespielt und so durften auch die übrigen Teilnehmer am Erfolg des Abends teilnehmen. Besonders zu loben wäre Herr Joseph Commer, der eine feine Thye schuf als obgedankter Liebhaber Frau Marx, der ihr folgt wie ein Hund und dementsprechend von ihr behandelt wird. Das heißt, hätte Frau Marx einen Hund, so würde dieser jährlich mit ihm umgehen! Doch auch die Herren Kesselschreier, Vertram, Hager, Bartal und Bong wären lobend zu erwähnen, ebenso die Damen Greiter, Schenk und Porst.

Das amüsante Stück wird jedenfalls hier weitergegeben und man darf wohl voraussehen, daß es sich eine ganze Reihe auf dem Spielplan halten wird.

B. v. N.

Konzert.

Es sind etwa fünf Jahre her, daß Elisabeth Voelzke in einem Kurhauskonzert als junge Pianistin die allgemeine Aufmerksamkeit musikalischer Kreise erregte: man hatte da ein herhaftes, leineswegs alltägliches Talent erkannt, das zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft berichtete. So war es dankbar zu begreifen, daß der Verein der Künstler und Kunstreunde in seinem geistigen Konzert Gelegenheit bot, Elisabeth Voelzke einmal wieder zu hören. Die jüngste Mädchenknoppe von damals hat sich zu lieblicher Blüte entfaltet. Noch das Kindlich-rührende in Wegen und Erstcheinung ist ihr verblieben, aber dahinter steht eine kräftig aufstrebende Künstlerin voll Feindseligkeit, Geschwind und Phantasie. Sie ist also keine von denen, die — wie der Altmeister Phil. Em. Bach seinerzeit einmal schrieb — „wovor durch die Finger das Gesäß in Verwunde-

sein, und von dem sind wir denn doch noch weit entfernt. So bleibt zunächst nichts übrig, als mit Ausmerksamkeit zuzusehen, was unsere russischen Nachbarn treiben. Sie sind beinahe noch rübriger als die Franzosen, sie haben allerdings mehr nachzuholen, zumal im Barenteiche die Maschinerie nicht immer läuft. Die Einzelheiten der Rüstungen erfährt man ja nicht, weil den Zeitungen aufs strengste untersagt worden ist, irgendwelche Berichte zu veröffentlichen; indessen wird der Apparat der intimen Berichterstattung, deren Fäden in unserem Generalstab zusammenlaufen, zweifellos so gut arbeiten, daß es für die leitenden militärischen Stellen nur wenige Geheimnisse geben wird, was denn auch für unsere Verbündeten an der Donau ebenso wie für uns zu gelten hat. Man muß immer wieder sagen: in der auswärtigen Politik geht zur Stunde nichts besonders Aufrregendes vor, die Mächte haben keine großen Probleme zu lösen oder auch sich über sie aufs neue zu zanken, aber die Stille in der auswärtigen Politik erweckt kein Vertrauen, es ist eine Gewitterstimmung da. Zwischen Berlin und Petersburg scheinen Störungen aufgetreten zu sein, die nur ihren Anfang, nicht aber ihren entscheidenden Grund in der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel hatten. Es gibt sehr ruhige und nüchterne Beurteiler, die von merklichen Wandlungen gegenüber der doch verhältnismäßig nur kurze Zeit zurückliegenden Anwesenheit der Herren Kofowow und Sasonow in Berlin sprechen. Das Eigentümliche der Lage ist, daß man, wie schon mehrfach angedeutet, von keiner bestimmten Einzelfrage als dem Ursprung von Spannungsmomenten reden kann, sondern die Gesamtlage ist undurchsichtig. Dass man in Österreich-Ungarn diesen Zustand noch stärker und unmittelbar empfindet, liegt in der Besonderheit des österreichisch-russischen Verhältnisses, an dem anscheinend nichts mehr zu bessern ist. Freilich können sich die Wollen von heute geradezu wieder zerstreuen, wie das schon mehr als einmal geschehen ist, aber einstweilen hält sich das Gewölk doch zusammen. Es dunkt uns eine Pflicht, das nicht zu verschweigen.

Flotten- und Luftschiffssagen im englischen Unterhaus.

Churchill begründet seinen Nachtragsetat.

Wb. London, 2. März. Der erste Vord. der Admiraltät Churchill bringt den Nachtragsetat für die Flotte ein, der 24 Millionen Pfund beträgt und den Gesamtbetrag auf 48 800 000 Pfund steigert. Der Minister begründete die Mehrforderung. Diese wird verursacht erstens durch die höheren Kosten der Vorräte an Öl (500 000 Pfund), zweitens durch ein neues Programm für Flugzeuge (250 000 Pfund), drittens durch höhere Löhne auf den Werkstätten (200 000 Pfund), vierens durch Beschleunigung des früheren Beginns des Baus von drei Schlachtschiffen im Programm 1913/14 mit Rücksicht auf den Aufschub des kanadischen Flottengesetzes, und fünftens dadurch, daß von den Privatwerften der Bau der vom Parlament bewilligten Schiffe schneller vorstehen gegangen ist. In dem Teile seiner Rede, die sich mit den Luftschiffen beschäftigte, führte Churchill aus: „Die Rüstungsfordernungen für das Flugzeugen sind verursacht worden durch den

Von Luftschiffen

und Schuppen. Nach einer gründlichen Prüfung sowohl der Leistungen als auch der Absichten der anderen Länder, der Schiffe und der Qualität ihrer Luftmacht, besonders auch des bedeutenden deutschen Marinelaufschiff-Programms, das im letzten Jahre bekannt gegeben wurde, nochdem die britischen Veranschläge dem Hause vorgelegt worden waren, haben der Staatssekretär und ich es im letzten Juli für unsre Pflicht entfunden, auf Grund der Vorstellungen unserer Sachverständigen, auf Grund der Befürchtungen unseres Nachtragsetats,

Professor Dünken-Vorfräge.

I.

Es war ein glücklicher Gedanke, der im vorigen Jahre zur Veranstaltung wissenschaftlicher Hochschulkurse in Wiesbaden führte. In Vorträgen aller Art über interessante geistige Probleme fehlt es ja bei uns nicht, aber bei solchen Darbietungen, die schwierige Dinge oft wie im Fluge abmachen müssen, liegt die Gefahr einer verwirrenden Halbsbildung nur zu nahe. Bei diesen Vortragshälfen dagegen ist es möglich, ein einzelnes Gebiet so eingehend und gründlich durchzuarbeiten, wie es auf der Hochschule selbst geschieht, und damit den Hörern eine wisslich intensive Kenntnis zu vermitteln.

Für dieses Jahr hatte man einen unserer bedeutendsten modernen Historiker, Professor Dr. H. Dünken aus Heidelberg, als Redner gewonnen. Sein Thema lautete: „Die großen Mächte und die auswärtige Politik des Reiches von 1871 bis 1911.“ Dem Biographen Rudolf v. Bemmiges lag dieses Gebiet besonders nahe, und bei der allgemeinen Bedeutung dieser Probleme, die uns alle so nahe angehen, war er sicher, die dankbaren Hörer zu finden. Die am sich schon so interessanten Dinge wußte der Redner durch die geistreich lebendige Art des Vortrags, die Klärheit und Gegenständlichkeit seiner Erörterungen noch interessanter zu gestalten. So betrachtete er zunächst in der ersten Hälfte seines Vortrags die Grundzüge unserer auswärtigen Politik im Zeitalter Bismarcks, jene Zeit, in der es galt, das Erworbenes zu bewahren, die Gefahren zu beschwören, die Deutschland aus seiner Mittellage auf dem Kontinent erwuchsen, das französische Neubesiedelungsdrang durch Isolation der französischen Politik niedergehalten. So entstand zunächst das Verhältnis zu den beiden Kaiserreichs Frankreich und Russland, kein Bündnis freilich, nur eine „Entente“, die allmählich infolge der orientalischen Verwicklungen sich löste. Russland schied aus. Bismarck entschloß sich für Österreich aus rein politischen Klugkeitsgründen, aber auch daneben durch nationale Gedanken veranlaßt. Und in ganz genialer Weise gelang es, Frankreich durch Kolonien zu beschäftigen, Italien, das durch die Belebung von Tunis belebt, für den neuen Dreieck zu gewinnen. So kamen die Fakten, die den Höhepunkt der deutschen Macht bedeuten, ja eine deutsche Hegemonie in Europa, indem die anderen Mächte durch tiefegehende Differenzen verfeindet waren. Deutschland aber, von

ständigen dem Kabinett neue Vorschläge hinsichtlich einer Verstärkung der Luftflotte zu unterbreiten. Nach gründlicher Prüfung haben wir Vollmacht erhalten, die als notwendig erachteten Maßnahmen zu ergreifen. Mit der Firma Bölers wurde ein Vertrag auf den Bau eines großen und dreier kleineren nichtstartenden Luftschiffe abgeschlossen. Das starre Luftschiff, das dem neuesten Zeppelinotyp ähnelt, wird in England gebaut, ebenso beträchtliche Teile der drei unstarren Luftschiffe. Der zweite große unstarre „Astra Torre“ ist in Frankreich bestellt worden und wird in kurzem abgeliefert werden. Ferner ist ein Bauvertrag mit Armstrong für drei kleine ballonare Luftschiffe von dem italienischen Gorlanini-Typ abgeschlossen worden. Das erste wird im Ausland gebaut werden, während die beiden anderen hier bei Armstrong gebaut werden. Das englische Programm bleibt zwar hinter dem zurück, was Frankreich und Deutschland geleistet haben, aber angesichts der großen und starken Überlegenheit Englands an Wasserflugzeugen ist das jährige Programm ausreichend.“ Was den früheren Beginn des Baus der drei Schlachtschiffe betrifft, der durch den Aufschub des kanadischen Flottengesetzes verursacht werde, so führt Churchill aus, daß darin keine Abweichung von dem Standard von 60 Prozent liege. Es werden nur 450 000 Pfund im Jahre 1914 ausgegeben statt zwei Jahre später. In diesem Jahre würde die kanadische Flottenvorlage keine großen Fortschritte machen können.

Auf eine Anfrage Allan Bakers, welcher die Aufmerksamkeit auf die Bemerkung des Geschäftsrats v. Titzki legte, daß er, falls eine allgemeine

Herabsetzung des Displacement der Kriegsschiffe vorgenommen werden sollte, dies begrüßen würde, sagte der Marineminister Churchill in einer schriftlichen Antwort: Die Displacement der neuesten englischen Kriegsschiffe sind erheblich kleiner als die fast allerneuesten Schlachtschiffe, die sich für fremde Mächte in Bau befinden, seitweil ihre Größe verdeckt worden sind. Der Gedanke, der in einigen Kreisen gehabt wird, daß wir bei der wachsenden Steigerung des Displacement der Großkampfschiffe vorangehen oder vorangegangen sind, beruht auf Unwissenheit. Trotz dieser Tatsache würde die Admiralität gewillt sein, sich an einem Abkommen zur Beschränkung der Größe von Großkampfschiffen zu beteiligen, wenn diese überzeugt wäre, daß Verhandlungen zu einem solchen Übereinkommen nicht unwillkommen sind. Bei derartigen Abmachungen müßte natürlich auf beiden Seiten im Auge behalten werden, was andere Mächte in dieser Beziehung tun. Die Schwierigkeiten sind zwar schwerwiegend und in die Augen fallend, meiner Ansicht nach aber nicht unüberwindbar, vorausgegesehen, daß auf beiden Seiten der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu kommen.

Auf die Anfrage des Unionisten George Lloyd, ob Verhandlungen über

Abtrennung oder Austausch von Gebietsteilen von Britisch-Ostafrika über Uganda mit Deutschland

statisch stattgefunden hätten, hat Parlaments-Unterschriftenrat Acland schriftlich geantwortet, daß keine Verhandlungen dieser Art geslossen worden seien. Arthur Lee erklärte, die Unionisten müßten die Kritik der Marinopolitik der Regierung zurückstellen bis nach Einführung des Marineetats, aber man dürfe nicht annehmen, daß die Opposition der Politik ausstimmt, die durch den Ergänzungsetat zum Ausdruck kommt. Wenn nicht auf einmal drei weitere Kriegsschiffe auf Stapel gelegt würden, so würde das bedeuten, daß England im Kriegsjahr 1915 mit seinem Stand unter die zulässige Mindeststärke mit Sicherheit heruntergehen wolle, daß dies dann zu Angriffen aufzordnen oder mindestens zu einem diplomatischen Druck, dem man unmöglich widerstehen könnte, führen würde.

Niemals Wadonald erklärte, der Nachtragsetat sei kein Teil des alten Schiffbauprogrammes, sondern der Beginn eines neuen. In Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn werde man sagen, Großbritannien beschleunige das Schiffbauempo, um ihnen in den europäischen Gewässern wirksamer entgegentreten zu können. Alle Anzeichen in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick sprechen dafür, daß die deutschen Rüstungsfirmen den Begriff „Panzer“ als Druckmittel gegen die Regie-

lung erregen; dies sei jedesmal der Vorbot einer Beschleunigung des Schiffbaus oder der Erweiterung des Flottengesetzes. Ein Antrag der Radikalen auf Abstimmung vom Flottennachtragsetat wurde mit 237 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm Montagvormittag im Berliner Schloss die Vorlage des Chefs des Bismarckinstitut v. Valentini und des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach entgegen.

Der langjährige Chefredakteur der „Westlichen Post“ in St. Louis, August Dieg, ist Samstagabend in Stuttgart im Hause seines Verwandten, wo er Erdölung von schwerer Krankheit fuhrte, im Alter von 51 Jahren gestorben.

Der Bürgermeister Dietrich in Heil wurde zum Oberbürgermeister der Stadt Konstanz gewählt.

Der Besuch des Reichskanzlers in Hamburg. Der Reichskanzler traf gestern abends kurz vor 7 Uhr, einer Einladung des Senats entsprechend, auf dem Hauptbahnhof ein, wo er von dem preußischen Gesandten von Bülow empfangen wurde. In Begleitung des Reichskanzlers befanden sich Unterstaatssekretär Wohnschaff und Oberstleutnant Freiherr von Sell. Der Reichskanzler nimmt in der preußischen Gesellschaft Wohnung.

Vom Sterbelager des Kardinals Kopp. Gestern abend wurde am Sterbelager des Kardinals Kopp folgendes Bulletin ausgegeben: „Der Zustand ist hoffnungslos. Das Leben des Patienten zählt nur noch nach Stunden. Die Agone ist bereits eingetreten.“ Außer dem Geheimsekretär Dr. Vogel weilen noch Weihbischof Dr. Augustin (Breslau) und Kameraldirektor Dr. v. Pohl am Sterbelager des Kardinals.

Eine Ehrung des Statthalters v. Wedel durch die Straßburger Universität. Die juristische Fakultät der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg i. F. hat dem Statthalter Grafen v. Wedel den Doktorstitel der Rechte und der Staatswissenschaften verliehen. Am Samstagmittag überreichte im Statthalterpalais eine Abordnung der Fakultät bestehend aus den Herren Geheimrat Erzellen Lebend, Professor Dr. Sigismund Schulz und Professor Dr. Alisch das Doktordiplom.

Die Einführung des bayerischen Kronprinzen in den Staatsrat. Unter dem Vorsitz des Königs wurde gestern in der Residenz ein Staatsrat abgehalten, in dem die feierliche Einführung des Kronprinzen in den Staatsrat stattfand.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über Kleinasien vor dem Abschluß. Das „Echo de Paris“ schreibt: Es scheint nunmehr gewiß, daß das deutsch-französische Abkommen über die Kleinasiatischen Angelegenheiten im Laufe dieser Woche von den beiden Regierungen ohne jede Abänderung genehmigt werden wird. Man sei zu der Überzeugung gekommen, daß durch jeden neuen Vorschlag eine ziemlich große Zahl anderer Bestimmungen von neuem in Frage gestellt und die Beendigung der Verhandlungen über Gebühr verzögert werden könnte.

Der englische Generalpostmeister in Rauen. In Begleitung der Direktoren der Telefunkengesellschaft, Grafen v. Arco und Herrn v. Bredow, besichtigten der englische Generalpostmeister Hobhouse und das anglische Parlamentmitglied Sir Henry Norman gestern nachmittag die Telefunkestation Rauen. Mit großem Interesse folgten sie den Erklärungen des Directors Grafen Arco und besichtigten die Anlagen und Stationsträume. Hieran schloß sich ein Telegrammaustausch mit der Nähinstation Norddeich.

Ein Protest gegen den Tabaktrust. In der Börse zu Bremen fand gestern abend eine große von vielen Kaufleuten besuchte Waffenversammlung statt, die sich zu einer impfanten Kundgebung gegen den amerikanischen Tabaktrust gestaltete. Als Redner traten u. a. auf der Generalsekretär des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrustes Viele (Dresden), der Syndikat des Deutschen Tabakvereins Schlemmer (Frankfurt a. M.), der Sekretär des Verbandes Deutscher Zigarrenladenbetreiber Hesselbarth (Hamburg) und als Vertreter der Bremer Tabakinteressenten Hoermann (Bremen), welche sich sämlich in scharfer Stellungnahme gegen den

die Erlaubnis zur Aufführung seiner Komposition gab, unterbreite er sein Werk dem Utreiter Don Lorenzo Perosi sowie dem Dirigenten des päpstlichen Chormusik. Beide Musiker gaben Gutachten ab, die sich günstig über die Komposition des Papstes ausprachen. Perosi äußerte, daß Pius X. trotz seiner strengen Befolgung der von der Liturgie vorgeschriebenen Formen mit seinem Hymnus den Verweis einer ausgesprochen melodischen Begabung erbringe.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Saarbrücker Stadttheater hatte Adolf Rosé das Lustspiel „S. M. der Geldsack“ großen Erfolg. Rudolf Schildknecht hat bereits das Werk für sich und seinen Sohn zu Gastspielen etoworden.

Die an das Königliche Schauspielhaus nach Berlin engagierte Franziska Gilmentreich verabschiedete sich als „Iphigenie“ unter stürmischen Ovationen von Hamburg.

Gilden Kunst und Musik. Generalmusikdirektor Dr. v. Schillings-Stuttgart. Besuch um Einlösung aus dem Verbande der Königlichen Hoftheater ist abgelehnt worden, da die bisher in keiner Weise erwiesenen Anschuldigungen einen solchen Wunsch weiter rechtfertigen noch auch den Anlaß bieten, das Herrn v. Schillings bisher entgegengebrachte Vertrauen zu entziehen.

Carl Schuricht errang einen starken Erfolg bei Publikum und Presse gelegentlich seines Dirigenten-Gästspiels in England.

Albert v. Roehrer, ein alter Wiesbadener, jetzt in Berlin wohnhaft, hat ein großes Schlachtenbild vollendet: „Die Attacke der französischen Kavallerie auf die russischen Karrees bei Waterloo“. Dieses Gemälde wurde vom Kaiser aus dem Atelier heraus angelauft und bestimmt, daß es, da es die Verherrlichung einer russischen Waffenstat sei, seinen Platz im Schlosse zu Wiesbaden erhalten soll.

Die bekannte Münchener Wagnerfächerin Bertha Morena hat im Cobent Garden in London während einer Vorstellung der „Walküre“ den Fuß gebrochen.

In Hannover fand die Uraufführung von der Operette „Der Märchenprinz“ von A. M. Willner, Musik von Heinrich Verčík, in der „Schauburg“ einen außerordentlichen Erfolg.

Henry Ford aus New York hat dem Herzog von Mercœur das van Dyck'sche Gemälde der Paola Adorno für über zwei Millionen abgekauft.

Aus Kunst und Leben.

Papst Pius als Komponist. Aus Rom bringt der „Lotto“ die überraschende Kunde, daß Papst Pius X. unter die Komponisten geistlicher Musik gegangen ist; vor kurzem vollendete er die Komposition einer Motette, die dem heiligen Joseph gewidmet ist und am 19. März, dem Josephstage, ihre Uraufführung erleben wird. Die Motette ist vierstimmig geschrieben und hält sich streng an die Formen der Liturgie. Pius X. hat jedoch nicht nur die Musik geschrieben, sondern auch den Gesangtext verfaßt, der im Rhythmus genau dem „veni creator spiritus“ folgt und mit den Worten anhebt: „Salve, animator Joseph“. Nach den Mitteilungen des römischen Blattes wird die erste Aufführung unter strengstem Abschluß der allgemeinen Öffentlichkeit stattfinden. Außer den diensttuenden Kardinälen werden der Vorführung nur wenige Prälaten, darunter auch einige ausländische, beiwohnen, wie überhaupt der Alt weniger ein künstlerisches als vielmehr ein religiöses Gepräge tragen soll. Ob der Papst

Trust ausgesprochen. Die Versammlung nahm darauf einstimmig nachfolgende Resolution an: Die am 2. März in der Bremer Börse tagende Versammlung erkennt in dem Vorbringen des britisch-amerikanischen Tabaktrustes eine schwere Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft, den Bremer Tabakhandel und das Tabakgewerbe im besonderen. Die Verhandlung spricht daher den Bestrebungen des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrustes ihre volle Zustimmung aus und hofft die zuversichtliche Erwartung, daß die Konsumenten in allen Bevölkerungsreichen Bremens die bedrohte trustfreie deutsche Tabakindustrie in ihrem schweren Kampfe tatkräftig unterstützen werden.

* Zur Verschung von Orten in höhere Ortsklassen. Zu der angekündigten Vorlage über die Verschung von Orten in höhere Ortsklassen meldet der „Volksanzeiger“ noch: Die dem Bundesrat jetzt zur Beschlusshaffung vorliegende Vorlage sieht dem Vernehmen nach eine anderweitige Regelung für mehr als 30 Orte vor. Unter ihnen dürften sich drei Berliner Vororte, ferner Altona und Hamburg, Vormen, Koblenz, Elberfeld, Friedrichshafen und Nürnberg befinden.

* Zum Rhein-Herne-Kanal. Gestern vormittag ist in Gegenwart von Vertretern der Königlichen Kanalbaudirektion in Essen und des Königlichen Kanalbauamts in Herne mit der Füllung des Rhein-Herne-Kanals begonnen worden. Dies erforderliche Wasser wird dem Dortmund-Ems-Kanal entnommen. Die Füllung wird mittels eines Hohers bewirkt, der in den Trennungsdamm zwischen dem Dortmund-Ems-Kanal und dem Rhein-Herne-Kanal eingebaut ist; sie wird etwa zwei bei drei Monate in Anspruch nehmen.

* Ausgabe neuer bayerischer Münzen. Bayern wird demnächst neue Münzen zur Ausgabe bringen, die das Bildnis des Königs Ludwig III. nach einem Entwurf des Bildhauers Professor Bleeker tragen. Zunächst wurde mit der Herstellung der neuen Fünfmarkstücke begonnen. Wiedann soll die Prägung von Zwanzigmarkstücken und späterhin Dreimark- und Zweimarkstücken folgen. Mit der Herstellung von Schuhmünzen ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen.

* Sozialdemokratie und Abonnementversicherung. Der Berliner sozialdemokratische Parteivorstand hat der bayerischen Landespartei, nachdem die Verhandlungen über ein nachträgliches Verbot der von der „Münchener Post“ eingeführten Abonnementversicherung gescheitert sind, die Entscheidung des Parteitages angeläufigt.

* Einstellung des Strafsverfahrens gegen den „Böhmer Anzeiger“. Die vom General v. Deimling, Lieutenant Forstner und dem Sergeant Hößlich gegen den Verleger des „Böhmer Anzeigers“ abhängig gemachten Strafsverfahren sind durch Strafammerbeschluß geistert eingestellt worden.

* Die neue Verteidigungsliga und die reichsländischen Beamten. Die reichsländische Regierung hat den kaiserlichen Beamten und Unteroberbeamten des Reichslandes den Beitritt zur Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens untersagt.

* Zur Kölner Sennenhofversammlung vom Sonntag, über die in der gestrigen Abendausgabe berichtet wurde, ist ein Bericht zu berichten; die Versammlung stand selbstverständlich nicht unter der Führung des Grafen Oppersdorff, sondern sie richtete sich gegen die Integranten unter der Führung des Grafen Oppersdorff. Die Versammlung wurde vom Kölner Parteichef Dr. Merkens geleitet.

* Der Evangelisch-Soziale Kongress wird in diesem Jahre in der Woche nach Ostern, vom 15. bis 17. April, nicht wie sonst erst in der Pfingstwoche, in Nürnberg stattfinden. Das Programm wird in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Parlamentarisches.

* Der Waffengebrauch des Militärs in Baden. Zu Beginn der geistigen Sitzung der zweiten badischen Kammer begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank (Mannheim) die Interpellation der Abgeordneten Frank und Genossen, betreffend die Militärgerichtsbarkeit, den Waffengebrauch des Militärs und die Minivirkung desselben bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. In Beantwortung der Interpellation erklärte Minister des Innern Freiherr v. Bodman: Die rechtliche Grundlage für den Waffengebrauch des Militärs gründet sich in Baden auf den Paragraphen 13 der Militärkonvention von 1870 zwischen Preußen und Baden. Demzufolge darf ein Waffengebrauch des Militärs nur erfolgen, wenn die Bürgerschaft die Hilfe des Militärs anruft. In die badischen Bestimmungen wurde die Anordnung der preußischen Kabinettsoberste von 1820 nicht aufgenommen. Ein Einschreiten des Militärs aus eigenem Recht ist im allgemeinen nicht statthaft; es ist es nur, wenn im Falle eines Aufwuchs die Bürgerschaft nicht imstande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Die preußische Militärbehörde hat sich damit einverstanden erklärt, daß für die in Baden stehenden Truppen nur die landesgesetzlichen Bestimmungen gelten. Das hat uns auf Anfrage auch das Kriegsministerium neuerlich bestätigt. Hierauf trat das Haus in eine Befreiung der Interpellation ein, wobei sich sämtliche Parteien, auch die sozialdemokratische, von der abgegebenen Regierungserklärung befriedigt erklärten.

Das sogenannte Grundfestgesetz (Parzellierungsgesetz), dessen Inhalt bereits bekannt ist, ist dem Abgeordnetenhaus gestern vorgegangen. Es führt den Titel „Entwurf über Teilung land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen“.

Heer und Flotte.

Die Reise des Kaisers zur Marinestation der Nordsee. Der Kaiser geht heute abends nach Wilhelmshaven zu begeben. Der Fürst von Fürstenberg wird ihn als Gast begleiten.

Der Gesundheitszustand im Böhmer Infanterie-Regiment. In einer Böhmer Korrespondenz eines Straßburger Blattes war beobachtet worden, daß im Infanterie-Regiment Nr. 99 bei seinem langen Aufenthalt in dem unwirtlichen Paraden von Bisch und Oberhofen eine ganze Menge Erkrankungen vorgekommen seien. Demgegenüber stellt eine amtliche Quelle entstammende Mitteilung fest, daß die Unterflurverhältnisse auf dem Truppenübungsplatz Bisch und Oberhofen denen des Standorts in nichts nachstehen. Trotz der unwirtlichen Witterung der vorangegangenen Woche ergibt die Krankheitstatistik für den 1. Februar 1914 keinen ungünstigen Stand: An diesem Tage hatte das erste Bataillon genannten Regiments in Oberhofen 17 Kranke (davon einer im Revier), das zweite Bataillon nur 16 Kranke (davon 6 Revierkrank). Diese Ziffern beruhen, wie ausdrücklich betont wird, auf amtlichen Material.

Das neue Militärluftschiff „Z. 7“, das kürzlich unter Führung des Grafen Besselin seine Abnahmesfahrt mache, ist nunmehr in den Besitz der Heeresverwaltung überge-

gangen. Wie verlautet, soll das Luftschiff in Potsdam bleiben und bis zur Fertigstellung der neuen Marineluftschiffe zur Ausbildung von Marineoffizieren und des notwendigen technischen Personals dienen.

Der Militärluftplatz Krefeld. Der Inspekteur des Militärluftwaffen-Oberrates v. Eberhardt, welche in Krefeld, um mehrere zu einem Militärluftplatz in Aussicht genommene Gelände zu besichtigen.

Eintritt eines siamesischen Prinzen in die Flotte. Prince Mahidol von Siam tritt vom kommenden Frühjahr ab zu seiner Ausbildung als Seemann in die deutsche Flotte ein.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein Protest der Graechischen Neu-Guinea-Expedition gegen das Reichskolonialamt. Die Leitung der Neu-Guinea-Expedition, die unter der Führung des durch seine Afrikadurchquerungen bekannt gewordenen Oberleutnants a. D. Paul Graeck eine geodätische Vermessung von Neu-Guinea mit Hilfe des stereophotogrammetrischen Verfahrens vom Motorluftschiff aus plant, hat gegen die bekannte Stellungnahme des Reichskolonialamtes einen Protest an den Reichstag gegeben lassen. Auf die ausdrückliche Versicherung des Reichskolonialamtes, daß es seinem Unternehmen nicht hinderlich sein sollte, hat Oberleutnant Graeck die Vorbereitung seiner Expedition begonnen. Daß das Unternehmen mit Sicherheit zu Ende geführt werden könne, wenn man alle Faktoren genügend berücksichtigt, davon sind mit ihm Kenner des Landes, wie Professor Preuß und Professor Dr. Neuhauß, völlig überzeugt. Das wichtigste Argument gegen die Ausführungen des Reichskolonialamtes führt der geodätische Mitarbeiter der Expedition, Dr. Gasser (Darmstadt), an, indem er die Möglichkeit einer topographischen Aufnahme vom Luftschiff aus beweist und deren Verhältnismäßig geringe Kosten und große Genauigkeit betont. Um eine offizielle Begutachtung der vermessungstechnischen Grundlagen der Expedition herbeizuführen, erklärt sich Dr. Gasser bereit, diese von der Deutschen Seewarte unter Hinzuziehung eines gewieften Fachmannes der Fotogrammetrie des umgelernten Problems der Aerogeodäsie, unter Ausschluß industrieller Interessen, prüfen zu lassen. Es sei betont, daß von der Expeditionsleitung als selbstverständliche Vorbereitung anerkannt wird, daß er sich nach Herstellung der ersten Karten aus der Luft — in Deutschland — die Neu-Guinea-Expedition unternommen wird. Zunächst kommt es darauf an, das Vermessungsluftschiff zu schaffen.

Bei den deutsch-englischen Kolonialverhandlungen ist eine Mitteilung von Interesse, die der Heidelberger Professor Onden in einem gestern in Wiesbaden gehaltenen Vortrag, über den an anderer Stelle berichtet wird, gemacht hat. Danach werden englische Kaufleute und Interessenten, die in Portugalisch-Westafrika Geschäfte machen wollen, schon jetzt in England selber nach Berlin verwiesen für die zu pflegenden Verhandlungen. Das würde also bestätigen, was ja schon wiederholt berichtet wurde, daß diese deutsch-englischen Verhandlungen dem Abschluß so nahe sind, daß man in London Interessenten gegenüber also schon mit einem fait accompli rechnet.

Ausland.

Niederlande.

Brandstiftungen in Asien. Amsterdam, 8. März. Der Kriegsminister stellte laut Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ fest, daß mehrfach Brandstiftungen an anarchistischer Soldaten in Asien vorgenommen seien, nämlich in Sarawak und S. C. e.

Spanien.

Der Aufstand in Valencia beigelegt. Madrid, 2. März. Nach Mitteilung vom Minister des Innern bestätigt sich die Nachricht aus Valencia, daß der dortige Aufstand infolge einer Einigung zwischen der Stadtverwaltung und den Steuerpflichtigen beendet ist. Alle Unternehmungen haben den Betrieb wieder aufgenommen.

Balkanstaaten.

Die Reise des Fürsten von Albanien. Rom, 3. März. Offiziös wird gemeldet, daß der Fürst von Albanien am Mittwoch von Krakau in Schlesien über Salzburg nach Triest reist, wo er Donnerstag früh eintrifft. Von dort begibt er sich nach Durazzo. Zum Anfang des Fürsten wird in Durazzo ein Detachement berittenen Gendarmen aus Skutari sowie ein Detachement Gendarmen aus Valona erwartet, die gemeinsam mit der Durazzenser Gendarmerie den Ehrendienst beim Fürsten versehen werden.

Ein Huldigungsfest in Wien. Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wahrscheinlich eines österreichischen, von Neuwied noch Durazzo? Wien? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wilhelm“ erfaßt: Auf Anregung Ghad-Bascha ist der Plan aufgelaufen, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker und zwar zweier Deutscher und wah

Die Zionistische Ortsgruppe Wiesbaden veranstaltete am Sonntag, den 1. März, im Festsaal der "Loge Pluto" eine öffentliche Versammlung, die Stellung nehmen sollte zu dem bekannten Sprachenstreit Palästina und zu der schroten Erklärung einer Anzahl Juden gegen den Zionismus, die im Anzeigenteil einiger Tageszeitungen veröffentlicht war. Der erste Redner, Herr Dr. A. Goldberg (Berlin), beschäftigte sich mit dem Sprachenstreit. Der Hilfsverein der deutschen Juden hatte in seinen Schulen Hebräisch als Unterrichtssprache eingeführt, in der letzten Zeit aber wurde das Hebräische in den Schulen des Hilfsvereins immer mehr verdrängt. Daraus begann in Palästina ein Verlassen der Schulen des Hilfsvereins durch Schüler und Lehrer und die zionistische Organisation mußte selbst Schulen in Palästina mit hebräischer Unterrichtssprache einrichten. Der Redner betonte besonders, daß auch in den neuen Schulen der Zionisten Deutsch die Hauptfremdsprache im Lehrplan sei, und daß das Auswärtige Amt in Berlin und der deutsche Generalconsul in Jerusalem mit diesem Modus vollständig einverstanden seien. Der ganze Kampf hat mit dem vollen Sieg der Zionisten geendet. Der zweite Redner, Herr Dr. J. Proger (Kassel), beschäftigte sich mit der "Erklärung" gegen den Zionismus und behandelte das Verhältnis der Zionisten zum Deutschtum. Zum Schluß nahm die gut besuchte Versammlung folgende Resolution einstimmig an: "Die von der Zionistischen Ortsgruppe Wiesbaden einberufene stark besuchte öffentliche Versammlung vom 1. März 1914 weiß die jüngst im Interessenteil politischer Tageszeitungen veröffentlichte Erklärung des antizionistischen Komitees als in der Form unvördig, dem Inhalt nach unberechtigt aufs entschiedenste zurück."

Alpha Wiesbaden. Der Arbeitsausschuß der Allgemeinen photographischen Ausstellung hat in seiner dritten Sitzung, die gestern im "Hotel Prinz Nikolaus" abgehalten wurde, festgestellt, daß die Alpha vom 8. September bis zum 4. Oktober im "Paulinen-Schlößchen" stattfinden werde. Die endgültigen Bestimmungen wurden angenommen und als Termine für die Meldungen zur Beteiligung der 30. Juni, für die Einsendung der Ausstellungsbüste der 15. August bestimmt.

Aus dem Sommersfahrrplan 1914. Nach dem vorläufigen Entwurf des vom 1. Mai ab geltenden Sommersfahrrplans treten folgende wichtige Änderungen auf den Hauptstrecken des Direktionsbegirks Frankfurt ein: Frankfurt-Wiesbaden-Köln: Zug 172a: Wiesbaden ab 1.08 nochm., Frankfurt (Hauptbahnhof) an 1.50, ab 2.06, in Alsfaffenburg 2.48. Der Zug führt durchgehende Wagen von Holland nach München und Triest. Zug 263/262: Frankfurt ab 9.42 vorm., Rüdesheim ab 9.30, Frankfurt an 11.04 abends. — Frankfurt-Bimburg: Personenzug 595 ab Frankfurt 7.22 nochm., seither bis Eppstein gehend, wird bis Niedernhausen durchgeführt. Der Gegenzug wird ebenfalls ab da gefahren; ab Niedernhausen 8.40 nochm. Zug 585, Frankfurt-Niedernhausen, ab Frankfurt 2.09 nochm. wird bis Idstein durchgeführt. An 8.40. Zug 588, seither Eppstein-Frankfurt, wird von Idstein aus gefahren, ab 8.20 nochm., an 8.32. Zug 587, ab Frankfurt 4.02 wird bis Niedernhausen durchgeführt. Sonntagszüge Frankfurt ab 6.58 nochm., an Eppstein 7.45, Eppstein ab 8.10 nochm., Frankfurt ab 8.57. — Frankfurt-Cronberg: Ab Frankfurt 7.08, 8.27, 9.30, 10.51, 12.30, 1.28, 2.25, 3.29, 5.12, 6.10, 6.45, 7.25, 8.15, 9.43, 10.44, 11.57. — Cronberg-Frankfurt: Ab Cronberg 4.44, 5.42, 6.31, 7.21, 8.22, 9.15, 10.24, 12.09, 1.20, 2.17, 3.18, 4.28, 5.56, 7.40, 9.10, 10.57.

Eisenbahn-Assistentenverband. Der Bezirkverein Mainz (Sik Darmstadt) des Eisenbahn-Assistentenverbands hielt am Sonntag, den 1. März, in Wiesbaden seinen 10. Bezirkstag ab, welcher sehr stark besucht war. Nach einem Hoch auf den Kaiser und den Großherzog von Hessen wurde zur Tagesordnung übergegangen, welche hauptsächlich in der Beurteilung der von den einzelnen Ortsvereinen gestellten Anträge zum diesjährigen Verbundstag in Hamburg bestand. Ein von dem Verbundsvorstand in Berlin eingegangene Begrüßungstelegramm stand lebhaften Beifall. Mit großer Genugtuung wurde es aufgenommen, daß die so lang ersehnte Gleichstellung im Gehalt mit den Postassistenten endlich verwirklicht werden sollte. Gleichzeitig wurde allgemein anerkannt, daß die Lage unserer Eisenbahndiäte keine beseindniserreiche sei, und für Besserstellung dieser Beamtenkategorie soll voll und ganz eingetreten werden. Besondere Bedeutung erhielt dieser Bezirkstag durch zwei höchst interessante Vorträge des Oberbahnassistenten Schippers aus Köln über die kulturhistorische Entwicklung der Eisenbahnen sowie über das Verbundesleben im allgemeinen und die Leistungen des Verbunds im besonderen, wofür dem Vortragenden reicher Beifall zuteil wurde. Mit einem Hoch auf den Verbundsvorstand wurde der Bezirkstag geschlossen.

Zum Boykott gegen die Frau Ewers in Babern wird uns geschrieben: Wie aus den ansässig der bekannten Vorfälle in Babern gegen den Obersten v. Neuter und den Leutnant Schad geführten Prozessen noch allgemein bekannt sein dürfte, wurde damals auch die Bigarréhändlerin Frau Karl Ewers Ewe. aus Babern, Hauptstraße, als Zeugin vor Gericht vernommen. Wegen ihrer wahrheitsgetreuen, für die angeklagten Offizielle günstigen Aussagen wurde Frau Ewers von der Boderne Bevölkerung geschäftlich derart boykottiert, daß ihr vollkommen wirtschaftlicher Ruhm zu verschwinden drohte. Auf diese Tatsache wurde von verschiedenen Zeitungen hingewiesen, und es wurde mit Recht von jedem deutsch und vaterländisch denkenden Nachbar verlangt, wenigstens einen Teil seines Bedarfs an Zigaretten oder Bigaretten bei Frau Ewers zu decken. Wie wir hören, sind u. a. auch die Mitglieder des Kreisausschusses des Landkreises Wiesbaden dieser Anregung nachgekommen, indem sie 1000 Zigaretten von Frau Ewers bezogen. Diese Sendung ist zu größter Zufriedenheit ausgefallen.

Was nicht zur Konfirmationshilfe gehört. Nicht nur die Eltern, sondern auch die Verwandten pflegen vor der Konfirmation eines Kindes förmlich zu wetteifern, ihm an diesem Tage wieder einmal so recht eindringlich zu beweisen, wie lieb sie es haben. Da es nur wenigen gegeben ist, durch Worte ihrem Empfinde Ausdruck zu verleihen, so wählen sie meistens die Form eines Geschenks, um zu zeigen, wie groß die Zuneigung ist, die sie dem heranwachsenden Kind entgegenbringen und wie viel ihnen davon liegt, bei ihm in guter Erinnerung zu bleiben. In manchen Gegenden kommen zu Eltern und Verwandten auch noch die Paten, die ebenfalls durch verschiedenartige Geschenke die Konfirmanden erfreuen wollen, und so ist es denn keine Seltenheit, daß es sowohl Knaben wie Mädchen gibt, die sich buchstäblich mit Schmuck bekleiden könnten, wenn es der Ernst des Tages zuließe. Man sollte nun glauben, daß alle Konfirmanden, die als Konfirmationsgeschenk Schmuckstücke erhalten, an diesem ernsten Tag keinen Gebrauch davon machen und ihn für die späteren

gähnreichen Gelegenheiten aufheben, wo es besser am Platze ist; doch dem ist leider nicht so. Das Augenbedürfnis unserer Zeit verführt auch schon die Konfirmanden dazu, denselben zu frönen, und so haben wir dann die unerfreuliche Tatsache jedes Jahr von neuem zu verzeichnen, daß die Aufmerksamkeit der Kinder an Konfirmationstagen stark geteilt ist zwischen der Andacht und weihseligen Stimmung, in die sie die erste Stunde versetzt, und dem Wohlfassen an neuem Vieh. So konnte es im Vorjahr kommen, daß eine Konfirmandin mit der Uhr in der Hand auf den Stufen des Altars spielte und beim Gelöbnis und Handschlag diese erschreckt niedersanken ließ, wo sie flüchtig zerprang. Nicht ihr selbst, dieser beglüfteten Besitzerin der Uhr, war ein Vorwurf für dieses Vorlommnis zu machen, sondern den Eltern, die sie derart zum Kirchgang schmädeten. So weit mußten sie ihr Kind kennen, um zu wissen, ob diese Auflöslichkeit imstande war, seine Sinne abzuwenden. War das aber der Fall, dann mußten sie ihm für den Kirchgang das Anlegen dieses Schmucks verweigern. Ist der angeführte auch nur ein Einzelfall, so könnte doch wohl mancher aus eigener Erfahrung minder unerträgliche Abarten desselben aufführen. Grund genug, einmal ernstlich auf diesen Unstetigkeit hinzuweisen. Nicht die Sitte des Besitzens der jungen Konfirmanden, auch nicht die Freude derselben am neuen Vieh soll gerügt werden, sondern einzlig und allein die unangebrachte Verwendung von Schmuck am Konfirmationsstag. F. U.

Die elektrische Notbeleuchtung in Warenhäusern. Die elektrische Notbeleuchtung in Warenhäusern bepricht Oberingenieur Schloß in Berlin in Heft 2, 1913, der "Feuerwehrtechnischen Zeitschrift". Die Notbeleuchtung soll, falls die Hauptbeleuchtung versagt, die Haupteingänge im Gebäude und die aus diesem ins Freie führenden Wege so beleuchten, daß sie selbst bei Raumentwicklung in diesen noch genügend erfüllt sind. Dieser Bedingung entspricht aber nur die elektrische Glühlampe, die aber auch von den Behörden für die Notbeleuchtung von Theatern, Konzertälen, Warenhäusern usw. vorgeschrieben ist. Außerdem muß für die Versorgung der Notbeleuchtung eine von der Hauptbeleuchtung völlig unabhängige Stromquelle angeordnet werden. Hieraus ergeben sich mehrere Lösungen für die Durchbildung der Notbeleuchtung: Einzelstromquellen für jede Notlampe, mehrere auf einzelne Gebäudeteile verteilte Stromquellen für je eine Gruppe von Notlampen, und endlich eine für alle Notlampen gemeinsame Stromquelle. Verfasser behandelt die verschiedenen Konstruktions- und Anordnungsmöglichkeiten eingehend und kommt zu dem Schluss, daß für die in Betracht kommenden Gebäude die Notbeleuchtung mit zentraler Batterie am häufigsten zur Anwendung gelangt ist.

Telegraphenlinie nach der Fasanerie. Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem Waldweg nach der Fasanerie, Distrikt Klosterbrück, im biesigen Stadtwald liegt bei dem Telegraphenamt in der Rheinstraße 4 Wochen aus.

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauspiele. Bei den Programmen der nächsten Sinfoniekonzerte am 9. und 22. März muß infolge einer Änderung eintreten, als das Recit von Verdi, das für den 9. März vorgesehen war, auf den 22. März verlegt werden muss, da wegen der Vorbereitungen zur "Pariser" Aufführung die zum Recit nötigen Proberäume nicht stattfinden könnten. Dafür wird am 9. März das Programm des 22. März gegeben werden. Der Wechsel der Programme erforderte auch einen Wechsel der Solisten, weil Steffi Jung-Geber (Violin), deren Mitwirkung ursprünglich für den 22. März vorgesehen war, am 9. März nicht abkommen kann. Sie wird dafür im ersten Konzert des nächsten Spielsets auftreten. Als Star für Frau Jung-Geber ist nun für den 9. März der erste Konzertmeister des Gewandhausorchesters in Leipzig, Edvard Golomboki, ein geborener Wiesbadener, und als weitere Solistin Andreeva v. Sklanska von der Königlichen Oper in Berlin verpflichtet worden.

Residenz-Theater. Morgen Mittwoch findet das letzte Konzert Janes Sorma statt. Die Künstlerin verabschiedet sich in der Rolle der "Eva" in dem gleichnamigen Schauspiel von Richard Voß, das nach langerer Pause in vollständiger Eintrittierung wieder in den Spielplan aufgenommen wird.

Auhaus. Ein interessanter Vortrag steht für Donnerstag dieser Woche bevor. Der preußische Oberleutnant und türkische Hauptmann Walter Aken wird seine Erlebnisse im Balkantriege, den er als Fliegeroffizier auf Seite der Türken mitmachte, schildern. Der Vortrag wird durch zahlreiche Bilder illustriert.

Stadttheater Mainz. Am kommenden Freitag findet die deutsche Uraufführung von "Siegner" statt. Musikkrama in 2 Akten von Ruggero Leoncavallo, unter persönlicher Anwesenheit des Komponisten, Vorder: "Wer einst eine Schäferin", Oper in einem Akt von Marcel Latté, ebenfalls als deutsche Uraufführung.

Wiesbadener Künstler auswärts. Baron Walter Erdmann v. Kastelnowski veranstaltete in dieser Saison unter Mitwirkung der Hamburger Künstler Friedl Dell-Achilles (Gitarre) und Roland Hoss (Tenor) eine Tournee durch die größeren deutschen Städte und fand hierbei auch in Leipzig, Dresden und Köln. Die "Dresdner Oper-Abendpost" schreibt darüber: "Wir lernten in Kastelnowski einen Viedertomponisten kennen, der in seinen Tonstudien ganz eigenartige, man könnte fast sagen, unmögliche Wege geht während man sonst oft bei Viedertomponisten der Gegenpart die Melodie vermischt und eine himmelstürmende Begleitung hört, so finden wir meist eine gesamtklangart erfundene Melodie. Das Publikum liebt es an aufmunterndem Vortrag nicht fehlen." Das "Dresdner Journal" schreibt: "Wer es unternimmt, ein Konzert mit eigenen noch unbekannten Kompositionen zu geben, noch dazu auf dem beschämten Gebiete der Oper, der muß ein willkührer können sein eine fiktivische Persönlichkeit. Die Beleidigung am Klavier führt der Komponist zu lässig und gewandt aus." Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: "Kastelnowski hat an den mehr als 20 Viedern großen Teils sehr dankbare Texte gewählt und führt die wohlbekannten Gestaltungen entzückend aus. Der Erfolg war groß." Das "Kölner Taarblatt" berichtet: "Hier dominierte weniger immer die Melodie und Kastelnowski bei den Ritzen der Melodie mehr als den der charakteristischen Melodieausleitungen über ein außerordentlich melodisches Talent verfügt Kastelnowski zweifelsfrei."

Mitteilungen aus dem Geschäftsseiten.

Etwas über Heizung! Eine hervorragend vollkommene Heizung soll nicht nur heizen, sondern auch ventilieren. Ausgezeichnete Luft ist vorzubereiten und enthalte nach neuen Forschungen der Professor Weishardt und Stroede Er müdungszeit. Die Luftverteileitung in nicht ventilirten Räumen geht schnell vor sich, wenn man bedenkt, daß der Ventilationsbedarf eines gewöhnlichen Wenders 110 Kubikmeter Luft pro Stunde ist. (Aubener.) Schlechte Luft empfindet man als stagnierend und trocken. Die Kritikluft-Ventilations-Heizung der Firma Schatzbaukunst, Spieker u. Co. Nachfolger, G. m. b. H., Frankfurt a. M., schafft in den Räumen eine vorzügliche, nicht turbulente, einfache und billige, über 3000 Anlagen sind in ganz Mitteleuropa bereits in bewährtem Betrieb. Die Heizung eignet sich vor allem für Einfamilienhäuser, groß und klein, für Säle, Vereinshäuser usw. Der Einbau kann auch in alte Häuser erfolgen. Die Firma stellt Druckdosen, Projekte und Bauanschläge kostenlos zur Verfügung. 619

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Biebrich, 3. März. Der nach nur zweitägigem Krankenlager im Alter von 79 Jahren hier verstorbene Major a. D. v. Ludd war ein alter Kriegsveteran; er hat im Rheinischen Ulanen-Regiment Nr. 7 als Oberleutnant den Feldzug 1866 in Böhmen gegen Österreich und als Rittmeister und Eskadronchef den Feldzug 1870/71 gegen Frankreich mitgemacht. Zu sechs Brüdern waren sie gegen den Feind ausgerückt, von denen zwei nicht zurückkehrten und einer schwer verwundet wurde. Die 7. Ulanen standen, wie heute noch, in Saarbrücken, nur 3 Kilometer von der damaligen französischen Grenze entfernt, und bildeten bei Ausbruch des Krieges mit dem 2. Bataillon der 10er Jäger unter dem Kommando des bekannten Reitersführers, des damaligen Majors, späteren Generals v. Peßel, der nach seiner Verabschiedung in Wiesbaden gelebt hat, die Grenzwacht gegen den Feind. Am Tage der Kriegserklärung, dem 19. Juli 1870, ritten die 7. Ulanen unter dem Kommando v. Ludd eine siegreiche Attacke gegen französische Chasseurs zu Pferd. Es war dies das erste Gefecht in dem glorreichen Krieg. Vierzehn Tage lang hielt sich das kleine Detachement v. Peßel gegen den an der Grenze sich sammelnden übermächtigen Feind. Major v. Ludd befand neben dem Eisernen Kreuz auch den Badischen Karl-Friedrichs-Dienstorden; mit beiden geschmückt, lebte er aus dem Feldzug zurück. — o. Dem Beispiel der Firma Kalle u. Co. folgend, beobachtigt auch die Firma Döderhoff u. Söhne für ihre rund 1200 Beamten und Arbeiter ein Rauschau zu errichten. — Ein Arbeitsjubiläum konnte in diesen Tagen Herr Portier Heinrich Moser bei der Firma Kalle u. Co. begehen. Er stand am 24. Februar d. J. 40 Jahre in den Diensten der Firma.

o. Biebrich, 3. März. Eine interessante Statistik: Was liest man und wer liest? Interessante Biffen bringt der vom Bildungverein jetzt veröffentlichte Bericht über die Benutzung seiner Bücherei und der angeschlossenen Lesekaffe. Die ab 1. Juli d. J. begonnene Statistik zeigt nach, daß im 2. Halbjahr 1866 Bücher ausgegeben wurden. Davon entfallen auf unterhaltende Literatur und Jugendbücher 26 Proz., während für die belehrende Literatur, die mit trefflichen Werken ausgestattet ist, in den 1000 Büchern 5 Proz. teilen müssen. Die Zahl der eingetragenen Leser nebst deren Angehörigen beträgt 611. Davon entfallen auf 1. Selbständige Kaufleute und Handwerker 81 Leser = 10 Proz., 2. nichteheländische Handwerker 81 Leser = 13 Proz., 3. Chemiker, technische und Kaufmannsbeamte 128 Leser = 21 Proz., 4. Staats- und Gemeindebeamte 101 Leser = 16 Proz., 5. Arbeiter 100 Leser = 17,8 Proz., 6. Ökonomen, landwirtschaftliche Arbeiter 6 Leser = 1 Proz., 7. weibliche Leser 102 Leser = 16,7 Proz., 8. Personen ohne Beruf (Mentner) 13 Leser = 2,1 Proz.

gg. Erbenheim, 3. März. Bei den heute vormittag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl erhielten die meisten Stimmen und zugleich die absolute Mehrheit in der dritten Klasse Maurer Heinrich Spiller, Bader August Siäger, Fabrikarbeiter Willi Staudenberg und als Erstzähler Lagerhalter Philipp Schäfer. In der ersten Klasse wurden gewählt die Landwirte Adolf Born und Karl Ulrich. Für die zweite Klasse findet Stichwahl am Donnerstagvormittag 11 Uhr statt zwischen dem Landwirt Fr. Lepel und dem Sattler Karl Stoll.

Aus der Umgebung.

Zur Bekämpfung der Riesenschädlinge. m. Bingen, 2. März. Zum Schopfach einer eigenartigen Vorführung war heute die Burg Klopp geworden. Um den Winzern und Obstbauern die Vorteile und Nachteile der einzelnen, für die Bekämpfung der Schädlinge zur Verwendung gelangenden Apparate zu zeigen, wurden die verschiedenen Gegenstände in Tätigkeit vorgeführt. Zu dieser in ihrer Eigenart bis jetzt wohl einzigen Veranstaltung hatte sich natürlich eine ganze Reihe von Interessenten eingefunden. Neben Fachleuten aus Bingen und der näheren Umgebung waren solche aus Rheinhessen, von der Nahe, vom Mittelrhein, aus dem Rheingau und aus der Pfalz anwesend. Begrüßt wurden die Erstschienen vom Kreisrat des Kreises Bingen, Geheimrat Dr. Steeg, während die Veranstaltung von Weinbautechniker Willig (Wingen) geleitet wurde. Vertreten waren ferner der rheinhessische Weinbauverein und die rheinhessische Weinbaudomäne. Von der preußischen Weinbaudomäne war Geheimrat Eich (Wiesbaden) mit mehreren Beamten anwesend. Die Vorführungen erstreckten sich über den ganzen Vormittag und fanden noch am Nachmittag statt. So weit die Apparate für den Weinbau in Frage kamen, wurden die nötigen allgemeinen Erläuterungen vom Weinbautechniker Willig gegeben, während die Erklärungen für den Obstbau der Kreisobstbaumwart Günzenheim (Odenheim) gab.

In die Fremdenlegion verschleppt.

wb. Gießen, 3. März. Der aus Frankfurt a. M. stammende Ingenieur Conrad, der Vertreter der biesigen Filiale der A. E. G., wird seit Donnerstag voriger Woche von seinen Wirtshäusern vermißt. Jetzt ist das erste Lebenszeichen von ihm eingetroffen. Er hat nämlich einem mit ihm befreundeten Pfarrer aus Frankfurt geschrieben, daß er in die Fremdenlegion verschleppt worden sei. Conrad wollte in kurzer Zeit eine junge Dame aus Schottland heiraten. Man nimmt an, daß er hier betrunken gewesen und dann über die Grenze getreten ist.

Die Kaisermandat.

wb. Gießen, 3. März. Ende voriger Woche weilte ein Generalstabsoffizier im Vogelsberg, der unter Führung eines Vorsteigers von Schotten aus das Oberland besuchte, um sich über die in den Generalstabskarten noch nicht eingetragenen Änderungen zu vergewissern. Daraus durfte mit Sicherheit hervorgehen, daß der wesentliche Teil der Kaisermandat im Vogelsberg stattfindet.

ht. Frankfurt a. M., 3. März. Der Hausmeister Schröth aus Egelsbach, der sich wegen Blutschande seit Sonntag im biesigen Untersuchungsgefängnis befindet, hat sich gestellt er hängt. Ein Fristgeurteile aus Mainz sollte gestern von der biesigen Polizei wegen eines in Mainz begangenen Brilliantentdiebstahls verhängt werden. Als die Schauspieler des Fristgeurteils in dem er gegenwärtig tätig ist, betreten, richtete der junge Mann einen Schuß gegen sich und töte sich durch einen Schuß in die Schläfe.

Letzte Drahtberichte.

Aus der Militärstrafrechtskommission.

s. Berlin, 3. März. (Sig. Drahtbericht) Die Reichsstrafkommission zur Änderung des Militärstrafrechtsbuches trat heute ohne eine allgemeine Besprechung in die Beratung der eingestellten vorgeschlagenen Änderungen ein. Die Vorschläge der Regierung betreffend die Einführung von milden

den Mittständen, wurden unter Ablehnung weitergehender fortschrittlicher und sozialdemokratischer Anträge angenommen. Einen Antrag der Fortschritter, daß die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen nur für die Dauer der Kontrollversammlungen dem Militärrichtergriff unterstehen sollen, bezeichnete der Kriegsminister als unannehmbar. Die Stellung der Leute unter die Militärgefechte für den ganzen Tag forderte die militärische Disziplin. Eine Neuregelung der Vorgesetztenverhältnisse für diesen Tag wird aber erwogen. Die ganze Frage gehöre gar nicht ins Strafgesetzbuch, sondern in das Reichsmilitärgesetzbuch. Ein Fortschritter trat diesen Ausführungen entgegen und empfahl zum mindesten die Annahme eines Eventualantrags, der die Geltung für den ganzen Tag auf solche Paragraphen beschränkt, die den geregelten Dienstbetrieb der Kontrollversammlungen gewährleisten (Achtungserleichterung, Beleidigung, fälschlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten). Darauf verlegte sich die Kommission auf Dienstag.

Zu der Offiziersburschentragödie von Neisse.

XX Breslau, 3. März. (Eig. Drahtbericht) Nach einer Mittilang der „Bresl. Bsp.“ hat General Voeh, der, wie gemeldet, lässig von seinen beiden Burschen niedergeschlagen wurde, durch schlechte Behandlung die beiden Altenländer selbst in großer Erregung versetzt. Nach dem Blatte ging der General zu den beiden Burschen, um sie mit der Rechtschafftetheit zu wedeln, während eine Kammerzofe die schlafenden Soldaten mit einem Kübel kaltem Wassers übergießen mußte. Erst nachdem dies geschehen, schlugen die Burschen den General nieder. Sie hatten am Abend zuvor die Generalswohnung aufzuräumen müssen, nachdem um 1 Uhr eine Gesellschaft beendet war.

Eine Zentrumsanfrage im Reichstag.

wh. Berlin, 3. März. Im Reichstag ist vom Abgeordneten Erzberger folgende Anfrage eingekommen: Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, aus welchen Ursachen die beiden Burschen des Generalmajors Voeh in Neisse Selbstmord verübt haben? Welches Resultat ergab die ärztliche Untersuchung der Leichen der Getöteten? Warum fand die Beerdigung nicht in der Heimat der Soldaten statt? Wieviel Burschen hat Generalmajor Voeh seit Oktober 1913 gehabt?

Der Bischof von Osnabrück †.

△ Osnabrück, 3. März. (Eig. Drahtbericht) Der Bischof von Osnabrück, Dr. Hubertus Voeh, ist heute morgen 6.35 Uhr im 73. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene war geboren am 25. Oktober 1841 zu Warden i. W. als Sohn eines Uhrmachers, studierte in Münster Theologie, trat in das Kollegium vorzutragen, dann in das Priesterseminar ein und empfing 1866 die Priesterweihe. 1866 wurde er Kooperator in Wefel, 1877 Domvater in Münster, 1885 Pfarrer in Rheine, 1891 Regens des Priesterseminars, 1892 Domkapitular und Geistlicher Rat in Münster und als Nachfolger Höplings 1899 Bischof von Osnabrück.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht) An der schwächeren und lustlosen Haltung der Börse hat sich nichts geändert. Die Unternehmungslust wagt sich nicht hervor. Man legt sich nach wie vor große Reserve auf. Die Spekulation wurde hierin bestärkt durch die politischen Besorgnisse, die durch einen Artikel der „Kölner Zeitung“ über die russischen Rüstungen hervorgerufen wurden. Auch der weniger befriedigende Reichsbankausweis blieb nicht ohne Einfluß auf die Kursgestaltung. Die vorhergehende Realisationsneigung fußte zum Teil auch auf die gestrige Schwäche der Londoner Börse, ebenso aber auch auf die Mattigkeit New Yorks. Der Montanmarkt brachte im allgemeinen niedrigere Kurse. Auf Schifffahrtswerte wirkte die Nachricht aus Budapest ungünstig, daß die Regierung die Errichtung einer selbständigen Schiffahrtslinie Fiume-Triest beabsichtigte. Elektrizitätswerte stärker gedrückt. Banken gefeiert Amerikanische Bahnen auf New York nachgebend. Der 0.20 Proz. betragende Verlust der Sproz. Reichsbank-Aktie verschwand. Später waren Schwankungen an der Tagesordnung. Tägliches Geld 4½ Proz., vorbörslich 4 Proz. Privatdiskont 3½ Proz. (gestern 3¾ Proz.).

Frankfurter Börse.

— Frankfurt a. M., 3. März. (Eig. Drahtbericht) Die Aussinnung der Börse war bei Eröffnung ruhig. Der Ausweis der Reichsbank brachte, wie nicht anders zu erwarten war, eine größere Anspannung. Am Geldmarkt zeigte sich zwar immer noch Angebot, doch ist ein Anziehen loslassen zu bemerken, was auf die Einzahlung der neuen Emisionen zurückzuführen ist. Der New Yorker Markt hinterließ ein lustloses Aussehen. Dasselbe gilt auch von den übrigen auswärtigen Börsen. Neuerliche Bedenken, betreffend Verwicklungen in Mexiko, gaben schließlich auch noch den Anlaß zur reservierten Haltung. Am Montanmarkt trat eine mäßige Abschwächung ein. Die führenden Werte waren angehoben. Bankaktien zeigten nur geringe Kursveränderungen. Die Umsätze im Bahnen waren bescheiden. Lombarden bewirkt Baltimore-Ohio abgeschwächt. In Schifffahrtsaktien wurden Lombarden angeboten. Von Elektrizitätswerten neigten diese auf Realisationen nach unten. Heimische Renten bewirkt Mexikaner schwach. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung überwiegend behauptet. Die Börse chloß behauptet. Privatdiskont 3½ Proz. (wie gestern).

Vorschußverein zu Wiesbaden.

In der gestern stattgehabten Bilanzsitzung hat der Vorstand dem Aufsichtsrat einen eingehenden Bericht über die nahmen und Ausgaben für das Geschäftsjahr 1913 und den wirtschaftsstand am Ende des Jahres 1913 erstattet. Die Bruttoanzahl beträgt 29.751.473 M. (i. V. 28.649.126 M.), der der Generalversammlung zur Verfügung stehende Reinogewinn 16.647 M. (i. V. 814.844 M.). Die Vorschläge des Vorstandes und Aufsichtsrates über die Verwendung des Reinogewinns gehen dahin, 10 Proz. mit 38.666 M. dem ordentlichen Reservefonds, 88.715 M. dem Spezialreservefonds, 16.000 M. dem Ruhegehaltsreservefonds zuzuwenden, 18.266 M. auf das Geschäftshaus, 2908 M. vom Mobilienkonto, um messe auf 1 M. zu stellen, abzuschreiben. Nach diesen reichlichen Rückstellungen, die der allgemeine Wirtschaftsstand voll und ganz bestätigen, wird die Dividende auf 5% Proz. bemessen — 226.493 M. Höhe des Geschäftsguthabens 500 M. dividenberechtigtes Kapital 4.118.050 M. Ferner sollen die üblichen Zuweisungen an den Lokalgewerbeverein mit 1000 M.

Das Beinden des Kardinals Kopp.

wh. Treppen, 3. März. Heute früh wurde folgender Krankheitsbericht über das Beinden des Fürstbischöfs Dr. Kopp ausgegeben: Der Kardinal verbrachte den Rest des gestrigen Tages und die Nacht in tiefer Bewußtlosigkeit, ohne Schmerzempfindung. Die Nahrungsaufnahme ist nicht mehr möglich. Der Kritis Zustand und die Herzgängigkeit lassen langsam nach.

Eine Duellintervention des Zentrums.

Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht) Die Zentrumsfaktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebrochen: Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß es zwischen dem Lieutenant v. Waller St. George vom Infanterie-Regiment Nr. 98 in May und dem in seiner Familienehre schwer gebräkten Lieutenant Haage von demselben Regiment zu einer Herausforderung zum Zweikampf gekommen ist unter Bedingungen, welche auf die Tötung des Gegners abzielen, daß der zuständige Ehrentat auf diese Herausforderung zum Zweikampf entschieden hat, er sei außerstande einen Ausgleich vorzuschlagen, daß dieser Entscheidung des Ehrentats gemäß der Zweikampf am 20. Februar in der Nähe von May stattgefunden hat und daß hierbei der beleidigte Lieutenant Haage von Lieutenant v. Waller-St. George erschossen worden ist? Hält der Herr Reichsanwalt die Behandlung des Falles in der Ehrenrat mit Besitz und Recht für vereinbar und welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichsanwalt zu ergreifen, um dem Zweikampf im Heere wirksam entgegenzutreten?

Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.

S. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht) Die Fortschrittliche Volkspartei wird scheinbarlich in diesem Herbst die Delegierten aller Parteiorganisationen im Deutschen Reich zum dritten Parteitag zusammenzuufen. (Der erste konstituierende hat bekanntlich am 16. März 1910 in Berlin, der zweite vom 5. bis 7. Oktober 1912 in Mannheim stattgefunden.) Als Ort des diesjährigen Parteitages ist, wie wir hören, Danzig in Aussicht genommen, doch werden definitive Bestimmungen darüber ebenso wie über den Zeitpunkt in der Parteiausschusssitzung am 3. Mai getroffen werden.

Ein Chemist am montenegrinischen Königshof.

XX Belgrad, 3. März. (Eig. Drahtbericht) Wie hier mit Bestimmtheit verlautet, steht die Prinzessin Natalie, die Frau des Prinzen Mirko von Montenegro, die Scheidung von ihrem Mann an. Die 21jährige Prinzessin ist eine Tochter des früheren serbischen Obersten Konstantinowitsch, eines nahen Verwandten des ermordeten Königs Alexander. Prinz Mirko, der im 34. Lebensjahr steht, hat wiederholt durch seine Liebesaffären von sich reden gemacht.

Deutsche Vorstellungen beim Baillan.

O Rom, 2. März. (Eig. Drahtbericht) Der preußische Gesandte v. Mühlberg hatte am vergangenen Sonntag eine längere Unterredung mit dem päpstlichen Staatssekretär Kardinal Meray del Val. Der Gesandte wußt in der Unterredung in nicht mißhafter Weise darauf hin, daß es ein völlig abnormaler Zustand sei, daß Deutschland, das 25 Millionen Katholiken zählt, nur einen einzigen Kardinal besitzt. Seit dem Tode des Kardinals Fischer von Köln ist Kardinal Kopp der einzige Vertreter Deutschlands im Kardinalskollegium.

an den Volksbildungsverein mit 500 M. und an den Kaufmännischen Verein für Vortragszwecke mit 100 M. auch in diesem Jahre erfolgen. Die Generalversammlung findet am Freitag, den 13. März 1914, abends 8½ Uhr, im Saale des Turnvereins Wiesbaden, Helmundstraße 25, statt.

Banken und Geldmarkt.

= Reichsbankausweis. Nach dem unten folgenden Wechlausweis hat das Institut neuerdings eine Anspannung erfahren, so daß die steuerfreie Notenreserve von 591.216.000 auf 282.215.000 M. zurückging. Immerhin aber ist der Stand bedeutend günstiger als um die gleiche Vorjahrszeit, wo die Notenreserve nur 150.011.000 M. betrug.

Wochen-Ausweis vom 28. Februar:

Aktiva (in Mk. 1000)	1914 gegen die Vorwoche
Metall-Bestand	1.611.453 — 56.377
darunter Gold	1.292.574 — 44.747
Reichs-Kassen-Scheine	63.427 — 12.809
Noten anderer Banken	11.332 — 20.517
Wechselbestand	879.722 + 79.338
Lombard-Darlehen	120.884 + 62.275
Effekten-Bestand	276.825 + 19.336
Sonstige Aktiva	215.862 + 16.428
Passiva (in Mk. 1000)	
Grund-Kapital	180.000 (unver.)
Reserve-Fonds	70.048 (unver.)
Noten-Umlauf	1.943.997 + 219.298
Depositen	905.037 — 131.625
Sonstige Passiva	70.423 + 0.001

w. 4½ prozent. Budapester Anleihe. Berlin, 2. März. Ein von der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, der Dresden Bank in Berlin, dem Bankhaus Morgan, Grenfell u. Co. in London geführtes Konsortium haben (wie bereits angekündigt) eine 4½ prozent., in 50 Jahren al pari amortisierbare Anleihe der Haupt- und Residenzstadt Budapest im Betrage von nom. 150 Millionen Kronen übernommen, deren Erlös ausschließlich zu Investitionen bzw. zur Rückzahlung der für Investitionen im vorigen Jahre seitens des Staates begebenen 65 Mill. Kr. einjähriger Schatzscheine bestimmt ist. Die Anleihe ist auf Kronen, Mark, Pfund Sterling, Franken und Holländische Gulden. Die Anleihe wird in den Ländern der beteiligten Banken gleichzeitig am 12. März d. J. zum Preis von ca. 89 Proz. zur Subskription aufgelegt werden. Von der Anleihe dürfte ungefähr die Hälfte auf den deutschen Markt entfallen. An den aus der Anleihe zu bestreitenden Investitionen sind deutsche Industriefirmen mit ansehnlichen Beträgen beteiligt.

Berg- und Hüttenwesen

* Phoenix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Die bereits in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte von einer bevorstehenden Geldbeschaffung der Gesellschaft verzwecken sich dahin, daß die Ausgabe einer großen Obligationen an die befreite.

w. Die Deutsch-Ostpreußische Bergwerksgesellschaft wird nach Vornahme angemessener Abschreibungen eine Dividende von 12 Proz. (i. V. 11 Proz.) zur Verteilung bringen.

w. Die Kattwitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb hat mit Rücksicht auf die Streikausfälle in den Monaten April und Mai 1913 und den Rückgang in der Konjunktur eine Dividende von etwa 18 Proz. bei den in der Gesellschaft üblichen reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen für das Geschäftsjahr 1913/14 in Aussicht genommen. Die vorstehende Veröffentlichung im Laufe des vierten Quartals des Geschäftsjahrs erfolgt nur, um den manigfältigen, in letzter Zeit aufgetretenen unrichtigen Gerüchten über die Dividende der Gesellschaft für das laufende Geschäftsjahr entgegenzutreten.

Abend-Ausgabe, 1. Blatt.

wb. Braunschweig, 3. März. Der hiesige Kapellmeister Karl Polig, der frühere Leiter der Stuttgarter Hoffkapelle, ist vom 1. September an zum herzoglichen Hofkapellmeister und Leiter der Hoffkapelle ernannt worden.

wb. Wilhelmshaven, 3. März. Das Fischereischiffboot „S. 102“ schleppte am Sonntagnachmittag den bei Helgoland auf Grund geratenen griechischen Dampfer „Ortlos Maritos“ bei und lotete ihn nach der Elbe.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

3. März. 8 Uhr vormittags.

1= leicht, 2= leise, 3= schwach, 4= rasch, 5= frisch, 6= stark.
7= stet, 8= sturmisch, 9= Sturm, 10= starker Sturm.

Beobachtungs-Station	Windrichtung-Nord-Süd	Wetter	Thermometer	Beobachtungs-Station	Windrichtung-Nord-Süd	Wetter
Borkum	758.6	SW 3	wolkig	Sollt.	768.9 NW 0	wolkig
Swinemünde	758.5	SW 3	halbdunkel	Aberdeen	760.6 NW 3	heiter
Kiel	758.4	SW 2	wolkig	Paris	761.3 SW 3	wolkig
Aachen	758.3	SW 2	bedeckt	Vienna	761.8 SW 3	bedeckt
Hannover	758.2	SW 4	wolkig	Christiansburg	762.3 SW 2	bedeckt
Berlin	758.1	W 2	bedeckt	St. Petersburg	761.5 SW 5	wolkig
Dresden	758.0	S 5	bedeckt	Copenhagen	762.4 NW 2	Nebel
Brest	757.9	NW 2	+	Stockholm	763.5 SW 2	heiter
Metz	757.8	NW 2	+	Riga	764.5 NW 2	+
Frankfurt	757.7	SW 2	wolkig	Paris	765.1 NW 1	bedeckt
Karlsruhe	757.6	SW 2	wolkig	Warschau	765.7 NW 1	bedeckt
Würzburg	757.5	SW 2	wolkig	London	766.3 NW 1	bedeckt
Würzburg	757.4	SW 2	wolkig	Vienna	766.8 NW 2	Regen
Ulm	757.3	SW 2	wolkig	London	767.4 SW 1	bedeckt
Ulm	757.2	NW 3	+	Toronto	768.4 NO 1	+
Zugspitze	757.1	NW 3	+	Oslo	769.1 NW 2	Regen
Valladolid	757.0	N 6	+	Oslo	769.6 NW 2	Regen
Valladolid	756.9	N 6	+	Oslo	770.1 NW 2	Regen

Kursberichte vom 3. März 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %	Div.	In %	
9½	Berliner Handelsges.	162.50	12	Rheinische Stahlw.	163.
9	Commerc. u. Disc.-B.	113.30	10	Kiebeck Montan	166.75
6½	Darmstädter Bank	123.20		Rombacher Hüttenw.	163.50
12½	Deutsche Bank	258.0		Wittener Stahlrohren	132.
6	D. Eff. u. Wechsel	118.75		Chemische Werke.	
10	Discounto-Commandit	187.10	30	Albert, Chem. W.	460.
8½	Dresdner Bank	158.	25	Bad. Anilin u. Soda	647.25
7	Meininger Hyp.-Bank	138.	14	Griesheim Elektron	267.80
6½	Mitteld. Creditbank	124.25	10	Höchster Farbwerke	657.
7	Nationalb. I. Deutsch.	117.10	15	Milch & Co.	272.
10½	Oesterr. Kreditanst.	-	12	Röhrigwerke	203.50
13	Potsdabg. Intern. Bk	209.50	14	Aug. Wegelin	217.25
5.88	Reichsbank	138.90			
5	Schaafch. Bankverein	105.75			
	Bahnen und Schiffahrt.				
9½	Canada-Pacific	213.10			
6	Baltimore und Ohio	-			
6	Deutsche E.-Betr.-O.	119.25			
9	Hamb.-Am. Paketf.	143.10			
15	Hansa-Dam.-Schiff.	296.10			
5½	Niederwaldbahn	17.80			
5	Nordd. Lloyd	125.50			
7	Oesterr.-Ung. Staatsb.	-			
6	Oesterr. Südb. (Lomb.)	22.20			
7	Orient. P.-Betr.-O.	-			
6	Pennsylvania	-			
6½	Sädd. Eisenbahn-O.	129.75			
6½	Schantung-Eisenb.	150.75			
	Brauereien,				
15	Schultheiss	1967.			
10	Leipz. Bierbr. Riebeck	172.			
6	Wiesbad. Kronenbr.	11.			
	Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.				
20	Beton- und Monierbau	167.			
23	Deutsche Erdöl-Ges.	247.25			
5	Gebhardts & König	238.			
6	Neue Boden-A.-G.	90.			
	Bergwerks-Unternehmungen.				
13	Aumetz Friede	167.			
14	Baroper Walzwerk	194.			
14	Bochumer Gußstahl	225.30			
7	Buderus Eisenwerke	113.			
16	Concordia Bergbau	345.75			
11	Deutsch-Luxemb. B.	142.10			
20	Donnermarkshütte	398.			
12	Eisenwerk Kraft	190.50			
18	Eisengärtn. Thale	297.50			
8	Eschw. Bergwerksv.	221.70			
15	Oelsweder Eisenwerk	159.			
10	Geisenh. Bergwerk	198.			
8	Harpener Bergbau	188.			
22	Höchst Eisen u. Stahl	3.4.			
8	Ihle Bergbau	501.50			
4	Königs.-u. Laurahütte	160.90			
10	Lauchhammer kön.	185.			
9½	Leopn.-Braunkohlen	156.25			
15	Mannesm.-Röhrenw.	205.75			
12	Mühl. Bergwerk	174.80			
11	Oberschl. Kokaw.	241.90			
12	Phoenix-Berg. v. Höll.	243.75			
12	Phoenix-Nass. Retzow	230.			
	Verschiedenes.				
6	Adler Portl.-Cement	117.25			
25	D. Wall. - u. Man.-P.	592.			
9	Linden Eisenschmiede	131.50			
10	Markt- und Kühlhallen	96.25			
10	Nobel-Dynam.-Trust	178.00			
10	Porzellanfabr. Kahla	335.75			
10	Rositzer Zuckerraff.	128.10			
24	Spiritaal., A.-G.	447.			
18	Ver. Köln-Rottweiler	337.10			
	South Westafrica Co.	117.10			
	Türkisches	169.			

Frankfurter Börse.

Stata Papier-

Zt.	Staats-Papiere.	In %	Zt.	In %	
	o) Deutsche.	In %			
1.	D. R. Schatz-Anw.	100.	4/2	Chile Gold-Anl. v. 06 J.	92.60
1.	D. R. Anl. unk. 1935	90.20	5.	Chin. St.-Anl. v. 1895 J.	-
1/2	D. Reichs-Anleihe	86.70	5.	Chin. St.-Anl. v. 1896 J.	98.20
3.	do.	77.80	4/2	do.	1896 J.
6.	Pr. Konz. unk. 1918	98.50	5.	do. St. E. B.v. 31 Hk.	81.
6.	Pr. Schatz-Anw. 1917	99.10	5.	do. St. E. Pient.-Psk.	91.
3/2	Preuss. Konzols	86.75	5.	CubaSt. A. 04 stf. I.G.	100.00
3.	do.	77.65	5.	do. stf. I.G. tgh. ab 1919	94.70
4.	Bad. Anleihe 1913	86.90	5.	Japan. Anl. S. II	91.60
4.	do. von 1913	97.80	4.	do. v. 1905 S. 12. - 19 J.	-
2/2	do. Anl. (abg.)	92.25	5.	Morokko von 1910	101.00
3/2	do. von 1892 u. 1894	90.	5.	Mex. am inn. i-V Pes.	61.40
3/2	do. A. 1902 uk. b. 1910	86.30	5.	do. coas. aus. 09 stf. S.	-
2.	do. 1904 unk. b. 1912	88.60	4.	do. Gold v. 1903 ab 19 J.	68.
2.	do. von 1895	-	3.	do. cons. ins. 50000 Pes.	-
4.	Bayr. E.-B.-A. unk. 00	97.	5.	Tamasi. (25) mera. Z.	65.
4.	do. E. u. A. Anl. unk. 1938	97.	5.	Sao Paulo v. 08 J. O.	90.
3/2	do. E.-B. u. A. A.	85.10	5.	do. E.-B. in Gold	96.50
2.	E.-B.-B. Anleihe	75.70			
1.	do. Pfalz. E.-B. Prior.	97.10			
1.	Elsass-Lotthr. Renten	76.75			
1.	Hamb-St. A. 1900 unk. 09	97.20			
2/2	do. R. 87. 91. 03. 00. 04	88.50			
1.	do.	97.90			
4.	Or. Hess. 1899	97.75			
1.	do. unk. b. 1921	97.80			
3/2	do. (abg.)	84.75			
3.	do.	74.00			
3.	Sachsische Rente	76.75			
1.	Waldeke-Fyrn. abg.	80.			
4.	Württemb. unk. 1915	97.00			
3/2	do. 1865-95	86.70			
5.	do.	84.00			
5.	do.	84.00			

Digitized by srujanika@gmail.com

			Provinzial- u. Kommunal	Zt.	Obligationen	In %
1.	do. E.-B. B. A. A.	75.70				
1.	do. E.-B. Anteile	97.10				
1.	do. Pfds. E. B. Prio.	76.75				
1.	Elasso-Lohr. Reste	76.75				
1.	Hamb.-St.-A. 1900 u. 09	97.20	3½		Rheinpf. 20, 21, 31-34	96.20
1/2	do. R. 87, 91, 93, 04, 04	88.50	3½	do.	22 u. 23	93.80
1.	do. 86, 97, 02	98.80	3½	do.	30	89.60
1.	do. 87, 75	97.75	3½	do.	10, 12-16, 19, 24, 29	86.30
1.	do. unk. v. 1921	97.80	3	do.	18	84.30
1/2	do. (abg.)	84.75	4	do.	9, 11, 14	83.30
1.	do.	74.90	4	Pr. Oberhess. ant. 17	90	
1.	Sächsische Rente	76.75	4	Fktl. a. M. v. 08.04. 14	96.70	
1/2	Waldeck-Pyrm. abg.	80.	4	do. v. 1910 unt. 1920	96.50	
1.	Württemb. unk. 1915	97.80	3½	do. v. 1911 unt. 1922	96.80	
1/2	do. 1885-95	88.70	3½	do. Lit. N. o. Q (abg.)	97	
1/2	do. 1903	84.00	3½	do. Lit. R (abg.)	92.90	
1.	do. 1896	77.40	3½	do. Lit. S von 1888	89.50	
b) Ausländische				do. W. v. 98 u. 09	92	
L. Europäische				do. Str.-B. v. 1899	89.50	
1.	Belgische Rente Fr.	77.	3½	do. v. 1901 Abt. I	89	
1.	Bulg. Tabak v. 1902	—	3½	do. II, III	89	
1.	Französ. Rente Fr.	87.	3½	do. 1903	—	
1/2	Griech. E.-B. str. 90 Fr.	—	3½	do. 1904 I, II	88.25	
1/2	do. Mon.-Anl. v. 87	—	3½	do. v. Bockenheim	—	
1.	do. 87 2500r	—	3½	Berlin von 1880-92	—	
1.	Möllard. Anl. v. 96 B.	77.40	4	Darmstadt v. 09 u. 18	85	
1.	Ital. amort. 99,5 J. o. 4 La	—	3½	do. v. 05 ab. an 1910	—	
1/2	cons. strf. Rte. 1. G.	—	4	Quellen v. 1907a. 1917	94	
1.	do. Hente L. G.	—	3½	do. v. 03 unk. b. 08	—	
1.	Ost. Papierrente ö. B.	—	4	Homb. v. H. K. 1880 u. 99	—	
1.	do. Quadrante ö. fl. Q.	80.	3½	Köln von 1900 u. 06	86	
1.	do. Silberrente ö. B.	87.40	3½	Lümburg (abg.)	93	
1.	do. einheitl. Rte. ev. Kr.	83.05	3½	Mainz 1907 u. 1915	95	
1.	do. Statis.-Rte. 2000	84.10	4	do. (abg.) 05 unk. b. 15	—	
1.	do. 20,000*	—	3½	Mannh. 1912 unk. 17	86.20	
1.	Portug. Tah.-Anl.	—	4	do. 1904-1905	97.80	
1.	do. unk. 1902 S. III	85.	4	München v. 12 unk. 42	95.20	
1.	do. 5. III (Spec.)	9,60	4	Nürnberg v. 12 unk. 47	95.20	
1.	Rum. amort. Rte.v. 03	—	4	Wiesbaden v. 1900-01	—	
1.	do. Rov. v. 1890	94.	4	do. v. 1903 unk. 1916	—	
1.	Rom. Konz. v. 1891	87.50	4	Wiesbaden 1903, S. I.	96.20	
1/2	do. amort. Rte.v. 1895	—	4	do. 1908, S. II, v. 1910	—	
1/2	Muss. Staatsanleihs. 05	88.95	3½	do. 1912, S. II, o. 22	95.20	
1.	do. Konz.-Anl.v. 1880	87.75	3½	do. (abg.)	—	
1.	do. Gold. do. v. 1889	—	3½	do. v. 1887, 98, 98, 02	—	
1.	do. E. B. 3-11.11.00	—	4	do. v. 1903 S. I, l. 1	—	
1.	do. S.-R. v. 1903 strf.	90.60	4	Worms v. 1901 u. 07	95.10	
1.	do. Kosy. A.v. 98 strf.	—	4	Christiansia von 1894	—	
1/2	do. Goldand. 94 strf.	79.05	3½	Kopenhagen v. 01.11	—	
1.	do. 1896 strf.	—	3½	do. von 1896	87	
1/2	Serb. strf. Gold	87.90	5	Nesapl. st. gar. Lire	94.50	
1.	do. amort. v. 1895	79.50	5	Stockholm v. 1890	—	
1.	Turk-Eg. Bagd. S. I	79.50	5	St. Ocua.-Atr. 1892 Pes.	101.50	
1.	do. Anl. von 1908	78.10	4½	do. 1900 I. o. (400) LL	98	
1.	Turk Anl. von 1908	78.10	4½	do. v. 88 L. O.	—	
1.	do. 1911	78.25	5			
1.	do. 1912	—	5			

Div. Bank-Aktien.

Ung. St.-R. 1913 *	50,90	Vorl. Lebt.	In %
do. 1910 *	52,35	9. 8/4 A. Deutsch. Creditanst. 159,70	
do. St.-R. v. 97 stf. Kr.	72,60	9 1/4 A. Elasch. Bankges. 1. S.	
do. Eis. Tor Gold *	71,90	7. Badische Bank R. 137,20	
II. Ausserordentliche		10. 10. B.t.s. Untern.Zur. 105,50	
Arg. 1909 u. 1912 Pes.	98,10	4. 1. do. Bod.-C.A. W. * 166,50	
do. 1909 tgl. ab 1910 *	97,75	8. Banco Pinzgau. s. B. 150,	
do. diese E.-B.I.O. 90,88	99,60	130/4. do. Hyp. u. Wechs. * 314,70	
do. immer von 1888 *	-	60/4. Barmer Bank-V. 118,30	
do. aus G.-Anl. 1897 *	-	7. 7v. Berg. Märk. Bank. *	
Castile-Anl. von 1911 *	98,10	9/4 Waller. Handelsg. *	
		138 * 163,62	

Vorl. Letzt.	In %	Vorl. Letzt.	In %	ZI.	In %	ZI.	In %
6/1 6/1 B.Hyp.-B.L.A.B. 6	-	9. - 6 Wagen Fuchs	138,30	4. r. Hyp.- u. W.-Bk. 6	97.	3/1 Rh.-Wer. 2. S. 2. 4 u. 6	94,50
6.. 6.. Commer. B. 100	-	14. 22 Nagpt.-Pr. O. Nob.	405.	4/1 do. 90,10	90,10	4/1 Säld. B-C. 31/32, 34, 43	90,40
6/2 Ult. 112,75	-	9/10 Olbr. Ver. D.	175,60	4/1 do. Bd.-C.-A., Wshg.	93.	3/1 do. bis inkl. S. 52	88.
6/2 6/2 Darmstädter Bk.	123.	3. 3 Porzellan Wessel	52.	3/1 do. S. 1. 36. 20, 21	83.	4. Wendt. Bod. Köln. S. 7	94.
6/2 Ult. 123,37	-	12. 10 Presh. Spirit. zbg.	385.	4. Nürnb. V-B. 5. 12. 20, 21	96,50	4. do. S. 8	84.
12/1 12/2 Deutsche B. S. 1-X	259.	8. 8 Pulvert. Pl. St. J.	128,50	4. do. S. 30 u. 39 u. 20, 21	96,20	3/1 do. S. 3 u. 4	86.
Ult. 259,25	-	12. 12 Schriftgiess. Stemp.	207.	4/1 do. 84,50	85,75	3/1 do. S. 9	85,75
5. 5. do. Asiat. H. Taels	125,50	7. 8. Schulz. Vr. Fränk.	126.	4/1 Berliner Hypothekenb.	100.	4. Württ. H.-B. Em. b. 92	95,10
6. 6. do. Eff. u. W. Thl.	118,80	10. 11. " V. Fulda	157,80	6. do. 92,50	92,50	3/1 do. 3/1 do.	86,60
7. 7. Deutsch. Hyp.-B.	130.	8. 8. " Frankl. Herz	120,75	4/1 do. 83,50	83,50	4. Württ. Kreditv. sk. 20	96.
6/1 Dt. Natlb. in Brem.	119.	7. 7. Seelind. (Wohl)	118.	4. Braun. Han. Hyp. 21n. 21	84,80	3/1 do. 12	86.
9. 9. do. Überseebank	180,20	12/1 15. Spiel. Eisenb. u. Bchb.	213,50	4. do. 94,60	94,60	4. Württ. Vereinab. 20	96,40
6. 6. do. Ver.-Bank	122.	14. 15. Glasind. Siemens	-	3/1 do. 85,50	85,50	3/1 do. 15	86,50
10. 10. Disconto-Ges.	196,75	9. 10. Stesua Romans	151.	4. D.Gr.-Cr. Geitha. 86,7	94,75		
Ult. 197,37	-	8/1 8/1 Spelm. Tric. Bes.	168,50	4/1 do. 5. 19 uk. 1921	95,60		
5/1 5/1 Dresdner Bank	158,10	5. 8. Westd. Jute	137,80	3/1 do. rückg. 110	101,50		
Ult. 158,50	-	9. 10. D. Verlage-Amt.	169,50	3/1 do. " 5. 1. 3	88.		
7/1 7/1 Eisenbahnbank	160.	15. 15. Zeit. Fahr. Waldh.	226,75	4. D. Hyp. B. Berlin S. 10	94.		
10. 10. Eisenbahn-R.-Bk.	184.	23. 25. Zuckerfab. Freiburg	401,80	4. do. S. 14. uk. 1914	92,50		
9. 9. Frankfurter Bank	200,80	4. do. 5. 22 n. 23 uk. 21	96.	4. do. S. 21. 1915	95,50		
9/2 9/2 do. H.-Bk.	216,80	3/1 do. 13 u. 13n uk. 13	88.	4. do. S. 25 n. 1922	97,50		
8. 8. do. Hyp. C.-V.	161,90	3/1 do. händls. ab 1905	84,25	3/1 do. S. 21	97		
9. 9. OeobaerG.-C.-R.Thl.	112,80	4. Prkf. Hyp.-B. Ser. 14	95.	4. Nass. L.-B. L.-V. u. W. 15	90.		
8. Lux. Intern. Bankfr.	152.	4. do. S. 20 uk. 1915	96.	6. do. Lit. Z. ex. 20	99.		
7. 7/2 Metallb. u. Met.-O.-A. 135.	86.	4. do. Ser. 21 uk. 20	96,50	3/1 do. Lit. U. A. X	96.		
5/4 4/3 Mitteld. Bdkr. Gr.	86.	4. do. S. 16 u. 17	98.	3/1 do. Lit. J.	91,50		
7. 7. Mitteld. Kreditb.	124.	3/1 do. S. 12, 13, 15 u. 19	88,60	3/1 do. F. G. H. K. L.	91,50		
7. 7. Mitteld. Priv. Mgd.	194,50	3/1 do. Kom. Ob. 5. 1	86,50	3/1 do. M. N. P. Q.	91,50		
6/2 7. Natlhk. I. Disch.	117,50	4. do. Hyp.-Kred.-V.S. 15-19	94.	3/1 do. Lit. R. S.	91,50		
11. 12. Nürnb. Versmash.	261.	21-27. 31. 34-42	94.	3/1 do. Lit. T.	91,50		
7/1 7/1 Ost. Ungar. Bk. Kr.	140,50	4. do. S. 43 uk. 1913	96,50	3/1 do. Lit. O.	88.		
7. 7. Ost. Ländern.	128.	4. do. S. 46. kdb. 68	94,50				
10% 10% do. Cred.-A. & IL 207.	207.	4. do. S. 48 uk. 1917	95,50				
Ult. 8. R. 207.	-	4. do. S. 51 uk. 1920	95,50				
7. 7. Pfila. Bank	128,50	4. do. S. 52 uk. 1921	96.				
9. 9. do. Hypot.-Bank	185,50	4. do. S. 44 uk. 1913	88,50				
8. 8. Preuss. C.-C.-B. Thl.	156,20	3/1 do. S. 28-30 u. 32	86.				
6. 6. do. Hyp.-A.-B.	120,30	4/1 Land. Credit. Fkt. u. 17	82				
5/4 6/4 Reichsbank	138,80	4. do. unkts. 1907	82.				
7. 7. Rhein. Credit.-B.	123.	4. do. Hamb. B. S. 141-170	94,50				
8. 8. do. Hypot.-Bank	189,25	4. do. 171/548 uk. 1950	95.				
7. 7. Rh. Westf. Disc.-G.	119.	4. do. 341/640 uk. 1918	88,50				
5. 5. Schaffth. Bankver.	106.	4. do. 641/650 u. 1921	88,50				
6. 6. Sfid. Diaconto-G.	117.	3/1 do. S. 1-190, 301-330	85,50				
8. 8/1 do. Bodenkr. B.	187.	4/1 Meckl. Hyp. 5. 1	110.				
5/2 5/2 Schwarz. Hyp.-B.	105.	3/1 do. S. 2. u. 3	88,30				
7/2 7/2 Wiener Bank-V.	140,50	4. do. Mein. Hyp. B. S. 2,6 u. 7	94,50				
7. 7. Württig. Bankanst.	141,90	4. do. S. 3. u. 9. 11	94,50				
5/4 6. do. Notenb. s.	122,10	4. do. S. 11. 1916	94,50				
7. 7. do. Vereinabk. B.	160,50	4. do. S. 12. 1917	94,50				
9. 9. Banque Ottomane Pr.	126.	4. do. S. 13. 1918	94,70				
		4. do. S. 14. 1919	94,80				
		4. do. S. 15. 1921	95,40				
		4. do. S. 17. 1922	95,50				
		3/1 do. kb. ab 05 u. 07	86.				
		3/1 do. Ser. 10	85,50				

Deutsche Kolonial-Oes.

Diverse Obligation

Table 20.

Bayr. E.-B. A. sk. 06	97.	1. do. E.-B. in Gold	A	96.50	25. 25. do. N.-B. Gold	B	96.50	do. Bie, Silb. Bräub.	82.	Pr.-Obligat. v. Transp.-Anst	do. [abg.]	92.20
do. E.-B. A. Anl. 1928	97.				26. 30. do. D. Gold, M.-Sch.	C	92.50	do. D. Gold, M.-Sch.	62.0	Zt. a) Deutsche	do. [abg.]	94.30
do. E.-B. A. A. A.	85.10				27. 12. do. Pk. Gernsch.-H.	D	914.20	do. Allg. D. Kleinb. abg.	74.70	18.4%	do. [abg.]	94.30
do. E.-B.-Anteile	75.70				28. 14. do. Fahr. Odgb.	E	240.25	do. Allg. Lok.-u. Str.-B. 98.	97.	1. do. v. 04 uk. 13.	v. 04 uk. 13.	93.50
L. do. Pfarr. E.-B. Prio.	97.10				29. 14. do. F. Ortsch. D.	F	266.	do. Bad. A.-G. I. Schiff.	—	2. do. v. 07 uk. 17.	v. 07 uk. 17.	93.50
1. Elsass-Lothr. Rente	76.75				30. 30. do. Farbe. Höchst	G	659.	do. Casseler Straßenbahn	—	3. do. v. 09 uk. 19.	v. 09 uk. 19.	93.50
Hamb.-St. A. 1900-09	97.20				31. 30. do. Fbw. Mühlheim	H	69.75	do. D. E.-B.-Betr.-Q. S. II. J.	98.	4. do. Kom. v. 11 uk. 21.	v. 11 uk. 21.	94.20
P/2 do. R.87. 91. 93. 99. 04	88.50				32. 30. do. Fahr. V. Mannh.	I	344.50	do. D. B.-G.(F.)S.III.UV.	100.	5. do. Hyp.-V.-O. Ant. CIO	v. 11 uk. 21.	95.20
L. do. 95. 97. 92. 02	98.80				33. 30. do. Fahrer.-Ter-Meer	J	222.50	Nordd. Lloyd uk. b. 09	95.80	6. do. Plandr.-B. 18. 10. u. 22	v. 03 unk. 07.	97.50
1. Gr. Hess. 1899	87.75				34. 30. do. Werke Albert	K	437.50	do. E. 25 unk. 17.	—	7. do. E. 25 unk. 17.	v. 03 unk. 07.	98.50
L. do. unkrt. 1921	87.80				35. 30. do. Holzverkehrlgs.	L	320.75	do. E. 29 + 19.	—	8. do. E. 29 + 19.	v. 03 unk. 07.	98.50
1/2 do. (abg.)	84.75				36. 30. do. Rüttgerwerke	M	202.80	do. E. 30.31 + 20.	—	9. do. E. 30.31 + 20.	v. 03 unk. 07.	98.50
L. do.	76.80				37. 30. do. Schramm. L. Fabr.	N	268.	do. E. 29 + 14.	—	10. do. E. 29 + 14.	v. 03 unk. 07.	98.50
Sächsische Rente	76.75				38. 30. do. Wieg. Raedl.	O	215.	do. E. 17.18.24.25.26.	—	11. do. E. 17.18.24.25.26.	v. 03 unk. 07.	98.50
Waldeck-Pyrm. abg.	80.				39. 30. do. Dpfkrh. v. Prh. Mel. B.	P	—	do. Kleinb. E. 1 kb ab 04.	—	12. do. Kleinb. E. 1 kb ab 04.	v. 03 unk. 07.	98.50
Württemb. unkrt. 1915	97.80				40. 30. do. Drahmlnd. Südd.	Q	190.87	do. Kom. S. 3 uk. b. 12.	4	13. do. Kom. S. 3 uk. b. 12.	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1895-95	88.70				41. 30. do. El. Accum. Berlin	R	342.50	do. Landach Central	—	14. do. Landach Central	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1903	84.80				42. 30. do. Allg. Ges. Berl.	S	240.25	do. Rhein.Hyp.-B.kb ab 92.97	94.50	15. do. Rhein.Hyp.-B.kb ab 92.97	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1896	77.40				43. 30. do. Bergm. Werke	T	126.	do. v. 1913	—	16. do. Rauh. Scheideg.	v. 03 unk. 07.	98.50
b) Ausländische					44. 30. do. Brown-Bev.&C.	U	147.50	do. 1919	—	17. do. Hochhalt. Süßer.	v. 03 unk. 07.	98.50
1. Europäische					45. 30. do. Coetlin. Nürnb.	V	101.90	do. 1919	—	18. do. Amerikanische Noten	v. 03 unk. 07.	98.50
Belgische Rente	Fr. 77.				46. 30. do. Litt. A. st. I. S. B.	W	101.80	do. 1921	—	19. do. (Doll. 5-1000) p. D.	v. 03 unk. 07.	98.50
Bulg. Tabak v. 1902 A	87.				47. 30. do. conv. L. A. Kr.	X	79.50	do. 1923	—	20. do. Belg. Noten p. 100 Fr.	v. 03 unk. 07.	98.50
Französ. Rente	Fr. 87.				48. 30. do. von 1903 L. A.	Y	—	do. Kom. ukb. 23	98.5	21. do. Engl. p. 1 Lit.	v. 03 unk. 07.	98.50
Griech. E.-B. str. 90 Fr.	—				49. 30. do. L. B. Mfr.S. d. fl.	Z	102.80	do. 1923	98.5	22. do. Frz. p. 100 Fr.	v. 03 unk. 07.	98.50
do. Mon.-Anl. v. 87	—				50. 30. do. W. Homb.v.d.H.	A	116.	do. 1934	98.5	23. do. Holl. p. 100 NL	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 87 2500fr.	—				51. 30. do. L. Lohmeyer	B	127.	do. 1934	98.5	24. do. Ital. p. 100 L.	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1903-04	—				52. 30. do. L. Lohmeyer	C	130.70	do. 1934	98.5	25. do. Oest.-Ung. p. 100 Kr.	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1903-04	—				53. 30. do. L. Lohmeyer	D	211.	do. 1934	98.5	26. do. Ross. Or. p. 100 R.	v. 03 unk. 07.	98.50
do. 1903-04	—				54. 30. do. Rein. G.-Sch.	E	184.50	do. 1934	98.5	27. do. Russ. Or. p. 100 R.	v. 03 unk. 07.	98.50

Landschafts-Pt.

Londoner B